

Wertpapierprospekt

vom

20. Dezember 2006

für

die Zulassung zum Regelten Markt von 1.988.571 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien im rechnerischen Nennwert von je EUR 1,00 und mit voller Gewinnanteilsberechtigung ab dem 1. Januar 2006 an den Wertpapierbörsen Düsseldorf und Frankfurt

International Securities Identification Number (ISIN) DE0005532899
(WKN 553289)

der

 **DKM** | **Wertpapierhandelsbank AG**

Düsseldorf

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
1. Zusammenfassung des Prospekts.....	7
1.1 Allgemeine Informationen zur Gesellschaft und ihrer Geschäftstätigkeit	7
1.1.1 Geschäftstätigkeit, Strategie und Ausblick.....	7
1.1.2 Wesentliche Angaben über die Gesellschaft	8
1.2 Zusammenfassung der Zulassung	9
1.3 Ausgewählte Finanzdaten und Geschäftsinformationen	10
1.4 Zusammenfassung der Risikofaktoren	12
1.4.1 Risikofaktoren in Bezug auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG	13
1.4.1.1 Risiken aus der Abhängigkeit von richtigen Handelsentscheidungen	13
1.4.1.2 Risiken aus der Abhängigkeit von Fach- und Führungspersonal	13
1.4.1.3 Risiken durch Volatilität des Aktienkurses und Handelbarkeit der Aktien	13
1.4.1.4 IT-Risiken	13
1.4.1.5 Risiken auf Grund neuer Geschäftsfelder	14
1.4.1.6 Abwicklungs-Risiken	14
1.4.1.7 Risiken in Bezug auf bestimmte Rechtsstreitigkeiten	14
1.4.1.8 Risiken aus Pflichtmitgliedschaften	15
1.4.1.9 Liquiditätsrisiken.....	15
1.4.1.10 Risiken aus der Verletzung aufsichtsrechtlicher Vorschriften.....	15
1.4.1.11 Risiken durch Verlust der Skontroführung	15
1.4.2 Risiken in Bezug auf die von der Gesellschaft gehandelten Wertpapiere	16
1.4.2.1 Risiken durch den Kauf bzw. Verkauf von Wertpapieren.....	16
1.4.2.2 Risiken des deutschen Wertpapiermarktes	16
1.4.2.3 Rechtliche Risiken.....	16
1.4.2.4 Konjunkturrisiko	16
1.4.2.5 Inflationsrisiko	17
1.4.2.6 Währungsrisiko	17
2. Risikofaktoren.....	17
2.1 Risikofaktoren in Bezug auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG.....	18
2.1.1 Risiken aus der Abhängigkeit von richtigen Handelsentscheidungen	18
2.1.2 Risiken aus der Abhängigkeit von Fach- und Führungspersonal	18
2.1.3 Risiken aus Steuern.....	19
2.1.4 Risiken durch Volatilität des Aktienkurses und Handelbarkeit der Aktien	19
2.1.5 Verwässerungseffekte für Investoren.....	20
2.1.6 Zunehmender Wettbewerb	20
2.1.7 IT-Risiken.....	20
2.1.8 Risiken auf Grund neuer Geschäftsfelder	21
2.1.9 Abwicklungs-Risiken	22
2.1.10 Risiken in Bezug auf bestimmte Rechtsstreitigkeiten.....	23

2.1.11	Risiken aus Pflichtmitgliedschaften	23
2.1.12	Liquiditätsrisiken	23
2.1.13	Risiken aus der Verletzung aufsichtsrechtlicher Vorschriften	24
2.1.14	Risiken aus Wachstum	24
2.1.15	Risiken durch Verlust der Skontroführung	24
2.1.16	Risiken durch Veränderung der Börsenlandschaft	25
2.2	Risiken in Bezug auf die von der Gesellschaft gehandelten Wertpapiere	25
2.2.1	Risiken durch den Kauf- bzw. Verkauf von Wertpapieren	25
2.2.2	Länderrisiko	26
2.2.2.1	Politische und wirtschaftliche Risiken	26
2.2.2.2	Risiken des deutschen Wertpapiermarktes	27
2.2.2.3	Rechtliche Risiken	27
2.2.2.4	Steuerliche Risiken	28
2.2.2.5	Konjunkturrisiko	28
2.2.2.6	Inflationsrisiko	28
2.2.2.7	Währungsrisiko	28
3.	Verantwortliche Personen	29
3.1	Verantwortung für den Inhalt des Prospekts	29
3.2	Übernahme von Angaben von Seiten Dritter	29
4.	Die Zulassung	29
4.1	Gegenstand der Zulassung	29
4.2	Adresse der Gesellschaft	29
4.3	Veröffentlichung des Prospekts	29
4.4	Kosten der Zulassung	30
4.5	Zahl- und Hinterlegungsstelle der Gesellschaft	30
5.	Abschlussprüfer	30
5.1	Abschlussprüfer 2005	30
5.2	Abschlussprüfer 2003, 2004	30
5.3	Gründe für den Wechsel der Abschlussprüfer	30
6.	Ausgewählte Finanzinformationen	30
7.	Informationen über die DKM Wertpapierhandelsbank AG und Geschäftsüberblick	33
7.1	Allgemeine Informationen und Entwicklung der DKM Wertpapierhandelsbank AG	33
7.2	Geschäftsüberblick	36
7.3	Mittlerweile aufgegebenen Geschäftsfelder	38
7.4	Wichtige Ereignisse während der Entwicklung der Geschäftstätigkeit	38
7.5	Marktumfeld	39
7.6	Investitionen	39
7.7	Wichtigste Märkte	40
7.8	Rechtliche Rahmenbedingungen für die DKM Wertpapierhandelsbank AG in Deutschland	41
8.	Organisationsstruktur	42

9.	Sachanlagen	44
10.	Angaben zur Geschäfts- und Finanzlage	45
10.1	Allgemeines zur Bilanzierung	45
10.2	Geschäftsentwicklung	45
10.3	Finanzlage.....	48
11.	Eigenkapitalausstattung.....	51
11.1	Gezeichnetes Kapital	52
11.2	Cashflow	53
11.2.1	Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	53
11.2.2	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	53
11.2.3	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	53
11.3	Fremdfinanzierungsbedarf und Finanzierungsstruktur	53
11.4	Rücklagen	54
12.	Tendenzielle Informationen.....	54
13.	Verwaltung, Management und oberes Management.....	56
13.1	Angaben über Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane der Gesellschaft	56
13.1.1	Überblick	56
13.1.2	Vorstand	57
13.1.2.1	Florian Weber	58
13.1.2.2	Michael von Busse	59
13.1.2.3	Markus Baukenkrodt.....	60
13.1.3	Aufsichtsrat.....	61
13.1.3.1	Allgemeine Informationen.....	61
13.1.3.2	Zusammensetzung und Wahl.....	62
13.1.3.3	Einberufung und Beschlussfassung	62
13.1.3.4	Mitglieder des Aufsichtsrats	63
13.1.3.5	Dr. Frank Zahn, LL.M. (Vorsitzender)	65
13.1.3.6	Dr. Jürgen Frodermann (Stellvertretender Vorsitzender).....	66
13.1.3.7	Dipl.-Oec. Thomas Ulf Michael Sieg	67
14.	Bezüge und Vergünstigungen.....	68
14.1	Vorstand.....	68
14.2	Aufsichtsrat.....	68
14.3	Rückstellungen oder Reserven für Pensions- und Rentenzahlungen.....	69
15.	Praktiken der Geschäftsführung.....	69
16.	Beschäftigte	71
17.	Hauptaktionäre	72
18.	Geschäfte mit verbundenen Parteien.....	72
19.	Dividendenpolitik.....	73
20.	Wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Gesellschaft	73
21.	Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren.....	73
22.	Zusätzliche Informationen	74

22.1	Aktienkapital.....	74
22.2	Genehmigtes Kapital	78
22.3	Satzung und Statuten der Gesellschaft	79
22.3.1	Beschreibung der Zielsetzungen der Tätigkeit der DKM Wertpapierhandelsbank AG	79
22.3.2	Vorstand	80
22.3.3	Aufsichtsrat.....	81
22.3.4	Einberufung der Hauptversammlung	83
22.3.5	Veräußerungsverbote	84
23.	Wichtige Verträge	84
23.1	Verträge mit verbundenen Parteien	84
23.2	Verträge mit Dritten.....	85
24.	Informationen über Beteiligungen	87
25.	Erklärung zum Geschäftskapital	87
26.	Kapitalisierung und Verschuldung.....	87
27.	Allgemeine Angaben über die Aktien.....	89
27.1	Stimmrecht, Dividenden- und sonstige Vermögensrechte	89
27.2	Form der Aktienurkunden, Verbriefung.....	90
27.3	Veräußerungsverbote, Übertragbarkeit	90
27.4	Wertpapierkennnummer, International Security Identification Number, Börsenkürzel.....	91
27.5	Börsenzulassung und Notierungsaufnahme.....	91
28.	Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland	91
28.1	Besteuerung von Dividendeneinkünften	92
28.1.1	Kapitalertragsteuer	92
28.1.2	In Deutschland ansässige Anleger	93
28.1.3	Außerhalb von Deutschland ansässige Anleger	95
28.2	Besteuerung von Veräußerungsgewinnen	95
28.2.1	In Deutschland ansässige Anleger	95
28.2.2	Außerhalb von Deutschland ansässige Anleger	96
28.3	Erbschaft- und Schenkungsteuer.....	97
28.4	Andere Steuern.....	97
28.5	Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds	97
28.6	Aktuelle Entwicklung.....	98
29.	Einschbare Dokumente.....	98
30.	Finanzteil	100
30.1	Zwischenbericht zum ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2006 nach HGB (Zwischenfinanzinformationen nach HGB, die keiner Prüfung und keiner prüferischen Durchsicht durch einen Wirtschaftsprüfer unterzogen wurden).....	101

30.1.1	Bilanz für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2006 (Zwischenbilanz , die keiner Prüfung und keiner prüferischen Durchsicht durch einen Wirtschaftsprüfer unterzogen wurde).....	102
30.1.2	Gewinn- und Verlustrechnung für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2006 (die keiner Prüfung und keiner prüferischen Durchsicht durch einen Wirtschaftsprüfer unterzogen wurde).....	104
30.1.3	Zwischenbericht für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2006.....	105
30.2	Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 nach HGB	106
30.2.1	Bilanz zum 31. Dezember 2005.....	107
30.2.2	Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2005	109
30.2.3	Anhang für das Geschäftsjahr 2005	111
30.2.4	Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005.....	121
30.3	Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004 nach HGB	123
30.3.1	Bilanz zum 31. Dezember 2004.....	124
30.3.2	Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2004.....	125
30.3.3	Anhang für das Geschäftsjahr 2004	126
30.3.4	Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004.....	144
30.4	Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003 nach HGB	146
30.4.1	Bilanz zum 31. Dezember 2003.....	147
30.4.2	Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2003	149
30.4.3	Anhang für das Geschäftsjahr 2003	151
30.4.4	Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003.....	166
30.4.5	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2003.....	168
30.5	Eigenkapitalveränderungsrechnungen für die Geschäftsjahre 2003 – 2005	178
30.6	Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003 – 2005	179
30.7	Bescheinigung für Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003-2005.....	180
31.	Glossar.....	181
	Unterschriften	185

1. Zusammenfassung des Prospekts

Die nachfolgende Zusammenfassung dient lediglich als Einführung zu diesem Prospekt. Sie enthält die wesentlichen Merkmale und Risiken, die auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG und die mit diesem Prospekt zuzulassenden Aktien zutreffen. Anleger sollten den gesamten Prospekt aufmerksam lesen und jede Entscheidung zur Anlage in die Aktien der Gesellschaft auf die Prüfung des gesamten Prospekts stützen.

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, weist gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 3 Wertpapierprospektgesetz darauf hin, dass für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in einem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben könnte.

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, übernimmt die Verantwortung für den Inhalt dieser Zusammenfassung. Die DKM Wertpapierhandelsbank AG weist gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 4 Wertpapierprospektgesetz darauf hin, dass die DKM Wertpapierhandelsbank AG, die die Verantwortung für die Zusammenfassung einschließlich einer Übersetzung hiervon übernommen hat, oder von der deren Erlass ausgeht, haftbar gemacht werden kann, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit anderen Teilen des Prospekts gelesen wird.

1.1 Allgemeine Informationen zur Gesellschaft und ihrer Geschäftstätigkeit

1.1.1 Geschäftstätigkeit, Strategie und Ausblick

Mit der Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit im April 2003 wurden die Kerngeschäftsfelder der DKM Wertpapierhandelsbank AG wieder aktiviert. Begonnen wurde mit der Skontroführung für Aktien, Rentenwerte und Genussscheine in Düsseldorf und mit der Skontroführung für Fondsanteile in Hamburg sowie dem Kunden- und Eigenhandel für Wertpapiere. Diese Geschäftsfelder gehörten bereits vor dem Jahr 2003 zu den Haupteinnahmequellen der Gesellschaft. Nach den vorangegangenen Umstrukturierungen erfolgte der Betrieb des Börsenmaklergeschäftes anfangs, d.h. ab April 2003, mit deutlich verkleinertem Personalstamm.

So wurde die Skontroführung für Aktien im Jahr 2004 zunächst eingestellt, da der administrative Aufwand im Verhältnis zu der nur noch geringen Anzahl betreuter Wertpapiere keinen wirtschaftlichen Betrieb mehr zuließ. Im Februar 2006 erfolgte dann jedoch eine Wiederaufnahme der Skontroführung an der Börse Düsseldorf. Dort konnte die Skontroführung für alle in Düsseldorf gehandelten Aktien übernommen werden. Ebenso wurden die beiden Mitarbeiter der Gesellschaft übernommen, welche die Skontroführung an die DKM Wertpapierhandelsbank AG übergab. Die technischen Voraussetzungen für eine reibungslose Orderabwick-

lung und Bestandsführung konnten hier wesentlich verbessert werden, so dass aus diesem Bereich bereits nach kurzer Zeit Ergebnisbeiträge geliefert wurden.

Der Fondshandel an der Börse Hamburg hat seine positive Entwicklung weiter fortgesetzt und die Zahl der notierten Werte in diesem Segment wird ständig weiter ausgebaut. Im Mai 2005 wurde an der Börse Düsseldorf mit dem Handel offener Fonds begonnen und der DKM Wertpapierhandelsbank AG wurde eine große Anzahl der Skontren zugeteilt. Der Bereich Fondshandel erwirtschaftet inzwischen einen maßgeblichen Ergebnisanteil.

Zur Stärkung des klassischen Börsengeschäftes wurde im April 2003 die Rentenhandelsabteilung erweitert, die mit der Einstellung eines Marktspezialisten und einem direkten Anschluss an die Eurex, eine der größten Terminbörsen für Finanzderivate weltweit, über gute Voraussetzungen für ein langfristig erfolgreiches Agieren in diesem Segment verfügt.

Mit der Belebung der Emissionstätigkeit im Jahr 2004 und dem Börsengang der Postbank wurde auch der PRE-IPO-Handel wieder aufgenommen. Mit zahlreichen Emissionen im Jahr 2005 setzte sich diese Entwicklung fort. Die Umsätze in diesem Segment bleiben allerdings hinter den Erwartungen zurück und sind nicht mit den Umsatz- und Ergebnisbeiträgen der Boomphase des Neuen Marktes in den Jahren 1998 bis 2000 zu vergleichen.

Im Rahmen des Eigenhandels werden Aktien- und Rentenpositionen im Handelsbestand geführt. Hierzu zählt auch der Telefonhandel mit nicht notierten Werten. Generell konnte eine Zunahme der Umsätze in diesem Geschäftsbereich verzeichnet werden, da sich hier das zunehmende Vertrauen der Anleger in die positive Aktienkursentwicklung verstärkt hat.

Die Genehmigung zum Betreiben des Emissionsgeschäftes wurde mit der Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Jahr 2003 an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zurückgegeben. Auf der letzten Hauptversammlung der DKM Wertpapierhandelsbank AG wurde jedoch der Vorratsbeschluss gefasst, das Emissionsgeschäft wieder zu beleben. Die entsprechende Antragstellung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) soll im laufenden Jahr, spätestens im Jahr 2007 realisiert werden. Bislang konnten im Jahr 2006 einige Börseneinführungen und Kapitalmaßnahmen begleitet werden, ohne dass hierfür eine Genehmigung zum Betreiben des Emissionsgeschäftes erforderlich war.

1.1.2 Wesentliche Angaben über die Gesellschaft

Vorstand: Michael von Busse; Florian Weber; Markus Baukenkrodt

Aufsichtsrat: Dr. Frank Zahn, LL.M.; Dr. Jürgen Frodermann; Dipl.-Oec. Thomas Ulf Michael Sieg

Prokuristen : Sabine Lehr; Doris Plückers

Grundkapital : EUR 2.131.428,00

Gegenwärtiger Abschlussprüfer:

Dr. Ebner, Dr. Stolz u. Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kronenstr. 30, 70174 Stuttgart

Hauptaktionäre:

Aktionär	Aktienzahl und Anteil in %	
	Anzahl Aktien	Anteil in %
DKM Asset Management AG	1.676.454	78,65 %
Übrige Aktionäre	454.974	21,35 %
Summe	2.131.428	100 %

1.2. Zusammenfassung der Zulassung

Gegenstand der Zulassung sind 1.988.571 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2006. Die Aktien (International Securities Identification Number) (ISIN) DE0005532899, (WKN) 553289 sollen in den Geregelten Markt an den Wertpapierbörsen Düsseldorf und Frankfurt einbezogen werden.

Die 1.988.571 Stück zuzulassenden Aktien stammen aus mehreren Kapitalerhöhungen bzw. Kapitalherabsetzungen durch die Gesellschaft und stellen denjenigen Anteil der Aktien der Gesellschaft dar, welche noch nicht zum Handel an einer deutschen Börse zugelassen sind. Konkret stammen die 1.988.571 Stück Aktien aus folgenden Kapitalmaßnahmen der Gesellschaft:

Das Grundkapital der DKM Wertpapierhandelsbank AG beträgt EUR 2.131.428,00. Seit der Gründung wurde das Grundkapital der Gesellschaft mehrmals erhöht bzw. herabgesetzt.

Im Jahr 2003 betrug das Grundkapital der Gesellschaft zunächst EUR 1.000.000,00, bestehend aus 1.000.000 nennwertlosen Stückaktien, die an den Börsen Düsseldorf und Frankfurt zum Geregelten Markt zugelassen waren. Die Hauptversammlung vom 29. August 2003 beschloss eine Kapitalerhöhung um EUR 1.000.000,00, die am 7. November 2003 ins Handelsregister eingetragen wurde. Diese Aktien wurden nicht an einer Börse eingeführt. Somit betrug das Grundkapital Ende des Jahres 2003 EUR 2.000.000,00.

Im Jahr 2004 fand eine kombinierte Sach- und Barkapitalerhöhung über EUR 754.910,00 und EUR 595.090,00 aus genehmigtem Kapital statt, die von Vorstand und Aufsichtsrat am 13. Dezember 2003 beschlossen und am 9. Februar 2004 ins Handelsregister eingetragen wurde. Ebenfalls aus genehmigtem Kapital wurde auf Grund des Beschlusses von Vorstand und Aufsichtsrat vom 9. Dezember 2004 eine Barkapitalerhöhung in Höhe von EUR 380.000,00 vorgenommen, die am 30. Dezember 2004 ins Handelsregister eingetragen wurde. Die Aktien aus beiden Kapitalerhöhungen wurden nicht an einer Börse eingeführt. Das Grundkapital der Gesellschaft betrug damit Ende 2004 EUR 3.730.000,00.

Im Jahr 2005 beschloss die außerordentliche Hauptversammlung vom 8. Februar 2005 Kapitalherabsetzungen um insgesamt EUR 3.197,143,00 auf EUR 532.857,00, die am 10. März 2005 ins Handelsregister eingetragen wurden. Das Grundkapital bestand nun aus 142.847 börsennotierten und 390.000 nicht börsennotierten Aktien. Ebenfalls auf dieser Hauptversammlung wurde eine Barkapitalerhöhung um EUR 1.598.571,00 beschlossen, die am 2. Mai 2005 ins Handelsregister eingetragen wurde; auch diese Aktien wurden nicht an der Börse zugelassen. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt seitdem EUR 2.131.428,00.

Da die Aufnahme des neuen Geschäftsbereichs Emissionsgeschäft geplant ist, soll demnächst eine Kapitalerhöhung von bis zu EUR 1.065.714,00 auf bis zu EUR 3.197.142,00 vorgenommen werden. Diese Kapitalerhöhung wurde in der ordentlichen Hauptversammlung am 22. August 2006 beschlossen.

Von den derzeit bestehenden 2.131.428 Stück Aktien der Gesellschaft werden 142.857 Stück auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien bereits im Geregelten Markt der Börsen Düsseldorf und Frankfurt am Main (General Standard) und im Freiverkehr an den Börsen Berlin-Bremen und Stuttgart gehandelt. Die noch nicht börsennotierten 1.988.571 Stück auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien sollen in den Geregelten Markt an den Börsen Frankfurt am Main und Düsseldorf eingeführt werden.

1.3. Ausgewählte Finanzdaten und Geschäftsinformationen

Die Bilanzsumme zum 31.12.2005 ist auf Grund des Bestands in Fondsanteilen des Fonds „grundbesitz Invest“ im Vergleich zu den Vorjahren stark erhöht. Der Bestand wurde durch einen Kredit finanziert und nach Wiedereröffnung des Fonds im März 2006 verkauft.

Die Eigenkapitalsituation ist geprägt durch die geringe Kapitalausstattung bei der Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit nach der Insolvenz und den in den Jahren 2004 und 2005 durchgeführten Kapitalherabsetzungen und Kapitalerhöhungen.

Die Erträge werden weiterhin fast ausschließlich aus börslichen und außerbörslichen Wertpapiergeschäften generiert. Die stetige Ergebnisverbesserung spiegelt die Bemühungen der Ge-

sellschaft wider, auch bei weiterer Geschäftsbelegung größtmögliche Kostendisziplin zu üben, wie folgende Übersicht ausgewählter Finanzinformationen zeigt:

Finanzinformationen aus den Bilanzen der geprüften Jahresabschlüsse 2003 bis 2005

	2003	2004	2005
	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzsumme	2.552	1.483	13.055 ⁽¹⁾
Eigenkapital/Kapitalfehlbetrag (-)	171	-504	1.265
Forderungen an Kreditinstitute	664	130	1.339
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	122	382	10.843
Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	-2.584	-4.234	-866
Verbindlichkeiten und Rückstellungen	2.381	1.483	11.790

¹ Die Bilanzsumme per 31.12.2005 ist erhöht durch den Bestand in „grundbesitz invest“ Anteilen

Ungeprüfte Halbjahresfinanzinformationen aus den Bilanzen zum 30.06.2005 und zum 30.06.2006

	1. HJ 2005	1. HJ 2006
	TEUR	TEUR
Bilanzsumme	2.332	6.104
Eigenkapital/Kapitalfehlbetrag (-)	970	3.741
Forderungen an Kreditinstitute	1.090	293
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	762	4.915
Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	-1.161	1.610
Verbindlichkeiten und Rückstellungen	1.362	2.363

Finanzinformationen aus den Gewinn- und Verlustrechnungen der geprüften Jahresabschlüsse 2003 bis 2005

	2003	2004	2005
	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsergebnis	-11	54	64
Provisionsergebnis	450	805	1.121
Ergebnis aus Finanzgeschäften	668	490	931
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	2.186	2.645	2.631
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-1.102	-1.649	167

Ungeprüfte Halbjahresfinanzinformationen aus den Gewinn- und Verlustrechnungen zum 30.06.2005 und zum 30.06.2006

	1. HJ 2005	1. HJ 2006
	TEUR	TEUR
Zinsergebnis	36	22
Provisionsergebnis	330	1.837
Ergebnis aus Finanzgeschäften	462	2.133
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-993	-1.789
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-127	2.918

Finanzinformationen aus den Kapitalflussrechnungen der geprüften Jahresabschlüsse 2003 bis 2005

	2003	2004	2005
	TEUR	TEUR	TEUR
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-1.203	-1.649	170
Periodenergebnis nach außerordentlichen Posten	-1.354	-1.950	55
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-5.053	-1.510	-391
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1.755	975	1.599
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	633	97	1.305

1.4. Zusammenfassung der Risikofaktoren

Potentielle Anleger sollten vor der Entscheidung über den Kauf von Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG die nachfolgenden Risikofaktoren zusätzlich zu den anderen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen sorgfältig lesen und berücksichtigen. Der Eintritt eines oder mehrerer dieser Risiken kann erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- sowie die Ertragslage der DKM Wertpapierhandelsbank AG haben. Der Börsenkurs der Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG könnte auf Grund jedes einzelnen dieser Risiken erheblich fallen und Anleger könnten ihr investiertes Kapital ganz oder teilweise verlieren. Weitere Risiken oder Aspekte, die der Gesellschaft gegenwärtig nicht bekannt sind, können sich ebenfalls auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der DKM Wertpapierhandelsbank AG auswirken.

Die Reihenfolge, in der die nachfolgenden Risiken aufgeführt sind, enthält weder eine Aussage über deren Eintrittswahrscheinlichkeit noch über das Ausmaß potentieller Beeinträchtigungen des Geschäftes der Gesellschaft oder der Gesellschaft selbst im Falle ihres Eintretens.

1.4.1 Risikofaktoren in Bezug auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG

1.4.1.1 Risiken aus der Abhängigkeit von richtigen Handelsentscheidungen

Die Gesellschaft ist im überwiegenden Maße im Rahmen des Eigenhandels mit Wertpapieren beschäftigt. Die Quellen des Eigenhandels können unterschiedlicher Natur sein, sowohl aus Liquiditätsproviding im Rahmen der Skontroföhrung, aus Salestätigkeit oder aber aus eigener direkter Handelsentscheidung eines Eigenhändlers.

Das Halten von Handelspositionen beinhaltet das permanente Risiko von Kursverlusten, die sich weder durch vorherige ausgiebige Information über den Handelsgegenstand, die politische und wirtschaftliche Gesamtlage noch über die aktuelle Börsentendenz ausschließen lassen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass hierdurch Verluste entstehen, die die Existenz der Gesellschaft gefährden oder gar vernichten.

1.4.1.2 Risiken aus der Abhängigkeit von Fach- und Führungspersonal

Der Erfolg der DKM Wertpapierhandelsbank AG hängt neben den richtigen Entscheidungen im Bereich des Wertpapierhandels – sowohl im Bereich des Handelsbuches als auch des Anlagebuches – auch von der Performance des Vorstands sowie der Händler ab. Im Trennungsfall könnte eine geeignete Nachfolgeregelung Probleme bereiten und sich negativ auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft auswirken.

1.4.1.3 Risiken durch Volatilität des Aktienkurses und Handelbarkeit der Aktien

Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, dass sich nach der Zulassung der Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG zum Börsenhandel ein aktiver Handel mit den Aktien entwickeln wird. Die Zahl der im Streubesitz befindlichen Aktien, die Schwankungen des Unternehmensergebnisses sowie die Änderungen der allgemeinen Lage der weltweiten Börsen und des deutschen Aktienmarktes im Besonderen, die Konjunkturschwankungen und die allgemeine Entwicklung der Finanzmärkte können unabhängig von dem Ergebnis und der Finanzlage der Gesellschaft zu erheblichen Kursschwankungen der Aktie der DKM Wertpapierhandelsbank AG föhren und den Kurs der Aktie wesentlich nachteilig beeinflussen.

1.4.1.4 IT-Risiken

Die Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass sie in der Lage ist, die hohen technischen Anforderungen sowohl seitens der Börsen als auch der Kunden zu erfüllen. Da die DKM Wertpapierhandelsbank AG über keine eigene IT-Abteilung verfügt, die Systeme entwickelt, Programmierungen vornimmt oder an bestehenden Systemen Anschlusserweiterungen vornimmt,

bedient sich die Gesellschaft vor allem eines externen Anbieters. Es ist nicht gewährleistet, dass es der Gesellschaft gelingt, den IT-Standard zu halten bzw. neue Dienstleister mit entsprechenden Qualifikationen zu gewinnen, ohne erhebliche Steigerungen der IT-Kosten in Kauf zu nehmen. Dies würde sich ebenso auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft negativ auswirken wie der Umstand, dass ein Wechsel eines IT-Anbieters hohe Migrationskosten verursacht.

1.4.1.5 Risiken auf Grund neuer Geschäftsfelder

Die Gesellschaft plant, spätestens im kommenden Jahr 2007 den Antrag auf Erteilung einer Lizenz für das Emissionsgeschäft zu stellen. Mit dem Emissionsgeschäft verbunden ist die Verpflichtung der Positionsübernahme und der Weitervertrieb der übernommenen Position an potentielle Zeichner. Aus dieser Geschäftsform erwachsen der Gesellschaft verschiedene Risiken, die jede für sich genommen die Existenz der Gesellschaft gefährden können.

So kann die Gesellschaft unter anderem damit scheitern, die Wertpapiere ganz oder teilweise an Endkunden zu platzieren, was zur Folge hat, dass die DKM Wertpapierhandelsbank AG die Position in den eigenen Büchern behält und somit das Kursänderungsrisiko selbst trägt.

1.4.1.6 Abwicklungs-Risiken

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG verfügt nicht über die aufsichtsrechtliche Genehmigung zur Führung von Konten und Depots (Einlagegeschäft). Zudem ist die Gesellschaft kein Clearstream Mitglied, so dass sie bei der Abwicklung von Handelspositionen auf die Dienstleistung von Banken angewiesen ist. Es besteht die Gefahr, dass die bestehende Bankverbindung aus welchen Gründen auch immer, aufgegeben werden muss und es der Gesellschaft kurzfristig nicht gelingt, eine neue Bankverbindung einzurichten. Ebenso kann es passieren, dass die Einrichtung einer neuen Bankverbindung in Relation zu der jetzigen Abwicklung nur unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen möglich ist.

1.4.1.7 Risiken in Bezug auf bestimmte Rechtsstreitigkeiten

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG ist im Zusammenhang mit einer ursprünglich geplanten Beteiligung an der DKM Wertpapierhandelsbank AG durch einen ehemaligen Vertragspartner verklagt worden. Dieser fordert Schadensersatz in Höhe von knapp EUR 2,5 Mio. von der Gesellschaft. Die Gesellschaft geht derzeit davon aus, dass diese Klage nicht begründet ist und hat hierfür daher auch keine Rückstellungen gebildet. Gestützt wird diese Auffassung auch durch den für die DKM Wertpapierhandelsbank AG positiven Ausgang des erstinstanzlichen Verfahrens. Ein für die Gesellschaft doch noch in der nächsten Instanz negativ verlaufender Ausgang des Verfahrens könnte sich daher nachteilig und unter Umständen existenzgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der DKM Wertpapierhandelsbank AG auswirken.

1.4.1.8 Risiken aus Pflichtmitgliedschaften

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG ist Pflichtmitglied der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW). Die EdW finanziert sich durch Beiträge ihrer Mitglieder. Es ist nicht auszuschließen, dass die Beitragserhebung in Einzelfällen erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage der DKM Wertpapierhandelsbank AG haben kann. So werden für den größten Schadensfall in der Geschichte der EdW (Phoenix) in absehbarer Zeit die Bescheide für eine Sonderumlage zugestellt. Auch wenn die Höhe der Umlagen noch nicht bekannt ist, kann dies sowohl im akuten Fall wie auch in zukünftigen Fällen die Ertragslage der Gesellschaft belasten.

1.4.1.9 Liquiditätsrisiken

Die Gesellschaft ist eine Nachrangverbindlichkeit in Höhe von EUR 650.000 eingegangen, die im Jahr 2008 grundsätzlich fällig wird. Zwar ist vertraglich vereinbart, dass zum Fälligkeitszeitpunkt eine einvernehmliche Rückzahlungsvereinbarung getroffen werden soll. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass die DKM Wertpapierhandelsbank AG zum Fälligkeitszeitpunkt nicht in der Lage sein wird, die Verbindlichkeit zurückzuzahlen. Die daraus resultierenden Maßnahmen können die Existenz der Gesellschaft gefährden oder sogar vernichten.

1.4.1.10 Risiken aus der Verletzung aufsichtsrechtlicher Vorschriften

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG unterliegt aufsichtsrechtlichen Beschränkungen. Sollte die Gesellschaft gegen aufsichtsrechtliche Bestimmungen verstoßen, könnte dies zu einem Imageschaden für die Gesellschaft führen. Darüber hinaus kann dies zu einschränkenden Maßnahmen oder gar einer Untersagung der Geschäftstätigkeit durch die Aufsichtsbehörden führen. In diesen Fällen ist eine negative Auswirkung auf die Geschäfts- und damit gleichzeitig auf die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft zu erwarten.

1.4.1.11 Risiken durch Verlust der Skontrofführung

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG ist als Skontrofführer an den Börsen Düsseldorf und Hamburg tätig. Die zu betreuenden Skontren werden der Gesellschaft von den Börsen für einen bestimmten Zeitraum zur Betreuung überlassen. Der derzeitige Zyklus endet am 31. Dezember 2006. Im Herbst 2006 wird turnusmäßig über die Neuvergabe der Skontren entschieden. Obwohl aus Sicht der Gesellschaft die Eignung hinreichend dargelegt und nachgewiesen ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich zukünftig eine Börse zur Umverteilung der Skontren entschließt. Im schlimmsten Fall könnten der Gesellschaft alle Skontren entzogen werden, was wesentliche negative Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft hätte. Die Zuteilung von Skontren ist auch deshalb wichtig für die DKM Wertpapierhandelsbank AG, da durch sie auch neue Ertragsfelder erschlossen werden können, was die Übernahme aller Aktienskontren an der Börse Düsseldorf im Februar 2006 gezeigt hat.

Wird der DKM Wertpapierhandelsbank die Skontroführung an der Börse Düsseldorf oder Hamburg entzogen, so kann dies negative Auswirkungen auf die Geschäfts- und damit gleichzeitig auf die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

1.4.2 Risiken in Bezug auf die von der Gesellschaft gehandelten Wertpapiere

1.4.2.1 Risiken durch den Kauf bzw. Verkauf von Wertpapieren

Die Gesellschaft agiert im Rahmen der Skontroführung auch als Liquiditätsprovider durch sogenannten Selbsteintritt. In diesen Selbsteintrittsfällen sowie bei sonstigen Eigenhandelsaktivitäten trägt die Gesellschaft das Kursänderungsrisiko der Positionen. Trotz sorgfältiger Information, Preiskalkulationen, technischer Maßnahmen zur Verhinderung von Verlusten sowie trotz des Vorliegens von Handelsrichtlinien, die die Positionsführungsregeln vorgeben, können verlustbringende Geschäfte nicht ausgeschlossen werden. Auch das zu lange oder zu kurze Halten von Handelspositionen kann entscheidenden Einfluss auf die tatsächlich zu realisierenden Gewinne bzw. Verluste haben.

1.4.2.2 Risiken des deutschen Wertpapiermarktes

Die deutschen Wertpapiermärkte sind im Vergleich zu den Märkten in den USA oder England wesentlich kleiner und gerade in Nebenwerten weniger liquide. Eine hohe Volatilität kann das Risiko von Kursverlusten im Rahmen der Positionsführung vergrößern. Ein wirtschaftliches Problem bei einem Anbieter von derivativen Produkten kann zu starken Kursschwankungen sowohl in den jeweiligen den Derivativen zu Grunde liegenden Produkten als auch im deutschen Gesamtmarkt führen. Als an den Börsen zugelassener Handelsteilnehmer besteht für die DKM Wertpapierhandelsbank AG das Risiko, dass sich Strukturen der deutschen Börsenlandschaft ändern. Dies kann zum Wegfall der Skontroführerfunktion, einer Erhöhung der Positionsrisiken durch verstärktes Liquidityproviding oder gar zur Einstellung des Geschäftes und damit dem Wegfall der Ertragsgrundlage führen.

1.4.2.3 Rechtliche Risiken

Durch Änderung von Gesetzen und/oder Verordnungen können die Marktaktivitäten der Gesellschaft sowohl positiv als auch negativ beeinflusst werden. Es können dadurch neue Marktteilnehmer als Konkurrenten in Erscheinung treten, andererseits aber auch die wirtschaftlichen Grundlagen für die Geschäftsaktivitäten der Gesellschaft entzogen werden. Schließlich ist es auch denkbar, dass der Handel mit Wertpapieren und Aktien bzw. die Erstemission an deutschen Börsen limitiert wird. Dies kann den Wertverfall der von der DKM Wertpapierhandelsbank AG gehaltenen Aktien zur Folge haben und damit den Kurs der Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG (auch erheblich) negativ beeinflussen.

1.4.2.4 Konjunkturrisiko

Es besteht die Gefahr von Wertverlusten, wenn die Konjunktorentwicklung bei einer Anlageentscheidung nicht oder nicht zutreffend berücksichtigt wurde und dadurch zum falschen

Zeitpunkt eine Handelsposition eingegangen oder aufgelöst wird oder Wertpapiere in einer ungünstigen Konjunkturlage gehalten werden.

1.4.2.5 Inflationsrisiko

Das Inflationsrisiko beschreibt die Gefahr, dass infolge einer Geldentwertung ein Vermögensschaden eintritt. Eine hohe Inflationsrate kann sich negativ auf die von der DKM Wertpapierhandelsbank AG gehaltenen Wertpapiere und reflexartig auf den Wert der Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG auswirken.

1.4.2.6 Währungsrisiko

Der Handel mit den von der DKM Wertpapierhandelsbank AG überwiegend betreuten Wertpapieren findet in Euro statt. Hier gibt es demnach keine besonderen Währungsrisiken für in Euro abrechnende Anleger. Die DKM Wertpapierhandelsbank AG agiert jedoch auch als Skontrofführer in ausländischen Wertpapieren. Zwar werden diese Gattungen in Deutschland auf Euro-Basis gehandelt, die Refinanzierung an den Heimatbörsen beinhaltet jedoch ein Währungsrisiko, da eine Währungskonvertierung vorgenommen werden muss. Daher kann es bei dieser Art von Geschäften zu wechselkursbedingten Verlusten kommen.

2. Risikofaktoren

Anleger sollten vor der Entscheidung über den Kauf von Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG die nachfolgend beschriebenen Risiken und die übrigen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen sorgfältig lesen und bei ihrer Anlageentscheidung berücksichtigen. Der Eintritt dieser Risiken kann, einzeln oder zusammen mit anderen Umständen, die Geschäftstätigkeit der DKM Wertpapierhandelsbank AG wesentlich beeinträchtigen und erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der DKM Wertpapierhandelsbank AG haben. Die gewählte Reihenfolge bedeutet weder eine Aussage über die Eintrittswahrscheinlichkeit noch über die Schwere bzw. die Bedeutung der einzelnen Risiken. Einige der in diesem Prospekt gemachten Angaben beziehen sich auf die Zukunft und enthalten Prognosen, die mit Risiken und Unsicherheiten behaftet sind. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Beschreibung der den Plänen und Zielen zu Grunde liegenden Annahmen und in Bezug auf andere, in diesem Prospekt enthaltenen vorausschauenden Angaben. Diese Angaben, welche die gegenwärtigen Erwartungen des Vorstands der Gesellschaft widerspiegeln, werden durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst, die sich negativ auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft auswirken können. Die Faktoren, die zu solchen Ergebnissen führen könnten, werden im Rahmen der folgenden Risikofaktoren näher ausgeführt. Da einige Risiken durchaus sachbereichsübergreifende Faktoren beinhalten, dürfen die Sachbereiche nicht isoliert, sondern nur in ihrer Gesamtheit betrachtet werden. Der Kurs der Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG könnte auf Grund des Eintritts jedes dieser Risiken fallen und Anleger könnten ihr eingesetztes Kapital ganz oder teilweise verlieren.

2.1 Risikofaktoren in Bezug auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG

2.1.1 Risiken aus der Abhängigkeit von richtigen Handelsentscheidungen

Die Gesellschaft ist im überwiegenden Maße im Rahmen des Eigenhandels mit Wertpapieren tätig. Die Quellen des Eigenhandels können unterschiedlicher Natur sein, sowohl aus Liquiditätsproviding im Rahmen der Skontroführung, aus Salestätigkeit oder aber aus eigener direkter Handelsentscheidung eines Eigenhändlers.

Das Halten von Handelspositionen beinhaltet das permanente Risiko von Kursverlusten, die sich weder durch vorherige ausgiebige Information über den Handelsgegenstand, die politische und wirtschaftliche Gesamtlage noch über die aktuelle Börsentendenz ausschließen lassen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass hierdurch Verluste entstehen, die die Existenz der Gesellschaft gefährden oder gar vernichten.

Darüber hinaus kann sich die Gesellschaft dem Risiko ausgesetzt sehen, dass Mitarbeiter bewusst zu Lasten der Gesellschaft Positionen eingehen, die zu Verlusten führen, was sich negativ auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft auswirken würde.

Des Weiteren besteht das Risiko, dass durch externe Faktoren wie Krankheit oder Technikausfälle die Gesellschaft und/oder die die Positionen betreuenden Händler nicht in der Lage sind, direkten Zugriff auf die Positionen zu nehmen. Dies könnte dazu führen, dass die Positionen nicht liquidiert werden können und die Börsentendenz gegen die Aktienposition läuft. Dies kann zu Verlusten führen, was sich negativ auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft auswirken würde.

2.1.2 Risiken aus der Abhängigkeit von Fach- und Führungspersonal

Der Erfolg der DKM Wertpapierhandelsbank AG hängt neben den richtigen Entscheidungen im Bereich des Wertpapierhandels – sowohl im Bereich des Handelsbuches als auch des Anlagebuches – auch von der Performance des Vorstands ab. Im Trennungsfall könnte eine geeignete Nachfolgeregelung Probleme bereiten und Einfluss auf die Gewinnsituation haben. Soweit die DKM Wertpapierhandelsbank AG in der Zukunft erfolgreich agiert, wächst das Risiko, dass der Vorstand abgeworben wird. Es ist nicht gewährleistet, dass es der Gesellschaft gelingt, den Vorstand zu halten bzw. neue Vorstände mit entsprechenden Qualifikationen zu gewinnen, ohne erhebliche Steigerungen der Vorstandsvergütung in Kauf zu nehmen. Dies würde sich auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft negativ auswirken.

Darüber hinaus ist das gesamte Geschäftsmodell des Wertpapierhandels auf das Know-How der Handelsmitarbeiter angewiesen. Neben den erforderlichen Qualifikationen eines Händlers bedarf es für ein erfolgreiches Handeln neben jahrelanger Erfahrung eines guten Marktge-

spürs. Es ist nicht auszuschließen, dass auch Handelspersonal abgeworben wird. Es ist ebenfalls nicht auszuschließen, dass es der Gesellschaft nicht gelingt, bei ihr angestellte Händler zu halten bzw. neue Händler mit entsprechenden Qualifikationen und Markterfolgen zu gewinnen, ohne erhebliche Steigerungen der Vergütung in Kauf zu nehmen. Dies würde sich negativ auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft auswirken.

2.1.3 Risiken aus Steuern

Die Gesellschaft ist mit den gesamten Handelserträgen bereits jetzt steuerpflichtig. Die Buchhaltung ist jederzeit aktuell, Steuererklärungen sind komplett eingereicht worden.

Die letzte Betriebsprüfung fand im Jahr 2003 für die Jahre 1997 bis 2000 statt. Eine jederzeit mögliche Betriebsprüfung für Folgezeiträume könnte das Risiko einer Nachzahlungsverpflichtung beinhalten. Derartige, zur Zeit nicht erkennbare Steuernachzahlungen würden sich auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft negativ auswirken.

Eine allgemeine Änderung der Steuerpflicht von Veräußerungsgewinnen kann sich sowohl auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft negativ auswirken als auch direkt negative Auswirkungen auf die Wertpapiermärkte haben, in denen die Gesellschaft tätig ist. Somit besteht die Gefahr, dass die Gesellschaft von einer Verschlechterung der Steuersituation doppelt negativ betroffen ist.

2.1.4 Risiken durch Volatilität des Aktienkurses und Handelbarkeit der Aktien

Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, dass sich nach der Zulassung der Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG zum Börsenhandel ein aktiver Handel mit den Aktien entwickeln wird. Die Zahl der im Streubesitz befindlichen Aktien, die Schwankungen des Unternehmensergebnisses sowie die Änderungen der allgemeinen Lage der weltweiten Börsen und des deutschen Aktienmarktes im Besonderen, die Konjunkturschwankungen und die allgemeine Entwicklung der Finanzmärkte können unabhängig von dem Ergebnis und der Finanzlage der Gesellschaft zu erheblichen Kursschwankungen der Aktie der DKM Wertpapierhandelsbank AG führen und den Kurs der Aktie wesentlich nachteilig beeinflussen.

Das Handelsvolumen der Aktien der Gesellschaft kann zunächst vergleichsweise gering sein. Von den derzeit insgesamt 2.131.428 Aktien der Gesellschaft wurden zum 20. August 2006 rund 78,60% vom Großaktionär, der DKM Asset Management AG, Stuttgart, gehalten. Diese Situation wird sich auch durch die Zulassung der Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG in den Börsenhandel grundsätzlich nicht grundlegend ändern. Da die Aktien der Gesellschaft in der Vergangenheit eher geringe Handelsumsätze verzeichneten – dass heißt es wurden vergleichsweise wenig Aktien der Gesellschaft an- und verkauft – könnte ein Verkauf von größeren Tranchen der Aktien der Gesellschaft nicht möglich sein oder zu einem erheblichen Kursabfall führen.

2.1.5 Verwässerungseffekte für Investoren

Die Gesellschaft wird gegebenenfalls auch in Zukunft zur Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeit und ihres Wachstums weitere Kapitalmaßnahmen durchführen. So hat die Gesellschaft auf der jüngsten Hauptversammlung am 22. August 2006 den Tagesordnungspunkt Kapitalerhöhung gegen Bareinlage beschlossen. Die Beschaffung weiteren Eigenkapitals, die mögliche Einräumung von Aktienoptionen an Vorstandsmitglieder oder Mitarbeiter und die Ausübung von möglicherweise noch auszubehenden Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen sowie der Erwerb anderer Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen im Rahmen von Sachkapitalerhöhungen kann zu einer Verwässerung der Beteiligung der Aktionäre führen.

2.1.6 Zunehmender Wettbewerb

Der Wettbewerb im Bereich der Wertpapierhandelsbanken ist bereits heute sehr stark. Es ist nicht auszuschließen, dass weitere Wettbewerber ein dem Geschäftsmodell der DKM Wertpapierhandelsbank AG ähnliches Modell verfolgen werden. Dadurch könnte sich in Zukunft ein weiter verstärkender Konkurrenzdruck entwickeln, der zu einem Kursverlust der Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG und zu negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft führt. Der Erfolg der DKM Wertpapierhandelsbank AG ist wesentlich davon abhängig, ob es der Gesellschaft zukünftig gelingen wird, sich gegen bestehende oder neu auf dem Markt operierende Mitbewerber zu behaupten.

2.1.7 IT-Risiken

Die Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass sie in der Lage ist, die hohen technischen Anforderungen sowohl seitens der Börsen als auch der Kunden zu erfüllen. Da die DKM Wertpapierhandelsbank AG über keine eigene IT-Abteilung verfügt, die Systeme entwickelt, Programmierungen vornimmt oder an bestehenden Systemen Anschlusserweiterungen vornimmt, bedient sich die Gesellschaft vor allem eines externen Anbieters. Der Anbieter verfügt über profunde Kenntnisse der Anwendererfordernisse, da er in diesem Spezialgebiet bereits seit Jahren etabliert ist. Es ist nicht auszuschließen, dass der Anbieter in Zukunft die technische Umsetzung gestiegener IT-Anforderungen nicht mehr gewährleisten kann.

Es ist nicht gewährleistet, dass es der Gesellschaft gelingt, den IT-Standard zu halten bzw. neue Dienstleister mit entsprechenden Qualifikationen zu gewinnen, ohne erhebliche Steigerungen der IT-Kosten in Kauf zu nehmen. Dies würde sich ebenso auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft negativ auswirken wie der Umstand, dass ein Wechsel eines IT-Anbieters hohe Migrationskosten verursacht. Der unvorhersehbare Wegfall eines einzigen Dienstleisters kann ernste Folgen für das Handelsgeschäft bis hin zur Einstellung der Geschäftstätigkeit haben. Auch dies würde sich auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft negativ auswirken.

Zudem bestehen für die Gesellschaft operative IT-Risiken, wie z.B. der Ausfall von Infrastrukturen (z.B. Leitungen) durch die verschiedensten Ereignisse wie Soft- und Hardwarefeh-

ler, Viren- und Hackerangriffe, Stromausfälle oder Gerätebeschädigungen in Folge von Brand- und/oder Gewalteinwirkung.

Generell rechnet die Gesellschaft zukünftig mit steigenden Anforderungen hinsichtlich Kapazität, Geschwindigkeit und Ausfallsicherheit von IT-Systemen. Sollte es der Gesellschaft nicht gelingen, IT-Lösungen zu realisieren, die den an sie gestellten Anforderungen im Ergebnis genügen, könnte dies die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der DKM Wertpapierhandelsbank AG nachteilig beeinflussen.

2.1.8 Risiken auf Grund neuer Geschäftsfelder

Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat im Jahr 2005 vorbehaltlich der aufsichtsrechtlichen Genehmigung durch die Bafin die Zustimmung zur Erweiterung der Geschäftstätigkeit zum Emissionsgeschäft und Portfolio Management (Vermögensverwaltung) erteilt.

Die Gesellschaft plant noch in diesem Jahr, spätestens im Jahr 2007, den Antrag auf Erteilung einer Lizenz für das Emissionsgeschäft zu stellen. Mit dem Emissionsgeschäft verbunden ist die Verpflichtung der Positionsübernahme und der Weitervertrieb der übernommenen Position an potentielle Zeichner. Aus dieser Geschäftsform erwachsen der Gesellschaft verschiedene Risiken, die jedes für sich genommen die Existenz der Gesellschaft gefährden können.

So kann die Gesellschaft damit scheitern, die Wertpapiere ganz oder teilweise an Endkunden zu platzieren, was zur Folge hat, dass die DKM Wertpapierhandelsbank AG die Position in den eigenen Büchern behält und somit das Kursänderungsrisiko selbst trägt.

Ebenso kann die Gesellschaft bei einer notwendigen finanziellen wie rechtlichen Due Diligence Prüfung zu fehlerhaften Ergebnissen kommen, so dass der Wert der zu platzierenden Gesellschaft zu hoch und damit zu einem nicht am Markt zu platzierenden Preis angesetzt wird. Des Weiteren kann die DKM Wertpapierhandelsbank AG damit scheitern, notwendige Partner beim Vertrieb der Emissionen zu gewinnen. Somit wäre die Bank alleinig auf die eigene Platzierungskraft angewiesen. Dies erhöht das Risiko, Positionen in den Eigenbestand übernehmen zu müssen.

Im Falle einer Positionsübernahme aus jedwedem Grund sieht sich die DKM Wertpapierhandelsbank AG wiederum dem vorgenannten Kursänderungsrisiko ausgesetzt.

Bei negativem Verlauf von durch die DKM Wertpapierhandelsbank AG begleiteten Emissionen ist die Gesellschaft zudem Imagerisiken ausgesetzt, die die Gefahr der Geltendmachung von Haftungsansprüchen aus verschiedenen Gründen erhöht. Die sich daraus ergebende negative Berichterstattung hat sowohl Auswirkungen auf Folgeaufträge im Emissionsgeschäft als auch auf das Image der Gesellschaft. Dies alles kann negative Folgen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Sollte die Gesellschaft darüber hinaus den Geschäftsbereich Portfolio Management realisieren, so erwachsen ihr auch aus diesem Bereich zusätzliche Risiken. Hier sind vor allem Risiken aus Fehlberatungen und aus vertragswidrigen Investments durch einen Asset Manager zu nennen.

Während beide Neugeschäfte die gleichen Risiken hinsichtlich makroökonomischer Änderungen der regionalen Tätigkeitsbereiche tragen, sieht sich das Portfolio Management zusätzlich personellen Risiken ausgesetzt. So ist die fachliche Fähigkeit des Asset Managers wesentlich für den wirtschaftlichen Erfolg und damit die Ertragslage dieses Geschäftsbereichs verantwortlich. Bei sehr gutem Erfolg besteht die Gefahr des Abwerbens des Mitarbeiters durch Mitbewerber, bei schlechtem Erfolg besteht die Gefahr, dass die Gesellschaft durch Kündigung von Vermögensverwaltungsverträgen Kunden verliert.

Beides kann negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage der DKM Wertpapierhandelsbank AG haben.

2.1.9 Abwicklungs-Risiken

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG verfügt nicht über die aufsichtsrechtliche Genehmigung zur Führung von Konten und Depots (Einlagegeschäft). Zudem ist die Gesellschaft kein Clearstream Mitglied, so dass sie bei der Abwicklung von Handelspositionen auf die Dienstleistung von Banken angewiesen ist. Es besteht die Gefahr, dass die bestehende Bankverbindung, aus welchen Gründen auch immer, aufgegeben werden muss und es der Gesellschaft kurzfristig nicht gelingt, eine neue Bankverbindung einzurichten. Ebenso kann es passieren, dass die Einrichtung einer neuen Bankverbindung in Relation zu der jetzigen Abwicklung nur unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen möglich ist.

Börsliche Geschäfte, sogenannte Aufgabengeschäfte, werden seitens des Systemanbieters Braintrade ermöglicht. Der Wegfall dieser Möglichkeit würde auf Seiten der DKM Wertpapierhandelsbank AG voraussichtlich zu einer Erhöhung der Abwicklungskosten führen, was sich negativ auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft auswirken würde.

Obwohl die Gesellschaft zwischen verschiedenen Handelsparteien Positionen vermittelt, besteht das Risiko, dass die mit der Abwicklung beauftragte Bank die Wertpapiergeschäfte nicht, nicht vollständig, nicht zeitgerecht oder gar nicht beliefert. Die daraus resultierenden Lieferverzögerungen und Schadensersatzforderungen der Handelspartner müssen gegebenenfalls durch die DKM Wertpapierhandelsbank AG getragen werden.

Zwangseindeckungen von Positionen durch den sogenannten Zentralen Kontrahenten (CCP) können zu Eindeckungskosten von bis zu 100% des ursprünglichen Kurswertes führen. Dies

kann die Existenz der DKM Wertpapierhandelsbank AG zumindest gefährden wenn nicht sogar vernichten.

Zu den Abwicklungsrisiken sind die Kontrahentenrisiken zu zählen, d.h. Risiken, die daraus entstehen, dass die Kontrahenten der börslichen oder außerbörslichen Wertpapiergeschäfte ausfallen und ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können. In diesem Fall haftet die DKM Wertpapierhandelsbank AG dem anderen Kontrahenten für die Erfüllung des Geschäftes. Zwar bestehen mehrere Absicherungssysteme wie die aufsichtsrechtliche Überwachung als auch die Sicherheiten hinterlegung als Börsenteilnehmer gegenüber Börsen zur Sicherstellung der Geschäftserfüllung. Doch ist nicht auszuschließen, dass die Sicherheitsmaßnahmen weder regulatorisch noch von der Höhe der Beträge dazu ausreichen, die finanziellen Risiken aus der Nichterfüllung von Geschäften abzudecken. In diesem Fall müsste die Gesellschaft eventuell unkalkulierbare Verluste aus der Glattstellung von Wertpapiergeschäften tragen. Dies kann sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft bis hin zur Existenzvernichtung der Gesellschaft auswirken.

2.1.10 Risiken in Bezug auf bestimmte Rechtsstreitigkeiten

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG ist im Zusammenhang mit einer ursprünglich geplanten Beteiligung an der DKM Wertpapierhandelsbank AG durch einen ehemaligen Vertragspartner verklagt worden. Dieser fordert Schadensersatz in Höhe von knapp EUR 2,5 Mio. von der Gesellschaft. Die Gesellschaft geht derzeit davon aus, dass diese Klage nicht begründet ist und hat hierfür daher auch keine Rückstellungen gebildet. Gestützt wird diese Auffassung auch durch den für die DKM Wertpapierhandelsbank AG positiven Ausgang des erstinstanzlichen Verfahrens. Ein für die Gesellschaft doch noch in der nächsten Instanz negativ verlaufender Ausgang des Verfahrens könnte sich daher nachteilig und unter Umständen existenzgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der DKM Wertpapierhandelsbank AG auswirken.

2.1.11 Risiken aus Pflichtmitgliedschaften

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG ist Pflichtmitglied der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW). Die EdW finanziert sich durch Beiträge ihrer Mitglieder. Es ist nicht auszuschließen, dass die Beitragserhebung in Einzelfällen erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage der DKM Wertpapierhandelsbank AG haben kann. So werden für den größten Schadensfall in der Geschichte des EdW, dem Zusammenbruch der Firma Phoenix, in absehbarer Zeit die Bescheide für eine Sonderumlage zugestellt. Auch wenn die Höhe der Umlagen noch nicht bekannt ist, kann dies sowohl im akuten Fall wie auch in zukünftigen Fällen die Ertragslage der Gesellschaft belasten.

2.1.12 Liquiditätsrisiken

Die Gesellschaft ist eine Nachrangverbindlichkeit in Höhe von EUR 650.000 eingegangen, die im Jahr 2008 grundsätzlich fällig wird. Zwar ist vertraglich vereinbart, dass zum Fälligkeitszeitpunkt eine einvernehmliche Rückzahlungsvereinbarung getroffen werden soll. Es ist

jedoch nicht auszuschließen, dass die DKM Wertpapierhandelsbank AG zum Fälligkeitszeitpunkt nicht in der Lage sein wird, die Verbindlichkeit zurückzuzahlen. Die daraus resultierenden Maßnahmen können die Existenz der Gesellschaft gefährden oder sogar vernichten. Darüber hinaus drohen aus diesen Maßnahmen besondere Image- oder Reputationsrisiken, die sich auf die weitere Geschäftsentwicklung negativ auswirken können.

Generell kann sich die Inanspruchnahme von Kreditlinien im Falle einer Liquiditätsunterdeckung aus operativem Cash Flow negativ auf das Ergebnis der DKM Wertpapierhandelsbank AG auswirken.

2.1.13 Risiken aus der Verletzung aufsichtsrechtlicher Vorschriften

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG unterliegt aufsichtsrechtlichen Beschränkungen. Sollte die Gesellschaft gegen aufsichtsrechtliche Bestimmungen verstoßen, könnte dies zu einem Imageschaden für die Gesellschaft führen. Darüber hinaus kann dies zu einschränkenden Maßnahmen oder gar einer Untersagung der Geschäftstätigkeit durch die Aufsichtsbehörden führen. In diesen Fällen ist eine negative Auswirkung auf die Geschäfts- und damit gleichzeitig auf die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft zu erwarten.

2.1.14 Risiken aus Wachstum

Es ist die Strategie der DKM Wertpapierhandelsbank AG, ausgehend von einer sicheren Basis im Kerngeschäft, weitere Geschäftsfelder durch Akquisitionen oder durch die Gründung eines neuen Geschäftsbereiches zu realisieren. Es ist nicht gewährleistet, dass solche Geschäftsausweitungen zu der erwarteten Umsatz- und/oder Ertragssteigerung führen werden.

Sollten Wachstumsmaßnahmen fehlschlagen, könnte sich dies negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der DKM Wertpapierhandelsbank AG auswirken. Ebenso kann die Gesellschaft für den Fall eines internen Wachstums damit scheitern, notwendige Steuerungs-, Überwachungs- und Controllingmaßnahmen zu installieren oder die benötigten Ressourcen welcher Art auch immer (z.B. Fachpersonal, Finanzierung etc.) zu erlangen. Dies kann nachteilige Auswirkungen auf das neue Geschäftsgebiet sowie auf die Gesellschaft und ihre Zukunftsaussichten haben.

2.1.15 Risiken durch Verlust der Skontrofführung

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG ist als Skontrofführer an den Börsen Düsseldorf und Hamburg tätig. Die zu betreuenden Skontren werden der Gesellschaft von den Börsen für einen bestimmten Zeitraum zur Betreuung überlassen. Der derzeitige Zyklus endet am 31. Dezember 2006. Im Herbst 2006 wird turnusmäßig über die Neuvergabe der Skontren entschieden. Obwohl aus Sicht der Gesellschaft die Eignung hinreichend dargelegt und nachgewiesen ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich zukünftig eine Börse zur Umverteilung der Skontren entschließt. Im schlimmsten Fall könnten der Gesellschaft alle Skontren entzogen werden, was wesentliche negative Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft hätte. Die Zuteilung von Skontren ist auch deshalb wichtig für die DKM Wertpapier-

handelsbank AG, da durch sie auch neue Ertragsfelder erschlossen werden können, was die Übernahme aller Aktienskonten an der Börse Düsseldorf im Februar 2006 gezeigt hat.

Wird der DKM Wertpapierhandelsbank die Skontroführung an der Börse Düsseldorf oder Hamburg entzogen, so kann dies negative Auswirkungen auf die Geschäfts- und damit gleichzeitig auf die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

2.1.16 Risiken durch Veränderung der Börsenlandschaft

Der Markteintritt weiterer Börsen in den Fondshandel birgt ebenfalls Chancen und Risiken für die Gesellschaft. Auf der einen Seite kann dies zu einer Verteilung der Umsätze auf mehrere Börsenplätze führen und damit die Erträge der Gesellschaft belasten. Auf der anderen Seite ist in diesem jungen Marktsegment eine Umsatzsteigerung möglich, die ein Wachstum für alle Börsenplätze ermöglichen sollte.

Die Umstrukturierungen der deutschen Börsenlandschaft können negative Effekte für das Börsenmaklergeschäft allgemein haben. Eine Übernahme der Deutschen Börse AG in Frankfurt durch einen Mitbewerber auf der einen und die Einführung neuer elektronischer Handelssysteme auf der anderen Seite kann zu einem Wegfall des maklergestützten Handels führen. Auch dies hätte gravierende negative Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft.

2.2 Risiken in Bezug auf die von der Gesellschaft gehandelten Wertpapiere

2.2.1 Risiken durch den Kauf- bzw. Verkauf von Wertpapieren

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG erwirtschaftet den weit überwiegenden Teil ihres Ertrages aus dem Handel mit Aktien, Fondsanteilen sowie Rentenpapieren. Trotz Prüfung können sich die Kaufs- oder Verkaufstransaktionen im Nachhinein als Fehlinvestitionen herausstellen, beispielsweise dann, wenn die DKM Wertpapierhandelsbank AG zu Unrecht davon ausgeht, dass die erworbenen Anteile im Wert steigen. Zwar ist die Gesellschaft überwiegend im Bereich kurzfristig angelegter Handelsgeschäfte tätig, die eine permanente Überwachung der Positionen nach sich zieht und deren Handhabung durch interne Handelsrichtlinien geregelt ist. Dennoch können Fehlinvestitionen sogar zu einem Totalverlust des von der Gesellschaft eingesetzten Kapitals führen. Ein solcher Verlust würde sich auf die Vermögenslage der Gesellschaft und damit auch auf den Aktienkurs der DKM Wertpapierhandelsbank AG auswirken. Zudem hängt der Erfolg der DKM Wertpapierhandelsbank AG maßgeblich vom Zeitpunkt der jeweiligen Handelsentscheidungen ab. So können alle von der DKM Wertpapierhandelsbank AG gehandelten Wertpapiere, auch sehr kurzfristig, deutlichen Kursschwankungen unterliegen. Auch das zu lange oder zu kurze Halten von Handelspositionen kann entscheidenden Einfluss auf die tatsächlich zu realisierenden Gewinne bzw. Verluste haben.

Zudem wirkt sich auch das allgemeine Marktrisiko auf die von der DKM Wertpapierhandelsbank AG gehaltenen Positionen aus. Das Marktrisiko eines Wertpapiers ist das Risiko einer

Preisänderung, die der allgemeinen Tendenz am Markt zuzuschreiben ist und die in keinem direkten Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation des einzelnen Unternehmens steht. Dem Marktrisiko unterliegen also alle Wertpapiere prinzipiell gleichermaßen. Parallel mit dem Gesamtmarkt kann demnach der Wertpapierkurs eines Unternehmens an der Börse sinken, obwohl sich aktuell an der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens nichts geändert hat. Ein solches Marktrisiko kann sich insbesondere aus der Änderung der politischen oder makroökonomischen Lage in Deutschland, aber auf Grund der international verzahnten Kapitalmärkte auch in anderen Ländern wie z.B. den USA oder anderen EU-Staaten ergeben.

2.2.2 Länderrisiko

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG handelt mehrheitlich die Wertpapiere von in Deutschland ansässigen Unternehmen.

Im Rahmen der Skontroführertätigkeit führt die Gesellschaft auch ausländische Wertpapiere verschiedener Länder. Für den Fall, dass politische, wirtschaftliche oder sonstige Maßnahmen in einem Land, dessen Wertpapiere die Gesellschaft im Bestand hat, dafür sorgen, dass eine geregelte und ordentliche Abwicklung von Wertpapiergeschäften nicht oder nicht mehr möglich sein wird, kann die DKM Wertpapierhandelsbank AG diese Wertpapierpositionen nicht mehr liquidieren. Dies kann zu Kursverlusten bis hin zum Totalverlust der Wertpapiere aus dem Land führen, welches von den Maßnahmen betroffen ist.

Als exemplarisches Beispiel ist die temporäre Handelseinstellung an den US-Wertpapierbörsen im Nachgang zu den Anschlägen des 11. September 2001 auf das World Trade Center zu nennen.

Eine Schließung von ausländischen Wertpapiermärkten kann sich nachteilig auf den Wert der von der DKM Wertpapierhandelsbank AG gehaltenen Aktien und damit auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft auswirken.

Ebenso kann durch politische Maßnahmen der freie Waren- und Finanzverkehr beeinträchtigt oder gar beendet werden. Auch in diesem Fall kann eine Wertpapierposition nicht oder nicht mehr liquidierbar sein. Dies kann ebenfalls nachteilige Auswirkungen auf die von der DKM Wertpapierhandelsbank AG gehaltenen Aktien und damit auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft haben.

2.2.2.1 Politische und wirtschaftliche Risiken

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich seit Anfang der 1990er Jahre in einem gesamtwirtschaftlichen Konsolidierungsprozess, der aus dem Zusammenwachsen der ehemaligen DDR und der damaligen Bundesrepublik Deutschland herrührt. Im Zuge dieses Prozesses kann es zu sozialen Ungleichgewichten, regionalen Verschiebungen sowohl der demographischen Entwicklung als auch der wirtschaftlichen Kraft sowie fortgesetzten volkswirtschaftli-

chen Problemen kommen. Die Bundesrepublik hat in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren die EU – Stabilitätskriterien mehrfach verpasst.

Die zur Lösung der substantiellen Probleme geplanten Reformen können soziale Ungleichgewichte, einen Konjunkturunbruch auch durch steuerliche Höherbelastungen oder sonstige unvorhersehbare Situationen bewirken. Dies würde sich negativ auf das allgemeine Anlageklima auswirken und insbesondere getätigte Anlagen sowie zukünftige Anlagemöglichkeiten erheblich beeinflussen. Die börsliche Umsatzfähigkeit könnte dadurch beeinträchtigt werden, was wiederum negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft hätte.

Durch die Verzahnung der internationalen Kapitalmärkte könnte eine Änderung der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Situation in einem oder mehreren ausländischen Staaten den gleichen negativen Effekt auf die deutschen Finanzmärkte haben.

2.2.2.2 Risiken des deutschen Wertpapiermarktes

Die deutschen Wertpapiermärkte sind im Vergleich zu den Märkten in den USA oder England wesentlich kleiner und gerade in Nebenwerten weniger liquide. Eine hohe Volatilität kann das Risiko von Kursverlusten im Rahmen der Positionsführung vergrößern. Ein wirtschaftliches Problem bei einem Anbieter von derivativen Produkten kann zu starken Kursschwankungen sowohl in den jeweiligen den Derivativen zu Grunde liegenden Produkten als auch im deutschen Gesamtmarkt führen. Als an deutschen Börsen zugelassener Handelsteilnehmer besteht für die DKM Wertpapierhandelsbank AG das Risiko, dass sich Strukturen der deutschen Börsenlandschaft ändern. Dies kann zum Wegfall der Skontrofführerfunktion, einer Erhöhung der Positionsrisiken durch verstärktes Liquidityproviding oder gar zur Einstellung des Geschäftes und damit dem Wegfall der Ertragsgrundlage führen.

2.2.2.3 Rechtliche Risiken

Durch die Änderung von Gesetzen und/oder Verordnungen können die Marktaktivitäten der Gesellschaft negativ beeinflusst werden. Es können dadurch neue Marktteilnehmer als Konkurrenten in Erscheinung treten und die wirtschaftlichen Grundlagen für die Geschäftsaktivitäten der Gesellschaft entzogen werden. Schließlich ist es auch denkbar, dass der Handel mit Wertpapieren und Aktien bzw. die Erstemission an deutschen Börsen limitiert wird. Dies kann den Wertverfall der von der DKM Wertpapierhandelsbank AG gehaltenen Aktien zur Folge haben und damit den Kurs der Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG (auch erheblich) negativ beeinflussen.

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG unterliegt als Wertpapierhandelsbank insbesondere den Regelungen des Kreditwesengesetzes (KWG). Durch die Änderung dieses Gesetzes oder von anderen deutschen Gesetzen und/oder Verordnungen können die Marktaktivitäten eines Unternehmens negativ beeinflusst werden. Gleiches gilt im Hinblick auf Änderungen im

deutschen Steuerrecht, die die Ertragslage von Unternehmen negativ beeinflussen können. Gerade die zunehmende EU-Harmonisierung kann wesentliche Auswirkungen auf den deutschen Wertpapierhandel und die mit dem Wertpapiergeschäft verbundenen Geschäftsbereiche haben. Als Beispiel ist hierfür die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MIFID) zu nennen, die Einfluss sowohl auf Infrastrukturen der DKM Wertpapierhandelsbank AG als auch auf die Orderweiterleitung zu den Börsen haben kann.

2.2.2.4 Steuerliche Risiken

Änderungen im deutschen Steuerrecht, die die Einkommenssituation eines Kapitalanlegers und/ oder die Ertragslage von Unternehmen betreffen, können negative Auswirkungen auf die Wertentwicklung der deutschen Wertpapiere aber auch auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG haben.

2.2.2.5 Konjunkturrisiko

Unter dem Konjunkturrisiko wird die Gefahr von Wertverlusten verstanden, die dadurch entstehen, dass die Konjunkturentwicklung nicht oder nicht zutreffend bei einer Anlageentscheidung berücksichtigt und dadurch zum falschen Zeitpunkt eine Wertpapieranlage getätigt oder aufgelöst wird oder Wertpapiere in einer ungünstigen Konjunkturlage gehalten werden. Dies gilt auch für die Wirtschaft und die daraus resultierenden Einflüsse auf den jeweiligen Wert der Aktien der Gesellschaft. Die Aktienmärkte und insbesondere die Aktienmärkte in Deutschland können sich auch nervös und volatil in Erwartung oder nach dem Vollzug von Zinsveränderungen (insbesondere bei Zinserhöhungen) an den internationalen Finanzmärkten zeigen und die Börsen daher auf Grund von Zinsveränderungen nachgeben.

2.2.2.6 Inflationsrisiko

Das Inflationsrisiko beschreibt die Gefahr, dass infolge einer Geldentwertung ein Vermögensschaden eintritt. Dem Risiko unterliegt zum einen der Realwert des vorhandenen Vermögens, zum anderen der reale Ertrag, mit dem Vermögen erwirtschaftet werden soll, so dass sich eine hohe Inflationsrate negativ auf die von der DKM Wertpapierhandelsbank AG gehaltenen Aktien und reflexartig auf den Wert der Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG auswirken kann.

2.2.2.7 Währungsrisiko

Der Handel mit Wertpapieren wird seitens der DKM Wertpapierhandelsbank AG im Wesentlichen in Euro, selten in US-Dollar abgewickelt. Da der Euro zum US-Dollar Kursschwankungen unterliegt, kann es zu Wechselkursverlusten kommen, insbesondere wenn der Kurs des Euro zum US-Dollar steigt. Eine ungünstige Entwicklung des Wechselkurses kann sich nachteilig auf den Wert der von der DKM Wertpapierhandelsbank AG gehaltenen Aktien und damit auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft auswirken.

3. Verantwortliche Personen

3.1 Verantwortung für den Inhalts des Prospekts

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, übernimmt gemäß § 5 Abs. 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für den Inhalt dieses Wertpapierprospekts und erklärt hiermit, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

3.2 Übernahme von Angaben von Seiten Dritter

Sofern Angaben von Seiten Dritter übernommen wurden, bestätigt die DKM Wertpapierhandelsbank AG hiermit, dass diese Angaben korrekt wiedergegeben wurden und dass – soweit es der DKM Wertpapierhandelsbank AG bekannt ist und sie aus den von diesem Dritten veröffentlichten Informationen ableiten konnte – keine Fakten unterschlagen wurden, die die reproduzierten Angaben unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

4. Die Zulassung

4.1 Gegenstand der Zulassung

Gegenstand der Zulassung sind 1.988.571 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2006. Die Aktien (International Securities Identification Number) (ISIN) DE0005532899, (WKN) 553289 sollen in den Regierten Markt der Wertpapierbörsen Düsseldorf und Frankfurt einbezogen werden.

4.2 Adresse der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist unter folgender Adresse zu erreichen:

DKM Wertpapierhandelsbank AG
Immermannstrasse 7
D-40210 Düsseldorf
Tel.: 0211/13861-0
Fax: 0211/326 328

4.3 Veröffentlichung des Prospekts

Dieser Prospekt wird voraussichtlich ab dem 15. Januar 2007 auf der Internet-Seite der Gesellschaft unter <http://www.schnigge.de> veröffentlicht werden. Der Prospekt wird außerdem voraussichtlich ab dem 15. Januar 2007 während der üblichen Geschäftszeiten bei der DKM Wertpapierhandelsbank AG ausgelegt werden.

4.4 Kosten der Zulassung

Die Kosten der Zulassung belaufen sich auf insgesamt ca. EUR 50.000,00, einschließlich der Kosten der rechtlichen Beratungsleistungen im Hinblick auf die Prospekterstellung.

4.5 Zahl- und Hinterlegungsstelle der Gesellschaft

Zahl- und Hinterlegungsstelle der Gesellschaft ist das Bankhaus Merck Finck & Co, Privatbankiers, Pacellistraße 16, 80333 München.

5. Abschlussprüfer

5.1 Abschlussprüfer 2005

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 wurde von der Dr. Ebner, Dr. Stolz u. Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kronenstr. 30, 70174 Stuttgart, geprüft. Diese Gesellschaft ist Mitglied des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) und der Wirtschaftsprüferkammer (WPK).

5.2 Abschlussprüfer 2003, 2004

Die Jahresabschlüsse 2004 und 2003 wurden gemeinsam von der BM Partner Revision GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kanzlerstr. 8, 40472 Düsseldorf und der Hansa Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Raiffeisenstr. 1, 24103 Kiel (neue Adresse: Raiffeisenstr. 1-3, 24768 Rendsburg) geprüft. Diese Gesellschaften sind Mitglied des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) und der Wirtschaftsprüferkammer (WPK).

5.3 Gründe für den Wechsel der Abschlussprüfer

Der Wechsel der Abschlussprüfer zum Geschäftsjahr 2005 erfolgte auf Wunsch des neuen Großaktionärs, der DKM Asset Management AG. Ein dahingehender Vorschlag wurde am 30. August 2005 von der Hauptversammlung der Gesellschaft gebilligt.

6. Ausgewählte Finanzinformationen

Die Bilanzsumme zum 31.12.2005 ist auf Grund des Bestands in Fondsanteilen des Fonds „grundbesitz invest“ im Vergleich zu den Vorjahren stark erhöht. Der Bestand wurde durch einen Kredit finanziert und nach Wiedereröffnung des Fonds im März 2006 verkauft.

Die Eigenkapitalsituation ist geprägt durch die geringe Kapitalausstattung bei der Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit nach der vorläufigen Insolvenz und den in den Jahren 2004 und 2005 durchgeführten Kapitalherabsetzungen und Kapitalerhöhungen.

Die Erträge werden weiterhin fast ausschließlich aus börslichen und außerbörslichen Wertpapiergeschäften generiert. Die stetige Ergebnisverbesserung spiegelt die Bemühungen der Gesellschaft wider, auch bei weiterer Geschäftsbelebung größtmögliche Kostendisziplin zu üben, wie folgende Übersicht ausgewählter Finanzinformationen zeigt:

Finanzinformationen aus den Bilanzen der geprüften Jahresabschlüsse 2003 bis 2005

	2003	2004	2005
	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzsumme	2.552	1.483	13.055 ⁽¹⁾
Eigenkapital/Kapitalfehlbetrag (-)	171	-504	1.265
Forderungen an Kreditinstitute	664	130	1.339
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	122	382	10.843
Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	-2.584	-4.234	-866
Verbindlichkeiten und Rückstellungen	2.381	1.483	11.790

¹ Die Bilanzsumme per 31.12.2005 ist erhöht durch den Bestand in „grundbesitz invest“ Anteilen

Ungeprüfte Halbjahresfinanzinformationen aus den Bilanzen zum 30.06.2005 und zum 30.06.2006

	1. HJ 2005	1. HJ 2006
	TEUR	TEUR
Bilanzsumme	2.332	6.104
Eigenkapital/Kapitalfehlbetrag (-)	970	3.741
Forderungen an Kreditinstitute	1.090	293
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	762	4.915
Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	-1.161	1.610
Verbindlichkeiten und Rückstellungen	1.362	2.363

Finanzinformationen aus den Gewinn- und Verlustrechnungen der geprüften Jahresabschlüsse 2003 bis 2005

	2003	2004	2005
	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsergebnis	-11	54	64
Provisionsergebnis	450	805	1.121
Ergebnis aus Finanzgeschäften	668	490	931
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	2.186	2.645	2.631
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-1.102	-1.649	167

Ungeprüfte Halbjahresfinanzinformationen aus den Gewinn- und Verlustrechnungen zum 30.06.2005 und zum 30.06.2006

	1. HJ 2005	1. HJ 2006
	TEUR	TEUR
Zinsergebnis	36	22
Provisionsergebnis	330	1.837
Ergebnis aus Finanzgeschäften	462	2.133
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-993	-1.789
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-127	2.918

Finanzinformationen aus den Kapitalflussrechnungen der geprüften Jahresabschlüsse 2003 bis 2005

	2003	2004	2005
	TEUR	TEUR	TEUR
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-1.203	-1.649	170
Periodenergebnis nach außerordentlichen Posten	-1.354	-1.950	55
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-5.053	-1.510	-391
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1.755	975	1.599
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	633	97	1.305

7. Informationen über die DKM Wertpapierhandelsbank AG und Geschäftsüberblick

7.1 Allgemeine Informationen und Entwicklung der DKM Wertpapierhandelsbank AG

Die Gesellschaft ist eine nach deutschem Recht, in Düsseldorf am 29. Oktober 1991 (ursprünglich als GmbH unter der Firma Schnigge & Partner GmbH) auf unbestimmte Zeit gegründete Aktiengesellschaft und firmiert unter der Firma DKM Wertpapierhandelsbank AG. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter HRB 36608 eingetragen.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Düsseldorf und übt ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland aus. Sie ist unter folgender Anschrift zu erreichen:

DKM Wertpapierhandelsbank AG

Immermannstrasse 7

D-40210 Düsseldorf

Tel.: 0211/13861-0

Fax: 0211/326 328

Die Gesellschaft ist seit ihrer Gründung mehrfach umstrukturiert und umfirmiert worden. Die historische Entwicklung der Gesellschaft lässt sich wie folgt beschreiben:

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG wurde am 29. Oktober 1991 als Schnigge & Partner GmbH von den Herren Hans-Joachim Plückers, Karl A. Schnigge, Wolfgang Wackerbarth und Ortwin Heider in Düsseldorf gegründet. Das Gründungskapital betrug DM 400.000,00 und wurde zu je DM 100.000,00 von diesen Herren eingezahlt. Als Geschäftssitz wurde Düsseldorf gewählt (Amtsgericht Düsseldorf, HRB 27631) und in Frankfurt eine Zweigniederlassung gegründet (Amtsgericht Frankfurt, HRB 35166). Gegenstand des Unternehmens war die Vermittlung von Wertpapiergeschäften als freier Makler und der An- und Verkauf von Wertpapieren in eigener Rechnung. Die vier Gründungsmitglieder wurden gleichzeitig zu Geschäftsführern bestellt.

Die Geschäftstätigkeit wurde am 2. Januar 1992 mit fünf weiteren Mitarbeitern aufgenommen. Zum 31. Dezember 1992 verließ Herr Heider die Gesellschaft, der Geschäftsanteil wurde von Herrn Steuerberater Aribert Lieske übernommen.

Im Dezember 1996 wurde das Kapital der Gesellschaft auf DM 800.000,00 erhöht, es wurden 15 Mitarbeiter beschäftigt.

Mit der Einführung des Computerhandelssystems XETRA im Juni 1997 wurde die Schnigge & Partner GmbH auch hier aktiver Teilnehmer. Ende 1997 begann das Unternehmen mit der Skontroführung in Freiverkehrswerten in Düsseldorf.

Das Kapital wurde im Mai 1998 unter Beteiligung der Altgesellschafter auf DM 1.600.000,00 erhöht und die Gesellschaft am 13. Mai 1998 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, die Börsenmakler Schnigge AG (Amtsgericht Düsseldorf, HRB 36608). Im Verlauf des Jahres 1998 wurden die Börsenzulassungen an den Börsen Berlin, München und Stuttgart erlangt. Im November wurde das Kapital auf DM 2.000.000,00, erhöht und es wurden 11 Mitarbeiter mit 20 % am Kapital beteiligt. Eine weitere Kapitalerhöhung auf DM 4.000.000,00 erfolgte im Dezember 1998. Insgesamt waren nun 18 Mitarbeiter beschäftigt.

Im Januar 1999 wurde eine weitere Niederlassung in Berlin eröffnet, die ebenfalls in der Skontroführung tätig war. Die Börsenzulassungen an den Börsen in Hamburg, Hannover und Bremen wurden beantragt und genehmigt. In Frankfurt und Hannover wurde mit der Skontroführung begonnen. Anfang Mai 1999 erfolgte die Umwandlung des Aktienkapitals von DM in Euro und die Umstellung der Stückaktien von DM 5,00 auf Stückaktien zu EUR 1,00 (Das Grundkapital betrug danach EUR 2.080.000,00). Im Juni 1999 wurde eine Kapitalerhöhung auf EUR 3.100.000,00 vorgenommen. Die Börseneinführung erfolgte am 17. August 1999 in den Geregelt Markt in Düsseldorf und Frankfurt. Seit Mitte 1999 hat die Gesellschaft den Status einer Wertpapierhandelsbank. Die Mitarbeiterzahl stieg auf 29.

Ab April 2000 verstärkte Herr Erhard H. Arent den Vorstand. Die 100 %-igen Tochtergesellschaften Schnigge Beteiligungs AG und Schnigge Vermögensberatung und Vermögensverwaltung AG wurden gegründet. Am 19. Juni 2000 wurde die Börsenmakler Schnigge AG in den SDAX aufgenommen. Durch die Ausgabe von Berichtigungsaktien im Verhältnis 31:69 wurde das Grundkapital von EUR 3,1 Mio. auf EUR 10 Mio. erhöht. Es wurden im Konzern insgesamt 55 Mitarbeiter beschäftigt.

Im Juli 2001 schied Herr Wolfgang Wackerbarth aus dem Vorstand aus. Ende 2001 waren 56 Mitarbeiter in der Schnigge-Gruppe beschäftigt.

Im Frühjahr 2002 wurde die Tochtergesellschaft Schnigge Vermögensberatung und Vermögensverwaltung AG verkauft. Im August musste eine Gesellschaft aus dem Portfolio der Tochtergesellschaft Schnigge Beteiligungs AG Insolvenz anmelden, was zu erheblichen Abschreibungen führte, die von der Muttergesellschaft ausgeglichen werden mussten. Auf einer für Dezember 2002 anberaumten Hauptversammlung sollte eine Kapitalherabsetzung von EUR 10 Mio. auf EUR 2 Mio. und eine anschließende Erhöhung um EUR 5 Mio. beschlossen werden. Dem Scheitern der Beteiligungsverhandlungen folgte der Antrag auf vorläufige Insolvenzverwaltung für die Gesellschaft und die Schnigge Beteiligungs AG. Zu diesem Zeitpunkt waren 26 Mitarbeiter beschäftigt.

In Zusammenarbeit mit dem vorläufigen Insolvenzverwalter wurde im März 2003 eine Investorengruppe gefunden, mit deren Hilfe der Antrag auf Insolvenzeröffnung zurückgezogen werden konnte. Am 1. April 2003 erfolgte die Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit mit 11 Mitarbeitern. Im Mai 2003 schied Herr H.-J. Plückers aus dem Vorstand der Gesellschaft aus, Herr Florian Weber wurde als Vorstand bestellt. Im September 2003 erfolgte die Kapitalherabsetzung vom EUR 10 Mio. auf EUR 1 Mio. und die Verschmelzung der Schnigge Beteiligungs AG auf die Gesellschaft. Im November 2003 wurde eine Kapitalerhöhung um EUR 1 Mio. auf EUR 2 Mio. durchgeführt, verbunden mit dem Einstieg der OFL AnlagenLeasing AG aus Dresden.

Im Februar 2004 erfolgte eine Bar- und Sachkapitalerhöhung unter maßgeblicher Beteiligung der OFL AnlagenLeasing AG (Einbringung der Hein OFL Wertpapierhandelsbank AG). Mit der Hauptversammlung im Juni 2004 schied Herr Karl A. Schnigge aus dem Vorstand aus, Herr Michael von Busse wurde in den Vorstand berufen. Es wurde darüber hinaus die Änderung der Firma in Börsenmakler Schnigge – OFL Wertpapierhandelsbank AG beschlossen; die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 21. September 2004.

Im September 2004 wurde eine weitere Kapitalerhöhung angekündigt, die aber wegen mangelnder Beteiligung abgesagt werden musste. Im Dezember 2004 beteiligte sich ein neuer Investor, die DKM Asset Management AG aus Stuttgart, zunächst mit einer Barkapitalerhöhung in Höhe von EUR 0,38 Mio.

Bis Februar 2005 baute die DKM Asset Management AG ihren Aktienanteil an der Gesellschaft auf über 50 % aus, die OFL - Gruppe gab ihren Aktienanteil ab. Die außerordentliche Hauptversammlung am 8. Februar 2005 beschloss eine Kapitalherabsetzung von EUR 3.730.000,00 auf EUR 532.857,00 und eine anschließende Erhöhung auf EUR 2.131.428,00. Der Anteil der DKM Asset Management AG erhöhte sich auf über 75 %. Ebenso wurde dann die Änderung der Firma in DKM Wertpapierhandelsbank AG beschlossen und am 10. März 2005 ins Handelsregister eingetragen.

Mitte des Jahres 2005 wurde Herr Bernd Logen für den Bereich Asset Management in den Vorstand berufen. Der Bereich wurde dann aber nicht aktiviert und Herr Logen schied Ende März 2006 aus dem Vorstand aus.

Im Oktober 2006 wurde Herr Markus Baukenkrodt in den Vorstand berufen. Herr Baukenkrodt soll den Bereich Emissionsgeschäft aufbauen.

Der satzungsmäßige Gegenstand des Unternehmens ist derzeit die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im eigenen Namen für fremde Rechnung. Gegenstand des Unternehmens ist auch die Vermittlung von Geschäften über die Anschaffung und die Veräu-

berung von Finanzinstrumenten oder deren Nachweis, die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten in fremdem Namen für fremde Rechnung und die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im Wege des Eigenhandels für andere.

Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin der Handel mit Finanzinstrumenten für eigene Rechnung (sogenannter Nostrohandel) und die Beratung anderer bei der Anlage in Finanzinstrumenten (sogenannte Anlageberatung). Gegenstand des Unternehmens ist ferner die Gründung von, der Erwerb von und/oder die Beteiligungen an Gesellschaften, die Bank- und/oder Finanzdienstleistungen oder Tätigkeiten der in § 1 Abs. 1, 1a und/oder 3 KWG beschriebenen Art zu erbringen.

Gegenstand des Unternehmens ist schließlich die Schaffung und das Betreiben einer Handelsplattform für die Vermittlung des Handels mit Waren oder Dienstleistungen jeder Art; insbesondere Finanzdienstleistungen.

7.2 *Geschäftsüberblick*

Mit der Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit im April 2003 wurden die Kerngeschäftsfelder der DKM Wertpapierhandelsbank AG wieder aktiviert. Begonnen wurde mit der Skontroführung für Aktien, Rentenwerte und Genussscheine in Düsseldorf und mit der Skontroführung für Fondsanteile in Hamburg sowie dem Kunden- und Eigenhandel für Wertpapiere. Diese Geschäftsfelder gehörten bereits vor dem Jahr 2003 zu den Haupteinnahmequellen der Gesellschaft. Nach den vorangegangenen Umstrukturierungen erfolgte der Betrieb des Börsenmaklergeschäftes anfangs, d.h. ab April 2003, mit deutlich verkleinertem Personalstamm.

Alle Geschäftsbereiche der DKM Wertpapierhandelsbank AG unterliegen seit dem Jahr 2003 einer permanenten Erfolgskontrolle, um profitable Bereiche auszubauen und weniger erfolgreiche auf ihren Fortbestand hin zu überprüfen.

Die Geschäftsfelder, in denen die Gesellschaft tätig ist, lassen sich im Einzelnen wie folgt beschreiben:

Skontroführung

Im April 2003 nahm die DKM Wertpapierhandelsbank die Skontroführung für Aktien, Rentenwerte und Genussscheine in Düsseldorf und für Fondsanteile in Hamburg auf.

Im Jahr 2004 wurde die Skontroführung für Aktien zunächst wieder eingestellt, da der administrative Aufwand im Verhältnis zu der nur noch geringen Anzahl betreuter Wertpapiere keinen wirtschaftlichen Betrieb mehr zuließ. Im Februar 2006 erfolgte dann jedoch eine Wiederaufnahme der Skontroführung an der Börse Düsseldorf. Dort konnte die Skontroführung

für alle in Düsseldorf gehandelten Aktien übernommen werden. Ebenso wurden die beiden Mitarbeiter der Gesellschaft übernommen, welche die Skontroführung an die DKM Wertpapierhandelsbank AG übergab. Die technischen Voraussetzungen für eine reibungslose Orderabwicklung und Bestandsführung konnten hier wesentlich verbessert werden, so dass aus diesem Bereich bereits nach kurzer Zeit Ergebnisbeiträge geliefert wurden.

Der Fondshandel an der Börse Hamburg hat seine positive Entwicklung weiter fortgesetzt und die Zahl der notierten Werte in diesem Segment wird ständig weiter ausgebaut. Im Mai 2005 wurde an der Börse Düsseldorf mit dem Handel offener Fonds begonnen und der DKM Wertpapierhandelsbank AG wurde eine große Anzahl der Skontren zugeteilt. Der Bereich Fondshandel erwirtschaftet inzwischen einen maßgeblichen Ergebnisanteil.

Rentenhandel

Weiterhin ist die Gesellschaft im Rentenhandel aktiv. Zur Stärkung des klassischen Börsengeschäftes wurde im April 2003 die Rentenhandelsabteilung erweitert, die mit der Einstellung eines Marktspezialisten und einem direkten Anschluss an die Eurex, eine der größten Terminbörsen für Finanzderivate weltweit, über gute Voraussetzungen für ein langfristig erfolgreiches Agieren in diesem Segment verfügt.

PRE-IPO-Handel und Eigenhandel

Mit der Belebung der Emissionstätigkeit im Jahr 2004 und dem Börsengang der Postbank wurde auch der PRE-IPO-Handel wieder aufgenommen. Mit zahlreichen Emissionen im Jahr 2005 setzte sich diese Entwicklung fort. Die Umsätze in diesem Segment bleiben allerdings hinter den Erwartungen zurück und sind nicht mit den Umsatz- und Ergebnisbeiträgen der Boomphase des Neuen Marktes in den Jahren 1998 bis 2000 zu vergleichen.

Im Rahmen des Eigenhandels werden Aktien- und Rentenpositionen im Handelsbestand geführt. Hierzu zählt auch der Telefonhandel mit nicht notierten Werten. Generell konnte eine Zunahme der Umsätze in diesem Geschäftsbereich verzeichnet werden, da sich hier das zunehmende Vertrauen der Anleger in die positive Aktienkursentwicklung verstärkt hat.

Geplante Aufnahme des Emissionsgeschäftes

Die Genehmigung zum Betreiben des Emissionsgeschäftes wurde mit der Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Jahr 2003 an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zurückgegeben. Auf der letzten Hauptversammlung der DKM Wertpapierhandelsbank AG wurde jedoch der Vorratsbeschluss gefasst, das Emissionsgeschäft wieder zu beleben. Die entsprechende Antragstellung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) soll noch in diesem Jahr, spätestens im Jahr 2007 realisiert werden. Bisher konnten im Jahr

2006 einige Börseneinführungen und Kapitalmaßnahmen begleitet werden, ohne dass hierfür eine Genehmigung zum Betreiben des Emissionsgeschäftes erforderlich war.

7.3 Mittlerweile aufgegebene Geschäftsfelder

Zusammen mit dem damaligen Großaktionär OFL Anlagen Leasing AG wurde im April 2004 mit dem Aufbau des Retailgeschäftes in der neu eröffneten Niederlassung Dresden begonnen.

Bedingt durch den Wechsel im Aktionärskreis Ende 2004 wurde dieses Geschäftsfeld im Frühjahr 2005 wieder eingestellt und die Niederlassung Dresden geschlossen.

7.4 Wichtige Ereignisse während der Entwicklung der Geschäftstätigkeit

In Zusammenarbeit mit dem vorläufigen Insolvenzverwalter wurde im März 2003 eine Investorengruppe gefunden, mit deren Hilfe der Antrag auf Insolvenzeröffnung zurückgezogen werden konnte. Am 1. April 2003 erfolgte die Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit mit 11 Mitarbeitern.

Im Februar 2004 erfolgte eine Bar- und Sachkapitalerhöhung unter maßgeblicher Beteiligung der OFL AnlagenLeasing AG (Einbringung der Hein OFL Wertpapierhandelsbank AG). Mit der Hauptversammlung im Juni 2004 schied Herr Karl A. Schnigge aus dem Vorstand aus, Herr Michael von Busse wurde in den Vorstand berufen. Es wurde darüber hinaus die Änderung der Firma in Börsenmakler Schnigge – OFL Wertpapierhandelsbank AG beschlossen; die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 21. September 2004.

Im September 2004 wurde eine weitere Kapitalerhöhung angekündigt, die aber wegen mangelnder Beteiligung abgesagt werden musste. Im Dezember 2004 beteiligte sich ein neuer Investor, die DKM Asset Management AG aus Stuttgart, zunächst mit einer Barkapitalerhöhung in Höhe von EUR 0,38 Mio.

Bis Februar 2005 baute die DKM Asset Management AG ihren Aktienanteil an der Gesellschaft auf über 50 % aus, die OFL - Gruppe gab ihren Aktienanteil ab. Die außerordentliche Hauptversammlung am 8. Februar 2005 beschloss eine Kapitalherabsetzung von EUR 3.730.000,00 auf EUR 532.857,00 und eine anschließende Erhöhung auf EUR 2.131.428,00. Der Anteil der DKM Asset Management AG erhöhte sich auf über 75 %. Ebenso wurde dann die Änderung der Firma in DKM Wertpapierhandelsbank AG beschlossen und am 10. März 2005 ins Handelsregister eingetragen.

Die Genehmigung zum Betreiben des Emissionsgeschäftes wurde mit der Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Jahr 2003 an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zurückgegeben. Auf der letzten Hauptversammlung der DKM Wertpapierhandelsbank AG wurde jedoch der Vorratsbeschluss gefasst, das Emissionsgeschäft wieder zu beleben. Die entsprechende Antragstellung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) soll noch in diesem Jahr, spätestens im Jahr 2007 realisiert werden. Zur Aufnahme des neuen

Geschäftsbereichs „Emissionsgeschäft“ soll demnächst eine Kapitalerhöhung von bis zu EUR 1.065.714,00 auf bis zu EUR 3.197.142,00 vorgenommen werden. Diese Kapitalerhöhung wurde in der ordentlichen Hauptversammlung am 22. August 2006 beschlossen.

7.5 Marktumfeld

Die nachstehenden Angaben zum Marktumfeld beruhen im Wesentlichen auf eigenen Einschätzungen und auf Marktbeobachtungen der DKM Wertpapierhandelsbank AG.

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG bewegt sich in einem Marktumfeld, in dem viele Wettbewerber tätig sind. Dies ist u.a. durch die in Deutschland existierende Börsenlandschaft zu erklären, bei der an jedem Börsenplatz für ein Wertpapier ein Skontroführer benötigt wird. Mit der Aufgabe der Kursfeststellung haben die Börsen traditionell ursprünglich regionale Gesellschaften beauftragt, deren Geschäftsbereiche sich im Zuge der globalen Zentralisierung der Wertpapiermärkte nun jedoch sowohl regional als auch im Hinblick auf deren Tätigkeitsgebiete überschneiden.

Dennoch haben viele Börsenmakler innerhalb eines oftmals gleichen Tätigkeitsgebietes Schwerpunkte ihrer Angebote aufgebaut, um sich von Mitbewerbern abzuheben und im Wettbewerb zu bestehen.

Zu den Mitbewerbern der DKM Wertpapierhandelsbank AG gehören Börsenmakler und Wertpapierbanken, die über eine teilweise wesentlich bessere Kapitalausstattung als die DKM Wertpapierhandelsbank AG verfügen. Darüber hinaus haben einzelne Mitbewerber ihre aufsichtsrechtlichen Genehmigungen so erweitert, dass sie neben dem reinen Wertpapierhandel das IPO- oder sogar das Vollbankgeschäft (Einlagen- und Depotgeschäft) anbieten können. Die DKM Wertpapierhandelsbank AG verfügt nicht über eine Genehmigung zum Betreiben des Vollbankgeschäftes und beabsichtigt auch nicht, eine solche Genehmigung zu beantragen.

7.6 Investitionen

Investitionen in Sachanlagen wurden im Jahr 2003 nur für die Anschaffung eines unbedingt notwendigen Servers in Höhe von EUR 4.000 vorgenommen.

Im Verlauf des Jahres 2004 wurde Betriebsausstattung in Höhe von EUR 40.000 angeschafft (Notebooks, Server, Router und PC's). Diese Geräte dienten zum Teil als Ersatz für funktionsunfähig gewordene Geräte und als notwendige Ergänzung, die auf Grund der Ausweitung der Geschäftsbasis erforderlich wurde. In EDV-Software wurden EUR 42.000 investiert (u.a. für Serverlizenzen, für eine Quotemashine und eine Firewall). Bedingt durch den Umzug der Niederlassung Frankfurt in kleinere Räumlichkeiten mussten in Elektro- und Verkabelungsinfrastruktur weitere EUR 51.000 investiert werden.

Im Geschäftsjahr 2005 wurde in Höhe von EUR 15.000 Hardware in Form von Servern, Routern und PC's sowie einem Drucker als Ersatz bzw. zur Erweiterung angeschafft. In die ent-

sprechende Software und die Erneuerung von Lotus-Notes Lizenzen mussten EUR 32.000 investiert werden.

Alle Angaben in TEUR	2003	2004	2005
Bezeichnung	Anschaffungen/ Investitionen	Anschaffungen/ Investitionen	Anschaffungen/ Investitionen
EDV Software	0	42	32
Betriebsausstattung	4	40	15
Büroeinrichtung/Einbauten	0	55	0
Geringwertige Wirtschaftsgüter	0	0	0
Summe	4	137	47

Für das Geschäftsjahr 2006 sind Erneuerungen und Erweiterungen in Höhe von EUR 218.000 im Bereich EDV fest geplant bzw. teilweise bereits durchgeführt worden. Ergänzt bzw. erneuert wurden bereits die Datenbank und der Server für die Positionsführung (Kosten: EUR 58.000), das Orderüberwachungssystem (Kosten: EUR 35.000) und die Software für die Fondspreiskalkulation (Kosten: EUR 10.000). Geplant ist noch die Anschaffung von Hard- und Software zur automatisierten Kursfeststellung in der Skontroführung (Kosten: ca. EUR 30.000), die Anschaffung neuer Hard- und Software für die Firewall (Kosten: ca. EUR 54.000) sowie die Anschaffung eines Servers / Routers für Xetra und Eurex (Kosten: ca. EUR 14.000). Der Restbetrag in Höhe von ca. EUR 17.000 ist für die Beschaffung von Hardware-Ersatz bei Ausfällen vorgesehen. Die Investitionen wurden/werden aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert.

Die Gesellschaft hat beschlossen, mit der Hauptstelle Düsseldorf in größere Räumlichkeiten zu ziehen. Als Mietbeginn wird der 01. März 2007 avisiert. Im Zuge des Umzugs fallen im Jahr 2007 voraussichtlich einmalige Kosten in Höhe von EUR 100.000 für Leitungsverlegungen, Sicherungsmaßnahmen wie Alarmanlage, Technikumzug und Neueinrichtung des Serverraumes an, die aus dem operativen Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert werden sollen.

7.7 Wichtigste Märkte

Auch die nachstehenden Angaben zu den wichtigsten Märkten beruhen auf eigenen Einschätzungen und auf Marktbeobachtungen der DKM Wertpapierhandelsbank AG.

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der DKM Wertpapierhandelsbank AG ist der Handel mit in- und ausländischen Aktien, Anleihen und den damit verbundenen Derivaten sowie mit Investmentfonds in Deutschland. Die DKM Wertpapierhandelsbank AG ist als Maklergesellschaft mit Ausnahme der Börsen München und Hannover an allen deutschen Börsenplätzen und im Handelssystem Xetra zugelassen und aktiv. An den Börsen Düsseldorf und Hamburg

ist die Gesellschaft als Skontroführer tätig. Kunden- und Eigenhandel wird direkt oder über Korrespondenten an allen nationalen und internationalen Börsenplätzen betrieben.

Umsatz und Erfolg der DKM Wertpapierhandelsbank AG sind stark abhängig von der Entwicklung an den nationalen und internationalen Aktien- und Rentenmärkten. Steigende Kurse an den Märkten werden gewöhnlich von zunehmender Umsatztätigkeit begleitet, während bei fallenden Kursen an den Märkten meistens auch fallende Umsätze zu beobachten sind.

Der deutsche Aktienmarkt machte sich beispielsweise im Börsenjahr 2005 auf, alte Höchststände zu erklimmen. Der Aktienindex DAX konnte mit neuen Drei-Jahres-Höchstständen aufwarten und notierte wieder deutlich über der psychologisch wichtigen Marke von 5.000 DAX-Punkten. Besonders erstaunlich war die gute Performance deutscher Aktien auch im Hinblick auf eine recht verhaltene US-Börsenentwicklung.

Am Rentenmarkt haben Ankündigungen der Europäischen Zentralbank (EZB), die Zinsen zum Jahresende 2005 hin anzuheben, in dem Maße an Schrecken verloren, wie sich die Erkenntnis durchsetzte, dass nicht mit einer lang anhaltenden Zinsanhebungsrunde zu rechnen sei.

Im bisherigen Jahresverlauf 2006 setzte sich die freundliche Entwicklung an den Aktienmärkten zunächst fort, so dass der Aktienindex in der Spitze ein Niveau von mehr als 6150 Punkten erreichte. Ausschlaggebend für die Fortsetzung der freundlichen Tendenz war neben einer anziehenden Binnenkonjunktur die hohe Marktliquidität bei mangelnden renditeträchtigen Alternativenanlagen.

Ab Mai 2006 setzte eine starke Korrektur ein, die den DAX sogar unter das Niveau des Vorjahresschlusses drückte. Für den Kursverlust wurden erstaunlicherweise die Rahmenbedingungen verantwortlich gemacht, zu denen unter anderem die Zinserhöhung der Zentralbanken in Europa und den USA sowie ein sehr hoher Ölpreis zählten. Beide Faktoren waren jedoch schon zu Zeiten steigender Kurse, d.h. im Jahr 2005, bekannt.

7.8 Rechtliche Rahmenbedingungen für die DKM Wertpapierhandelsbank AG in Deutschland

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG ist ein Unternehmen, welches von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Genehmigung zur Durchführung des Finanzkommissionsgeschäftes erhalten hat.

Gegenstand des Unternehmens ist daher die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im eigenen Namen für fremde Rechnung. Gegenstand des Unternehmens ist auch die Vermittlung von Geschäften über die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten oder deren Nachweis, die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstru-

menten in fremdem Namen für fremde Rechnung und die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im Wege des Eigenhandels für andere.

Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin der Nostrohandel und die Anlageberatung sowie die Gründung von, der Erwerb von und/oder die Beteiligungen an Gesellschaften, die Bank- und/oder Finanzdienstleistungen erbringen.

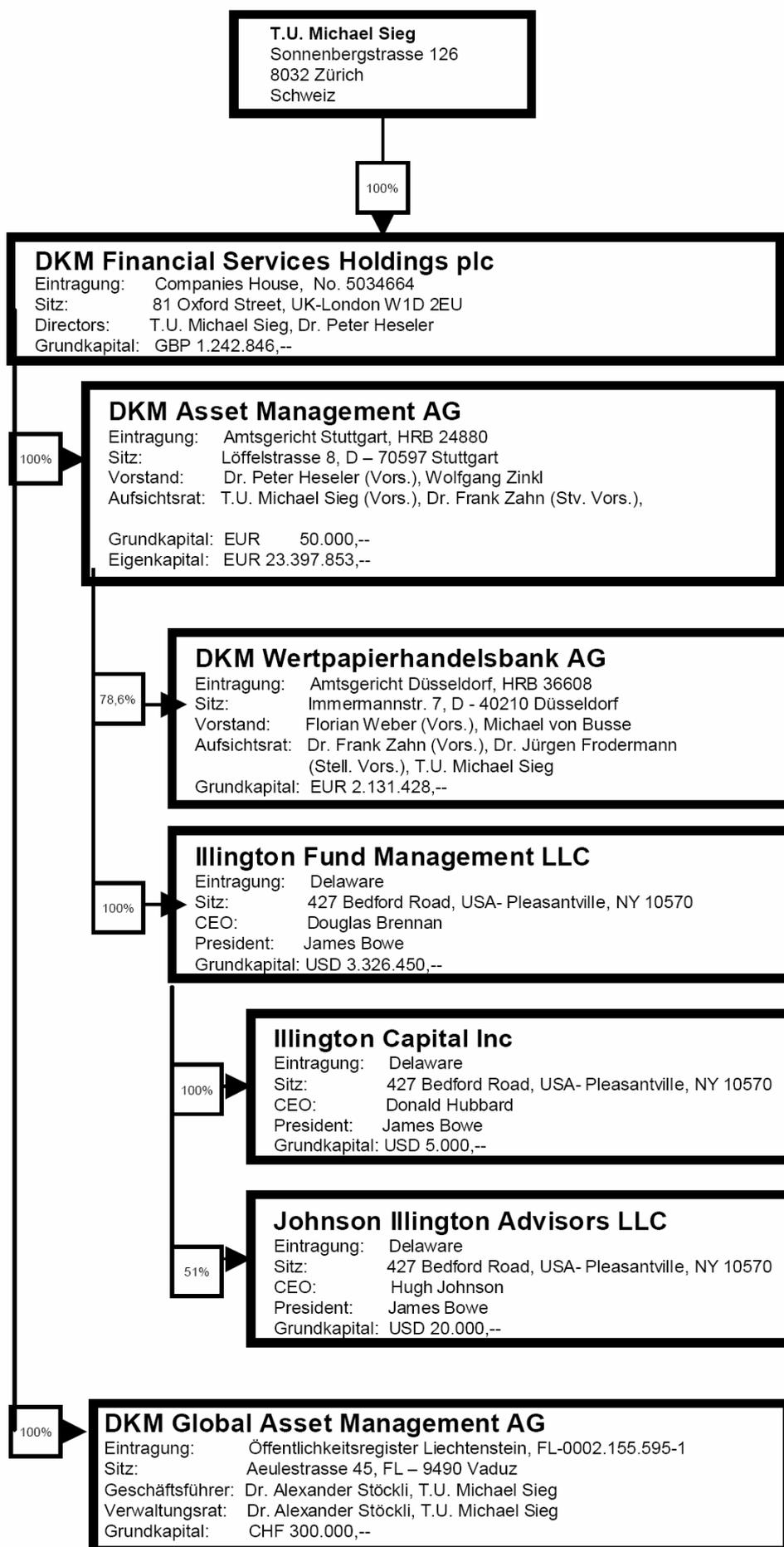
Gegenstand des Unternehmens ist schließlich die Schaffung und das Betreiben einer Handelsplattform für die Vermittlung des Handels mit Waren oder Dienstleistungen jeder Art; insbesondere Finanzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, Maßnahmen durchzuführen und sonstige Handlungen vorzunehmen, welche zur Erreichung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar erforderlich, geeignet oder dienlich erscheinen. Sie ist insbesondere berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu errichten, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen. Sie ist ferner berechtigt, Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

8. Organisationsstruktur

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG ist Teil der DKM-Gruppe (zukünftig ThomasLloyd-Gruppe). Sie hat keine Tochtergesellschaften. 78,65 % der Aktien der Gesellschaft werden von der DKM Asset Management AG, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart unter HRB 24880, gehalten. Die DKM Asset Management AG hält neben ihrer Beteiligung an der Gesellschaft weitere Beteiligungen. So hält sie 100 % der Anteile an der ILLINGTON Fund Management LLC mit Sitz in Delaware, USA und 100 % an der ThomasLloyd Global Asset Management Holding AG in Zug, Schweiz.

Konzernholding der Gruppe ist die DKM Financial Services Holdings plc mit Sitz in London, England (Companies House No.5034664). Einziger Aktionär der DKM Financial Services Holdings plc ist Herr Thomas Ulf Michael Sieg. Die DKM Financial Services Holdings plc hält 100 % der Aktien an der DKM Asset Management AG. Darüber hinaus hält sie 100 % der Aktien an der DKM Global Asset Management AG mit Sitz in Liechtenstein (Öffentlichkeitsregister Liechtenstein, FL-0002.155.595-1). Dementsprechend stellt sich die Konzernstruktur wie folgt dar:



Mit Bescheid vom 13. September 2006 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) der DKM Asset Management AG, welche als Mehrheitsaktionärin der Gesellschaft ca. 80 % der Aktien an der Gesellschaft hält, gemäß § 2b Abs. 2 S. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 1a S. 1 Nr. 1 KWG untersagt, die Stimmrechte aus ihren Aktien an der DKM Wertpapierhandelsbank AG auszuüben. Darüber hinaus darf die DKM Asset Management AG nur mit Zustimmung der BaFin über ihre Anteile an der Gesellschaft verfügen.

Weiterhin hat die BaFin gemäß § 2b Abs. 2 S. 2 und 4 KWG beim Amtsgericht Düsseldorf einen Antrag zur Bestellung eines Treuhänders und zur Übertragung der Stimmrechte auf diesen gestellt. Als mögliche geeignete Person für die Funktion des Treuhänders hat die BaFin Herrn Rechtsanwalt Dr. Joachim Schneider, Königstraße 5, 40212 Düsseldorf benannt, welcher sich zur Übernahme des Amts bereiterklärt hat. Auch die Gesellschaft hat einer Übertragung der Stimmrechte auf Herrn Dr. Schneider bereits zugestimmt.

Eine Entscheidung des Amtsgerichts Düsseldorf zur Übertragung der Stimmrechte an der Gesellschaft auf Herrn Dr. Schneider ist am 21. September 2006 ergangen. Die DKM Wertpapierhandelsbank AG geht nicht davon aus, dass der Bescheid der BaFin zur Untersagung der Ausübung der Stimmrechte sowie zur Übertragung der Stimmrechte auf Herrn Dr. Schneider sich auf die aktuelle Geschäftsentwicklung der Gesellschaft negativ auswirken wird.

9. Sachanlagen

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2005 Sachanlagen in Höhe von TEUR 127 aus. Es handelt sich hierbei um Büroeinrichtung, Möbel, Einbauten und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von TEUR 86 sowie Betriebsausstattung (Computer, Server, Router, Drucker usw. in Höhe von TEUR 41). Diese Sachanlagen wurden alle aus dem Cashflow der normalen Geschäftstätigkeit finanziert und sind im Eigentum der Gesellschaft. Es bestehen keine dinglichen Belastungen.

Für das Geschäftsjahr 2006 sind Erneuerungen und Erweiterungen in Höhe von TEUR 218 im Bereich EDV fest geplant bzw. teilweise bereits durchgeführt worden. Ergänzt bzw. erneuert wurden bereits die Datenbank und der Server für die Positionsführung (Kosten: TEUR 58), das Orderüberwachungssystem (Kosten: TEUR 35) und die Software für die Fondspreiskalkulation (Kosten: TEUR 10). Geplant ist noch die Anschaffung von Hard- und Software zur automatisierten Kursfeststellung in der Skontroführung (Kosten: ca. TEUR 30), die Anschaffung neuer Hard- und Software für die Firewall (Kosten: ca. TEUR 54) sowie die Anschaffung eines Servers / Routers für Xetra und Eurex (Kosten: ca. TEUR 14). Der Restbetrag in Höhe von ca. TEUR 17 ist für die Beschaffung von Hardware-Ersatz bei Ausfällen vorgesehen.

Die Geschäftsbüros der DKM Wertpapierhandelsbank AG in Düsseldorf und Frankfurt sind gemietet und stellen daher keine Sachanlage dar.

10. Angaben zur Geschäfts- und Finanzlage

10.1 Allgemeines zur Bilanzierung

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG hat sich auf Grund der von ihr getätigten Handelsbuchgeschäfte als Handelsbuchinstitut eingeordnet. Die Gesellschaft führt ein Anlage- und ein Handelsbuch; die Zuordnung erfolgt nach intern festgelegten Kriterien.

Nach diesen Kriterien dienen grundsätzlich alle börslichen und außerbörslichen Geschäfte der Handelsabteilung über die Bestände des Unternehmens der Absicht, kurzfristig (d.h. innerhalb von drei Monaten) durch Nutzung der Unterschiede zwischen Kauf- und Verkaufspreisen bzw. dem Abschluss von Gegengeschäften einen Eigenhandelserfolg zu erzielen. Gleiches gilt für Geschäfte zur Absicherung von Marktpreisrisiken des Handelsbuches und damit zusammenhängende Refinanzierungsgeschäfte.

Alle Geschäfte und Bestände der Geschäftsleitung zum Zwecke des langfristigen Vermögenszuwachses, der Anlage liquider Mittel und des Aufbaus von strategischen Beteiligungen sind dem Anlagebuch zuzuordnen. Derzeit werden keine Bestände im Anlagebuch gehalten.

Die Wertpapierbestände wurden sämtlich dem Handelsbestand zugeordnet und zum Bilanzstichtag nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die Bewertung der börsennotierten Wertpapiere erfolgte mit den Jahresschlusskursen in absteigender Folge der liquidesten Märkte.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bewertet bzw. auf diesen Wert abgeschrieben.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibung bilanziert.

10.2 Geschäftsentwicklung

Die Geschichte der DKM Wertpapierhandelsbank AG war in den letzten Jahren geprägt durch die Bemühungen, die Gesellschaft wieder auf eine gesunde Kapitalbasis zu stellen und die Ertragslage zu stabilisieren.

Im ersten Quartal 2003 konnte durch einen weitreichenden Forderungsverzicht der Hauptgläubiger der Gesellschaft und der Tochter Schnigge Beteiligungs AG und der Verpflichtung einer Investorengruppe (BSL Asset Management AG, Hamburg / DMS Deutsche Maklerservice Holding AG, Hamburg, nunmehr firmierend als Arnor Beteiligungs GmbH (zwischen-

zeitlich auch als Avalon Beteiligungs AG firmierend), Kapitalmaßnahmen durchzuführen, die vorläufige Insolvenz abgewendet werden. Die Investoren stellten Mittel in Höhe von EUR 0,65 Mio. zur Verfügung, um die Liquidität bis zur Durchführung der Kapitalmaßnahmen sicherzustellen.

Daraufhin wurde am 1. April 2003 die Geschäftstätigkeit in den Kerngeschäftsfeldern Skontroführung, Eigen- und Kundenhandel wieder aufgenommen. Die Lizenz zum Betreiben des Emissionsgeschäftes wurde an die BaFin zurückgegeben. Das PRE-IPO Geschäft konnte mangels Neuemissionen im Jahr 2003 nicht wieder belebt werden. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2003 war mit minus EUR 1,1 Mio. schlechter als geplant, bedingt durch angefallene Kosten für das gesamte Jahr, denen nur Einnahmen für neun Monate gegenüber standen.

Nachdem sich die Investorengruppe BSL / DMS im Verlaufe des Jahres 2003 zurückgezogen hatte, konnte die OFL AnlagenLeasing AG als neuer Partner gewonnen werden. Mit diesem Großaktionär wurde im Jahr 2004 mit dem Aufbau des Retailgeschäftes als zusätzlichem Geschäftsfeld begonnen. Nachdem die Geschäftsentwicklung im Jahr 2004 von weiterhin nicht ausreichenden Erträgen geprägt war, sollte eine Kapitalerhöhung durchgeführt werden, an der sich die OFL AnlagenLeasing AG letztlich nicht mehr beteiligte. Durch den Eintritt eines neuen Investors, der DKM Asset Management AG, Stuttgart, konnte im Dezember 2004 die dringend benötigte Liquidität beschafft werden. Das Retailgeschäft wurde im Frühjahr 2005 jedoch wieder eingestellt.

Eine Wiederbelebung des Neuemissionsgeschäftes konnte im Jahr 2004 mit dem Börsengang der Postbank und der Mifa verzeichnet werden. Dieser Trend setzte sich im Jahr 2005 fort, doch konnte in diesem Segment nicht an die Erfolge aus der Boomphase des Neuen Marktes angeknüpft werden.

Im Februar 2005 wurde dann durch eine Kapitalherabsetzung mit anschließender Kapitalerhöhung eine ausreichende Eigenkapitalbasis geschaffen, die es ermöglichte, sich wieder auf die Kerngeschäftsfelder Skontroführung, Eigen- und Kundenhandel zu konzentrieren.

Der Bereich Skontroführung konnte erfolgreich ausgebaut werden. Vor allem im Bereich offener Fondsanteile wird die Anzahl der notierten Fonds permanent erweitert. Im Jahr 2005 hat die DKM Wertpapierhandelsbank AG in Düsseldorf ebenfalls Teile der Skontroführung für Fonds übernommen. Ende 2005 wurde dieser Bereich belastet durch die Ereignisse um den Immobilienfonds „grundbesitz-invest“, da die Rücknahme von Anteilen dieses Fonds im Dezember 2005 vorübergehend eingestellt wurde.

Die Skontroführung des Teilbereichs Aktien wurde in Düsseldorf auf Grund damals schlechter Ertragsentwicklung im September 2004 zurückgegeben. Im Februar 2006 konnten dann

jedoch die gesamten Aktienskonten an der Börse Düsseldorf übernommen werden. Die Geschäftsleitung verspricht sich von diesem Schritt eine Verbesserung der Ertragsstruktur.

Sowohl die Renten- als auch die Genussscheinskontroführung gehören ebenfalls weiterhin zu den Kerngeschäftsfeldern und leisten einen kontinuierlichen Beitrag zum Ergebnis.

Im Mai 2005 begannen die Vorbereitungen für den Aufbau des Geschäftsbereiches Asset Management. Da im Verlauf des Jahres beschlossen wurde, diese Tätigkeit in einer anderen, der DKM Wertpapierhandelsbank AG nahestehenden Gesellschaft durchzuführen, wurde dieser Geschäftszweig nicht mehr mit Leben gefüllt.

Für die weitere Positionierung der DKM Wertpapierhandelsbank AG im Wettbewerb ist eine verbesserte Kapitalausstattung erforderlich, die von der ordentlichen Hauptversammlung 2006 genehmigt wurde. Noch in diesem Geschäftsjahr, spätestens im Jahr 2007, soll die Genehmigung für die Durchführung des Emissionsgeschäftes beantragt werden. Hier verspricht sich die Geschäftsleitung durch die Betreuung kleiner Aktiengesellschaften einen entsprechenden Ergebnisbeitrag.

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG wird bei der Expansion weiterhin größtmögliche Kostendisziplin üben. Vertragliche Bindungen – sowohl gegenüber Handelspartnern, Zulieferern und Mitarbeitern – werden nur noch kurzfristig kündbar eingegangen, um bei Veränderungen des Marktes flexibel reagieren und die Strukturen der Gesellschaft jederzeit anpassen zu können.

Eine Übersicht über die wichtigsten Ergebnisse aus Finanzgeschäften, aufgeschlüsselt nach den wichtigsten Tätigkeiten, kann im Einzelnen folgender Übersicht entnommen werden.

Ertragskennzahlen	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Provisionsergebnis	0,5	0,8	1,1
- davon Skontroführung	0,5	0,8	1,1
Ergebnis aus Finanzgeschäften	0,6	0,5	0,9
-davon Eigenhandel	0,6	0,5	0,9
- davon vorbörslicher Handel	0,0	0,0	0,0
- davon außerbörslicher Handel	./.	./.	./.
Retail	./.	0,0	0,0
Asset Management	./.	./.	0,0

Anmerkung: „./.“ bedeutet, dass die Gesellschaft in dem entsprechenden Jahr in diesen Bereichen nicht tätig war.

10.3 Finanzlage

Die nachfolgend dargestellten Finanzkennzahlen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 geben die Entwicklung der Finanzlage der DKM Wertpapierhandelsbank AG wieder (Die Zahlen zum 30.06.2006 sind nicht geprüft):

Bilanzkennzahlen	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	30.06.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	(ungeprüft) TEUR
Bilanzsumme	2.552	1.483	13.055	6.104
Forderungen an Kreditinstitute	664	130	1.339	293
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	122	382	10.843	4.915
Anteile an verbundenen Unternehmen	878	0	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	638	166	623	633
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	10.409	651
Nachrangige Verbindlichkeiten	650	650	650	650
Rückstellungen	1.608	557	497	862
Eigenkapital/ Kapitalfehlbetrag (-)	171	-504	1.265	3.741
Gezeichnetes Kapital	2.000	3.730	2.131	2.131
Ertragskennzahlen	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	30.06.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	(ungeprüft) TEUR
Provisionsergebnis	450	805	1.121	1.837
Ergebnis aus Finanzgeschäften	668	490	931	2.133
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-2.186	-2.645	-2.631	-1.789
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-1.102	-1.649	167	2.918
Jahresergebnis	-1.187	-1.650	170	2.476
EBIT	-1.076	-1.758	103	2.896
EBITDA	-957	-917	180	2.939
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-5.053	-1.510	-391	-995
Cashflow aus Investitionstätigkeit	3.266	-1	0	-49
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1.755	975	1.599	0

Die Entwicklung der Finanzlage der DKM Wertpapierhandelsbank AG war im Jahr 2003 maßgeblich beeinflusst durch die vorläufige Insolvenz und deren Beseitigung. Der Forde-

rungsverzicht der Gläubiger der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaft, der Schnigge Beteiligungs AG, sowie die Liquidität, die die neuen Investoren zur Verfügung stellten, ermöglichten die Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebes zum 1. April 2003.

Die Hauptversammlung im Mai 2003 sollte die notwendigen Kapitalmaßnahmen beschließen, musste jedoch auf Grund offener Sachfragen innerhalb der Investorengruppe abgesagt werden.

Die ursprünglich als Vorauszahlung auf die Kapitalerhöhung gedachte Liquiditätszahlung von EUR 0,65 Mio. wurde daraufhin in ein langfristiges, eigenkapitalähnliches Darlehen umgewandelt.

Auf der ordentlichen Hauptversammlung im August 2003 stand die Investorengruppe dann nicht mehr zur Verfügung. Dennoch wurde eine Kapitalherabsetzung im Verhältnis 10 : 1 auf EUR 1,0 Mio. und eine anschließende Barkapitalerhöhung um EUR 1,0 Mio. auf EUR 2,0 Mio. beschlossen. Auf Grund der Unsicherheit über die zukünftige Existenz der Gesellschaft wurde die Durchführung der Kapitalerhöhung an die Bedingung geknüpft, dass sich ein Investor verbindlich dazu verpflichten musste, eine weitere Kapitalerhöhung in Höhe von mindestens EUR 0,75 Mio. zu zeichnen. In der Folgezeit konnte ein neuer Investor, die OFL-AnlagenLeasing AG aus Dresden, hierfür gewonnen werden. Die Kapitalerhöhung wurde dann im Februar 2004 als kombinierte Sach- und Barkapitalerhöhung durchgeführt. Als Sacheinlage wurde die Beteiligung an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG eingebracht.

Das Geschäftsjahr 2003 schloss mit einem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit von minus EUR 1,1 Mio. Das Provisionsergebnis betrug EUR 0,4 Mio., das Ergebnis aus Finanzgeschäften EUR 0,7 Mio. Laufenden Kosten standen im 1. Quartal keine Einnahmen gegenüber. Anfallende Kosten für den Wiederaufbau und den Betrieb der notwendigen technischen Infrastruktur waren komplexer als erwartet. Die Kostenseite wurde insgesamt weiter reduziert. Die Personalkosten wurden um 65 % auf EUR 0,8 Mio. reduziert, die anderen Verwaltungsaufwendungen um EUR 3,3 Mio. auf EUR 1,4 Mio.

Die Anfang 2004 durchgeführte weitere Kapitalerhöhung ermöglichte es, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich des haftenden Eigenkapitals nach dem Kreditwesengesetz (KWG) zu erfüllen. Die eingebrachte Beteiligung an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG wurde zum Verkauf gestellt, der Käufer erfüllte allerdings seinen Vertrag nicht.

Im Mai 2004 wurde der DKM Wertpapierhandelsbank AG eine Schadensersatzklage in Höhe von EUR 2,5 Mio. zugestellt. Hier sollte ein Anspruch aus der nicht durchgeführten Beteiligung der DMS Holding AG an der Gesellschaft im Jahr 2003 von der Rechtsnachfolgerin, der Arnor Beteiligungs GmbH (zwischenzeitlich auch als Avalon Beteiligungs AG firmierend),

geltend gemacht werden. In Abstimmung mit den Rechtsberatern der Gesellschaft wurde insoweit keine Notwendigkeit für die Bildung von Rückstellungen gesehen.

Die Ertragslage der Gesellschaft verschlechterte sich im Verlauf des Jahres 2004, zudem blieb die Liquidität aus dem Verkauf der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG aus. Die angespannte Eigenkapitallage erforderte eine weitere Kapitalerhöhung von bis zu EUR 1,6 Mio., zu der im September 2004 aufgerufen wurde. Der Großaktionär hatte sich zwar zur Teilnahme bereit erklärt, aber am Ende der Zeichnungsfrist musste festgestellt werden, dass weder der Großaktionär noch die freien Aktionäre im notwendigen Umfang gezeichnet hatten. Die Kapitalerhöhung wurde vom Vorstand abgesagt.

Die Suche nach neuen Investoren war jedoch erfolgreich: mit der DKM-Gruppe aus Stuttgart konnte kurzfristig ein Beteiligungsvertrag abgeschlossen und eine dringend notwendige Barkapitalerhöhung in Höhe von EUR 0,38 Mio. aus genehmigtem Kapital durchgeführt werden. Weitere Kapitalmaßnahmen wurden im Februar 2005 auf einer außerordentlichen Hauptversammlung beschlossen.

Das Geschäftsjahr 2004 schloss mit einem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit von minus EUR 1,6 Mio. ab. Dazu beigetragen haben u.a. die rückläufigen Umsätze im ersten Quartal sowie der nicht realisierbare Verkauf der Beteiligung an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG und die mangelnde Kapitalausstattung durch die vom Großaktionär zugesagte, aber nicht realisierte Kapitalerhöhung.

Das Provisionsergebnis konnte auf EUR 0,8 Mio. verdoppelt werden, das Ergebnis aus Finanzgeschäften ermäßigte sich dagegen um EUR 0,2 Mio. auf EUR 0,5 Mio.

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich – durch restliche Restrukturierungskosten und Anlaufkosten für die Niederlassung Dresden – auf EUR 2,7 Mio. Als Sonderfaktor muss die Abschreibung der Beteiligung an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG in Höhe von EUR 0,8 Mio. betrachtet werden.

Durch freiwilligen Verzicht ausgeschiedener Vorstandsmitglieder auf ihre zugesagten Pensionen konnten Rückstellungen hierfür unter gleichzeitiger Übertragung der angesparten Rückdeckungsversicherungen aufgelöst werden, was zu einer Verringerung der Aktiva und zu einem Ertrag von EUR 0,3 Mio. führte. Die Bilanzsumme ermäßigte sich auf EUR 1,5 Mio.

Im Februar 2005 wurde zur Bereinigung der bilanziellen Verluste der DKM Wertpapierhandelsbank AG eine Kapitalherabsetzung im Verhältnis 7 : 1 und eine anschließende Kapitalerhöhung von EUR 0,5 Mio. auf EUR 2,1 Mio. durchgeführt. Die DKM Asset Management AG übernahm den Anteil der OFL AnlagenLeasing AG an der Gesellschaft; der Anteil des neuen Großaktionärs am Grundkapital belief sich danach auf 77,37 %.

Das Geschäftsjahr 2005 schloss mit einem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit von plus EUR 0,17 Mio. ab. Das Provisionsergebnis stieg um EUR 0,3 Mio. auf EUR 1,1 Mio.; das Ergebnis aus Finanzgeschäften verbesserte sich um EUR 0,4 Mio. auf EUR 0,9 Mio. Als Belastungsfaktor erwiesen sich Wertberichtigungen und Abschreibungen auf den Wertpapierbestand, hier besonders die im Bestand gehaltenen Anteile am „grundbesitz-invest“ Immobilienfonds, die durch einen Rücknahmestopp der Kapitalanlagegesellschaft nicht mehr verkaufbar waren. Es wurden Abschreibungen in Höhe von EUR 0,6 Mio. vorgenommen.

Die Erhöhung der Bilanzsumme auf EUR 13,1 Mio. beruht hauptsächlich auf dem erhöhten Wertpapierbestand zum Jahresende, vor allem auf dem Bestand am „grundbesitz-invest“ Immobilienfonds in Höhe von EUR 9,7 Mio.

Die Kapitalherabsetzung und die anschließende Kapitalerhöhung hat die Bilanzsituation der Gesellschaft verbessert. Das bilanzielle Eigenkapital beläuft sich am Bilanzstichtag auf EUR 1,3 Mio.

Im ersten Halbjahr 2006 haben sich Umsätze und Erträge sehr positiv entwickelt. Im Februar 2006 konnte die komplette Aktienskontroführung am Börsenplatz Düsseldorf übernommen werden. Der Fondshandel hat sich ebenfalls weiter positiv entwickelt.

Zum 30. Juni 2006 stieg das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit auf plus TEUR 2.918. Das Provisionsergebnis konnte auf TEUR 1.837 gesteigert werden, das Ergebnis aus Finanzgeschäften betrug TEUR 2.133. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen stiegen auf TEUR 1.789. Im Halbjahresergebnis in Höhe von TEUR 2.476 sind Steuerbelastungen von TEUR 442 enthalten.

11. Eigenkapitalausstattung

Das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft betrug nach dem geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003 EUR 170.870,91, nach dem geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004 EUR -504.002,62 und nach dem geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2005 EUR 1.264.992,40. Das bilanzielle Eigenkapital setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, der Kapitalrücklage, den Gewinnrücklagen und dem Bilanzgewinn zusammen.

Nachstehend wird der Eigenkapitalanteil wie folgt ermittelt: Die Summe aus gezeichnetem Kapital, Kapitalrücklage, Gewinnrücklage und Bilanzgewinn (= bilanzielles Eigenkapital) wird mit 100 multipliziert und durch das Gesamtkapital (Bilanzsumme) dividiert. Ein so ermittelter Eigenkapitalanteil gibt Aufschluss über das Verhältnis von bilanziellem Eigenkapital zu den Rückstellungen und Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

Eigenkapitalanteil zum 31.12.2005

(Alle Angaben in EUR)

Eigenkapital	1.264.992,40	
Bilanzsumme	13.054.539,59	
Eigenkapitalanteil in %		9,69

11.1 Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der DKM Wertpapierhandelsbank AG beträgt EUR 2.131.428,00. Seit der Gründung wurde das Grundkapital der Gesellschaft mehrmals erhöht bzw. herabgesetzt.

Im Jahr 2003 betrug das Grundkapital der Gesellschaft zunächst EUR 1.000.000,00, bestehend aus 1.000.000 nennwertlosen Stückaktien, die an den Börsen Düsseldorf und Frankfurt zum Geregeltten Markt zugelassen waren. Die Hauptversammlung vom 29. August 2003 beschloss eine Kapitalerhöhung um EUR 1.000.000,00, die am 7. November 2003 ins Handelsregister eingetragen wurde. Diese Aktien wurden nicht an einer Börse eingeführt. Somit betrug das Grundkapital Ende des Jahres 2003 EUR 2.000.000,00.

Im Jahr 2004 fand eine kombinierte Sach- und Barkapitalerhöhung über EUR 754.910,00 und EUR 595.090,00 aus genehmigtem Kapital statt, die von Vorstand und Aufsichtsrat am 13. Dezember 2003 beschlossen und am 9. Februar 2004 ins Handelsregister eingetragen wurde. Ebenfalls aus genehmigtem Kapital wurde auf Grund des Beschlusses von Vorstand und Aufsichtsrat vom 9. Dezember 2004 eine Barkapitalerhöhung in Höhe von EUR 380.000,00 vorgenommen, die am 30. Dezember 2004 ins Handelsregister eingetragen wurde. Die Aktien aus beiden Kapitalerhöhungen wurden nicht an einer Börse eingeführt. Das Grundkapital der Gesellschaft betrug damit Ende 2004 EUR 3.730.000,00.

Im Jahr 2005 beschloss die außerordentliche Hauptversammlung vom 8. Februar 2005 Kapitalherabsetzungen um insgesamt EUR 3.197,143,00 auf EUR 532.857,00, die am 10. März 2005 ins Handelsregister eingetragen wurden. Das Grundkapital bestand nun aus 142.847 börsennotierten und 390.000 nicht börsennotierten Aktien. Ebenfalls auf dieser Hauptversammlung wurde eine Barkapitalerhöhung um EUR 1.598.571,00 beschlossen, die am 2. Mai 2005 ins Handelsregister eingetragen wurde; auch diese Aktien wurden nicht an der Börse zugelassen. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt seit dem EUR 2.131.428,00.

Da die Aufnahme des neuen Geschäftsbereichs Emissionsgeschäft geplant ist, soll demnächst eine Kapitalerhöhung von bis zu EUR 1.065.714,00 auf bis zu EUR 3.197.142,00 vorgenommen werden. Diese Kapitalerhöhung wurde in der ordentlichen Hauptversammlung am 22. August 2006 beschlossen

11.2 Cashflow

11.2.1 Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2003 wurde ein negativer Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR 5,0 Mio. ausgewiesen. Das enthaltene negative Periodenergebnis von EUR 1,2 Mio. war bedingt durch hohe Anlaufkosten bei Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit und verminderte Einnahmen durch den nur neun Monate laufenden Geschäftsbetrieb im Geschäftsjahr 2003. Durch die Verschmelzung der Schnigge Beteiligungs AG auf die Gesellschaft verminderten sich die sonstigen Verbindlichkeiten um EUR 4,0 Mio. Weiter wurde Nachrangkapital in Höhe von EUR 0,65 Mio. Euro begründet.

Der negative Cashflow des Jahres 2004 in Höhe von EUR 1,5 Mio. beinhaltet ein Periodenergebnis von minus EUR 1,6 Mio., das durch die Abschreibung der Beteiligung an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, weitere Kostensenkungen und den Abbau von Pensionsrückstellungen geprägt ist.

Die Verbesserung des Cashflows im Geschäftsjahr 2005 um EUR 1,1 Mio. auf einen Wert von minus EUR 0,4 Mio. ist im Wesentlichen auf das um EUR 1,8 Mio. verbesserte Jahresergebnis zurückzuführen.

11.2.2 Cashflow aus der Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit spiegelt wider, dass die DKM Wertpapierhandelsbank AG in den Jahren 2004 und 2005 nicht in Finanzanlagen investiert hat, sondern lediglich Sachanlagen getätigt hat. Im Geschäftsjahr 2003 ist ein positiver Cashflow aus Investitionstätigkeit ausgewiesen, der sich aus der Verschmelzung der Tochtergesellschaft Schnigge Beteiligungs AG auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG in Höhe von EUR 4,0 Mio. und der Einbringung der Beteiligung an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG im Wert von EUR 0,7 Mio zusammensetzt.

11.2.3 Cashflow aus Finanzierungstätigkeit

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit spiegelt die vorgenommenen Kapitalveränderungen wider. Im Jahr 2003 betrug das Grundkapital der Gesellschaft zunächst EUR 1,0 Mio. Im Jahr 2003 wurde eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen von EUR 1,0 Mio. durchgeführt. Im Jahr 2004 fand eine kombinierte Sach- und Barkapitalerhöhung über EUR 0,75 Mio. und 0,60 Mio. sowie eine Barkapitalerhöhung um EUR 0,38 Mio. statt.

11.3 Fremdfinanzierungsbedarf und Finanzierungsstruktur

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG hatte zum 31. Dezember 2005 Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditinstituten in Höhe von EUR 10.409.056,38. Darin enthalten ist ein Barkredit in Höhe von EUR 10.285.614,33 bei der Deutschen Bank AG zur Finanzierung der Anteile am „grundbesitz invest“ Immobilienfonds, der bis zum 10. März 2006 befristet war. Weitere Bankkredite sind nicht vereinbart. Erhöhter Finanzierungsbedarf entsteht nur bei er-

höhten Wertpapierbeständen und wird im Bedarfsfall von der Hausbank zur Verfügung gestellt.

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 218.061,23 sind ebenfalls kurzfristiger Natur.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 650.000,00 haben eine Restlaufzeit bis Juli 2008.

Den Treuhandverbindlichkeiten steht Treuhandvermögen in derselben Höhe gegenüber. Es handelt sich um Anzahlungen zum Kauf von Wertpapieren, die VL-Sparer im Zusammenhang mit abgeschlossenen Sparverträgen auf das Treuhandkonto eingezahlt haben.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten zusammen ergeben zum 31.12.2005 einen Fremdkapitalanteil in Höhe von 93,198 %, der sich wie folgt berechnet:

Rückstellungen zuzüglich Verbindlichkeiten multipliziert mit 100 dividiert durch das bilanzielle Eigenkapital:

Fremdkapital	11.789.547,19	1.503.932,86
Eigenkapital	1.264.992,40	1.264.992,40
Verschuldungsgrad	93,20%	1,19%

Der hohe Fremdkapitalanteil verbunden mit einem entsprechenden Anstieg der Bilanzsumme ist nahezu ausschließlich durch die Ereignisse um die Schließung des offenen Immobilienfonds grundbesitz invest im Dezember 2005 begründet. Ohne Einbeziehung dieser Verbindlichkeit in Höhe von EUR 10.285.614,33 ergäbe sich ein Fremdkapitalanteil von 1,19 % (vgl. die Darstellung in der rechten Spalte der vorstehenden Tabelle).

11.4 Rücklagen

Im Hinblick auf Beschränkungen des Rückgriffs auf die Eigenkapitalausstattung gelten für die DKM Wertpapierhandelsbank AG ausschließlich die gesetzlichen Vorschriften. Die Geschäfte der DKM Wertpapierhandelsbank AG werden dadurch bisher und in naher Zukunft nicht wesentlich beeinträchtigt.

12. Tendenzielle Informationen

Im ersten Halbjahr 2006 haben sich die Erträge sehr positiv entwickelt, alle Geschäftsbereiche haben einen positiven Beitrag zum Ergebnis geleistet. Die Kostenseite beinhaltet vor allem einen Anstieg der Personalaufwendungen sowie - ausgelöst durch die wieder steigende Mitarbeiterzahl - erhöhte andere Verwaltungsaufwendungen.

Der Fondshandel hat sich weiter positiv entwickelt, hier hat die zunehmende Akzeptanz der Anleger für diese Handelsform Impulse verliehen. Die Aufnahme des Fondshandels an der Börse Frankfurt, bei dem die Gesellschaft nicht als Skontroführer involviert ist, hat bisher keine erkennbare Auswirkung auf das Geschäft gehabt. Die Gesellschaft geht davon aus, dass dieser Geschäftsbereich auch zukünftig wachsen wird.

Seit Februar 2006 hat die Gesellschaft die komplette Aktienskontroführung am Börsenplatz Düsseldorf übernommen. Auch dieser Bereich erwirtschaftete vom ersten Tag an positive Ergebnisbeiträge.

Trotz verstärkter Neuemissionstätigkeit am deutschen Aktienmarkt hat der Pre- IPO Handel bei weitem noch nicht die Bedeutung früherer Jahre erreicht. Daher hat dieser Handel nur einen geringen Ergebnisbeitrag geliefert.

Der Aufsichtsrat und das Vorstandsmitglied Bernd Logen einigten sich im März auf eine einvernehmliche Vertragsauflösung. Die angefallenen Personalaufwendungen in diesem Bereich sind der Gesellschaft durch Ausgleichsgewährung durch ein dem Großaktionär nahestehendes Unternehmen erstattet worden und als sonstige betriebliche Erträge ausgewiesen.

Das Bruttoergebnis der Gesellschaft für das 1. Halbjahr 2006 betrug TEUR 4.371. Die Provisionserträge stiegen ebenso kräftig auf TEUR 1.837 wie das Ergebnis aus Finanzgeschäften mit nun TEUR 2.133.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im 1. Halbjahr 2006 auf TEUR 741, die Personalkosten stiegen um TEUR 611 auf TEUR 967. Als sonstige betriebliche Erträge fielen TEUR 383 an. Abschreibungen auf Sachanlagen wurden in Höhe von TEUR 43 vorgenommen.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit erreichte TEUR 2.918 (untestiert). Das Halbjahresergebnis, in dem eine Steuerbelastung von TEUR 442 enthalten ist, verringerte sich auf TEUR 2.476. Im Vorjahreszeitraum war jedoch der Ertrag aus der Anfang 2005 durchgeführten Kapitalherabsetzung in Höhe von TEUR 3.197 enthalten.

Der untestierte Bilanzgewinn zum ersten Halbjahr beläuft sich auf TEUR 1.610.

Die nachhaltige Ergebniswende hat den Vorstand der Gesellschaft dazu veranlasst, die aus Kostengründen bisher nicht durchgeführte Börseneinführung der aktuell nicht notierten Aktien der Gesellschaft aus vorhergegangenen Kapitalerhöhungen nun zu realisieren.

Im Oktober 2006 wurde Herr Markus Baukenkrodt zum Vorstand der Gesellschaft bestellt.

Ein Vorfall, welcher die Aussichten der DKM Wertpapierhandelsbank AG wesentlich beeinträchtigen könnte, beruht auf der Pflichtmitgliedschaft der Gesellschaft in der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW). Die EdW finanziert sich durch Beiträge ihrer Mitglieder. Für den größten Schadensfall in der Geschichte der EdW (Phoenix) werden in absehbarer Zeit die Bescheide für eine Sonderumlage zugestellt. Auch wenn die Höhe der Umlagen noch nicht bekannt ist, kann dies die Ertragslage der Gesellschaft belasten.

Ansonsten sind derzeit keine Trends, Unsicherheiten, Nachfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle erkennbar, die die Aussichten der DKM Wertpapierhandelsbank AG im laufenden Jahr wesentlich beeinträchtigen könnten.

13. Verwaltung, Management und oberes Management

13.1 Angaben über Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane der Gesellschaft

13.1.1 Überblick

Organe der DKM Wertpapierhandelsbank AG sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Die Kompetenzen dieser Organe sind im Aktiengesetz und in der Satzung der DKM Wertpapierhandelsbank AG geregelt. Darüber hinaus besteht eine Geschäftsordnung für den Vorstand, in der Geschäfte und Rechtshandlungen der Vorstandsmitglieder festgelegt sind, welche der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen. Der Vorstand ist verantwortlich für die Leitung der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, der Bestimmungen der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand. Er vertritt die Gesellschaft gegenüber Dritten. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands und ist berechtigt, diese abuberufen. Er hat den Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft zu überwachen. Der Aufsichtsrat ist nicht befugt, selbst Geschäftsführungsentscheidungen zu treffen.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsratsmitglieds anzuwenden. Sie müssen bei ihren Entscheidungen den verschiedenen Interessen, einschließlich der Interessen der Gesellschaft, ihrer Aktionäre, ihrer Mitarbeiter und ihrer Gläubiger Rechnung tragen. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, die ihre Pflichten verletzen, sind der Gesellschaft als Gesamtschuldner zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens verpflichtet. Die Gesellschaft kann erst drei Jahre nach Entstehung des Anspruchs und nur dann auf Ersatzansprüche verzichten oder sich über sie vergleichen, wenn die Hauptversammlung zustimmt und nicht eine Minderheit, deren Anteile zusammen mindestens 10 Prozent des Grundkapitals erreichen, zur Niederschrift Widerspruch erhebt.

Nach deutschem Recht ist es den einzelnen Aktionären (wie jeder anderen Person) untersagt, ihren Einfluss auf die Gesellschaft zu benutzen, um ein Mitglied des Vorstands oder Aufsichtsrats zu einer für die Gesellschaft schädlichen Handlung zu bestimmen. Aktionäre mit einem beherrschenden Einfluss dürfen ihren Einfluss nicht dazu nutzen, die Gesellschaft zu veranlassen, gegen ihre Interessen zu verstoßen. Wer unter Verwendung seines Einflusses ein Mitglied des Vorstands oder Aufsichtsrats der Gesellschaft, einen Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigten dazu veranlasst, zum Schaden der Gesellschaft oder ihrer Aktionäre zu handeln, ist der Gesellschaft und ihren Aktionären zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Daneben haften die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gesamtschuldnerisch, wenn sie unter Verletzung ihrer Pflichten gehandelt haben.

Um dem Aufsichtsrat eine ordnungsgemäße Überwachung der Geschäftsführung zu ermöglichen, ist der Vorstand verpflichtet, dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend zu berichten. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung (insbesondere die Finanzinvestitionen und die Personalplanung), wobei auf Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung von früher berichteten Zielen unter Angabe von Gründen einzugehen ist, zu berichten. Darüber hinaus hat er über die Rentabilität der Gesellschaft, insbesondere die Rentabilität des Eigenkapitals, den Gang der Geschäfte, insbesondere den Umsatz und die Lage der Gesellschaft und Geschäfte, die für die Rentabilität und Liquidität der Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sein können, zu berichten. Außerdem ist dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats aus sonstigen wichtigen Anlässen zu berichten. Der Aufsichtsrat kann vom Vorstand jederzeit einen Bericht über Angelegenheiten der Gesellschaft, über ihre rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie über geschäftliche Vorgänge bei diesen Unternehmen, die auf die Lage der Gesellschaft von erheblichem Einfluss sein können, verlangen.

Zwischen den unten genannten Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der DKM Wertpapierhandelsbank AG bestehen keine verwandtschaftlichen Beziehungen.

13.1.2 Vorstand

Die Gesellschaft wird satzungsgemäß durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt, so wird die Gesellschaft durch dieses allein vertreten. Der Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG besteht derzeit aus drei Mitgliedern, Herrn Michael von Busse, Herrn Florian Weber und Herrn Markus Baukenkrodt.

Die Mitglieder des Vorstands werden höchstens für fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtszeit widerrufen,

wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist namentlich eine grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung. Vorstandsmitgliedern gegenüber vertritt der Aufsichtsrat die DKM Wertpapierhandelsbank AG gerichtlich und außergerichtlich.

13.1.2.1 Florian Weber

Florian Weber, geboren am 21. Juni 1967, ist Vorsitzender des Vorstands der DKM Wertpapierhandelsbank AG. Er ist darüber hinaus Mitglied des Börsenrates der Börse Düsseldorf.

Herr Weber ist Bankkaufmann und verfügt über eine mehr als 15-jährige Erfahrung im Banken- und Börsenbereich, die er bei der Deutschen Bank AG in Düsseldorf und seit 1996 bei der Gesellschaft (damals Schnigge & Partner GmbH) erlangte.

Seit dem 13. Mai 2003 ist Herr Weber Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG (damals noch als Schnigge-OFL Wertpapierhandelsbank AG firmierend). Er wurde zunächst bis zum 30. April 2005 als Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG bestellt. Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 6. April 2005 erfolgte die erneute Bestellung des Herrn Weber als Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG mit Wirkung ab dem 1. Mai 2005 für die Dauer von fünf Jahren. Gleichzeitig wurde der Anstellungsvertrag von Herrn Weber mit der Gesellschaft geschlossen, welcher eine Laufzeit vom 1. Mai 2005 bis zum 30. April 2010 hat.

Herr Weber war in der Vergangenheit und ist aktuell weder an Insolvenzen und Insolvenzverwaltungen noch an Liquidationen von Unternehmen oder Privatpersonen beteiligt. Er war insbesondere weder Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans noch Gesellschafter, Gründer oder Mitglied des oberen Managements eines Unternehmens, über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Insolvenzverwaltung angeordnet worden ist. Herr Weber war schließlich auch nicht Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder Gesellschafter, Gründer oder Mitglied des oberen Managements eines Unternehmens, das liquidiert wurde.

Herrn Weber ist nicht wegen betrügerischer Straftaten angeklagt oder verurteilt worden. Es sind auch keine öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen gegen Herrn Weber von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich der Berufsverbände) erhoben worden. Herr Weber wurde nicht gerichtlich als untauglich eingestuft, Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans eines Unternehmens zu sein. Herrn Weber wurde auch nicht gerichtlich die Tauglichkeit für die Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte eines Unternehmens abgesprochen.

Herr Weber unterliegt im Hinblick auf seine privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keinen, auch keinen potentiellen Interessenkonflikten in Bezug auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG. Herr Weber ist über die Geschäftsadresse der Gesellschaft zu erreichen.

Herr Weber bekleidet keine weiteren Vorstandsmandate und besitzt keine Aktien der Gesellschaft.

Herr Weber übt bzw. übte folgende Tätigkeiten außerhalb der Gesellschaft aus:

- Mitglied des Börsenrates der Börse Düsseldorf (seit 2003)
- Inhaber eines Gewerbes zum Handel mit historischen Wertpapieren
- Mitglied des Aufsichtsrates der AHAG Value Stocks AG (bis 2004)
- Geschäftsführer der Schnigge Online Trading Center GmbH (bis 2004)

13.1.2.2 Michael von Busse

Michael von Busse, geboren am 1. Februar 1940, ist Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG. Herr von Busse ist darüber hinaus Mitglied des Börsenrates und des Sanktionsausschusses der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg.

Herr von Busse ist Bankkaufmann und verfügt über eine mehr als 30-jährige Erfahrung im deutschen und internationalen Bankenbereich, die er u.a. bei dem Bankhaus H. Aufhäuser in München, bei dem Bankhaus Marcard, Stein & Co. Bankiers in Frankfurt und bei der Chase Manhattan Bank in New York erlangte.

Seit dem 1. Juli 2004 ist Herr von Busse Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG (damals noch als Schnigge-OFL Wertpapierhandelsbank AG firmierend). Der Anstellungsvertrag von Herrn von Busse mit der Gesellschaft hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2009. Die Bestellung von Herrn von Busse zum Mitglied des Vorstands der DKM Wertpapierhandelsbank AG erfolgte für fünf Jahre.

Herr von Busse war in der Vergangenheit und ist aktuell weder an Insolvenzen und Insolvenzverwaltungen noch an Liquidationen von Unternehmen oder Privatpersonen beteiligt. Er war insbesondere weder Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans noch Gesellschafter, Gründer oder Mitglied des oberen Managements eines Unternehmens, über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Insolvenzverwaltung angeordnet worden ist. Herr von Busse war schließlich auch nicht Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder Gesellschafter, Gründer oder Mitglied des oberen Managements eines Unternehmens, das liquidiert wurde.

Herrn von Busse ist nicht wegen betrügerischer Straftaten angeklagt oder verurteilt worden. Es sind auch keine öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen gegen Herrn von Bus-

se von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich der Berufsverbände) erhoben worden. Herr von Busse wurde nicht gerichtlich als untauglich eingestuft, Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans eines Unternehmens zu sein. Herrn von Busse wurde auch nicht gerichtlich die Tauglichkeit für die Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte eines Unternehmens abgesprochen.

Herr von Busse unterliegt im Hinblick auf seine privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keinen, auch keinen potentiellen Interessenkonflikten in Bezug auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG. Herr von Busse ist über die Geschäftsadresse der Gesellschaft zu erreichen.

Herr von Busse bekleidet keine weiteren Vorstandsmandate und besitzt keine Aktien der Gesellschaft.

Herr von Busse ist bei folgenden Gesellschaften Mitglied des Aufsichtsrates bzw. Mitglied weiterer Gremien:

- Mitglied des Aufsichtsrates der Osnabrücker Anlagen Bau AG (seit 2002)
- Mitglied des Aufsichtsrates der Menzel Vermögensverwaltung AG (seit 2002)
- Mitglied des Aufsichtsrates der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG (seit 2002)
- Mitglied des Aufsichtsrates der Kremlin AG (seit 2004)
- Mitglied des Börsenrates der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg (seit 1984)
- Mitglied des Sanktionsausschusses der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg (seit 2006)
- Mitglied des Anlageausschusses des Sondervermögens HI WorldBestSelect (seit 2006)

13.1.2.3 Markus Bauenkrodt

Markus Bauenkrodt, geboren am 18. April 1967, ist Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG.

Herr Bauenkrodt ist Bankkaufmann und hat ein wirtschaftswissenschaftliches Studium an der Hochschule St. Gallen, Schweiz, erfolgreich abgeschlossen. Herr Bauenkrodt verfügt über eine mehr als 15-jährige Erfahrung im Bank- und Wertpapierbereich, die er unter anderem bei der

Deutschen Bank AG in Düsseldorf und New York sowie bei der DAB Bank AG in München erworben hat.

Zur Erweiterung der Geschäftsfelder der DKM Wertpapierhandelsbank um den Bereich Corporate Finance ist Herr Markus Baukenkrodt am 16. Oktober 2006 als weiteres Vorstandsmitglied der Gesellschaft bestellt worden. Der Anstellungsvertrag von Herrn Baukenkrodt mit der Gesellschaft hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2007. Die Bestellung von Herrn Baukenkrodt zum Mitglied des Vorstands der DKM Wertpapierhandelsbank AG erfolgte bis zum 31. Dezember 2007.

Herr Baukenkrodt war in der Vergangenheit und ist aktuell weder an Insolvenzen und Insolvenzverwaltungen noch an Liquidationen von Unternehmen oder Privatpersonen beteiligt. Er war insbesondere weder Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans noch Gesellschafter, Gründer oder Mitglied des oberen Managements eines Unternehmens, über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Insolvenzverwaltung angeordnet worden ist. Herr Baukenkrodt war schließlich auch nicht Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder Gesellschafter, Gründer oder Mitglied des oberen Managements eines Unternehmens, das liquidiert wurde.

Herr Baukenkrodt ist nicht wegen betrügerischer Straftaten angeklagt oder verurteilt worden. Es sind auch keine öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen gegen Herrn Baukenkrodt von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich der Berufsverbände) erhoben worden. Herr Baukenkrodt wurde nicht gerichtlich als untauglich eingestuft, Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans eines Unternehmens zu sein. Herr Baukenkrodt wurde auch nicht gerichtlich die Tauglichkeit für die Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte eines Unternehmens abgesprochen.

Herr Baukenkrodt unterliegt im Hinblick auf seine privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keinen, auch keinen potentiellen Interessenkonflikten in Bezug auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG. Herr Baukenkrodt ist über die Geschäftsadresse der Gesellschaft zu erreichen.

Herr Baukenkrodt bekleidet keine weiteren Vorstands- oder Aufsichtsratsmandate und besitzt 500 Aktien der Gesellschaft.

13.1.3 Aufsichtsrat

13.1.3.1 Allgemeine Informationen

Der Aufsichtsrat führt seine Geschäfte nach den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat mit den übrigen Organen der Gesellschaft vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Die Aufsichtsratsmitglieder sind von Aufträgen und Weisungen unabhängig. Sie haben über die ihnen bei ihrer Tätigkeit als Aufsichts-

ratsmitglied bekannt werdenden Tatsachen, die die Interessen der Gesellschaft beeinträchtigen können, Stillschweigen zu bewahren.

Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand, berät diesen und überwacht dessen Geschäftsführung. Er entscheidet über Fragen der Geschäftsführung, wenn der Vorstand dem Aufsichtsrat Geschäfte zur Zustimmung vorlegt. Der Aufsichtsrat hat weder ein Initiativ- noch ein Weisungsrecht. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat laufend Rechenschaft über die eingeschlagene Geschäftspolitik und alle vorgenommenen und unterlassenen Maßnahmen abzulegen. Gemäß § 112 AktG vertritt der Aufsichtsrat die Gesellschaft gegenüber den Vorstandsmitgliedern. Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden.

13.1.3.2 Zusammensetzung und Wahl

Der Aufsichtsrat der DKM Wertpapierhandelsbank AG besteht satzungsgemäß aus drei Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden längstens für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt, die über ihre Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Die Wiederwahl in den Aufsichtsrat ist zulässig. Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied vorzeitig aus seinem Amt aus, so ist für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen eine Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat vorzunehmen.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann sein Amt auch ohne wichtigen Grund unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand niederlegen.

Der Aufsichtsrat wählt in seiner ersten Sitzung nach jeder ordentlichen Hauptversammlung, in der die Aufsichtsratsmitglieder neu gewählt wurden, aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter für die Zeit bis zum Abschluss der ersten Aufsichtsratssitzung nach der ordentlichen Hauptversammlung, in der Aufsichtsratsmitglieder neu gewählt werden.

Scheiden der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder sein Stellvertreter vor Ablauf der Amtszeit aus ihrem Amt aus, so hat der Aufsichtsrat für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen einen Nachfolger aus seinen Reihen zu bestimmen.

13.1.3.3 Einberufung und Beschlussfassung

Einberufung und Beschlussfassung des Aufsichtsrates richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Gemäß § 110 Abs. 3 AktG muss der Aufsichtsrat der DKM Wertpapierhandelsbank zwei Sitzungen im Kalenderhalbjahr abhalten. Darüber hinaus kann jedes Aufsichtsratsmitglied oder der Vorstand gemäß § 110 Abs. 1 AktG unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende unverzüglich den Aufsichtsrat einberuft. Die Sitzung muss binnen zwei Wochen nach der Einberufung stattfinden. Wird dem Verlangen

nicht entsprochen, so kann das Aufsichtsratsmitglied oder der Vorstand unter Mitteilung des Sachverhalts und der Angabe einer Tagesordnung selbst den Aufsichtsrat einberufen.

Gemäß § 108 Abs. 1 AktG entscheidet der Aufsichtsrat durch Beschluss. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, aus denen er nach Gesetz oder Satzung insgesamt besteht, an der Beschlussfassung teilnehmen. In jedem Fall müssen mindestens drei Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen.

Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung des Aufsichtsrates teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben überreichen lassen. Die schriftlichen Stimmabgaben können durch andere Aufsichtsratsmitglieder überreicht werden.

Schriftliche, fernmündliche oder andere vergleichbare Formen der Beschlussfassung des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse sind nur zulässig, wenn kein Mitglied diesem Verfahren widerspricht.

13.1.3.4 Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft und deren Tätigkeiten außerhalb der Gesellschaft sind in der folgenden Übersicht aufgeführt.

Name	Mitglied seit	Tätigkeiten außerhalb der Gesellschaft
Dr. Frank Zahn, LL.M.	8. Februar 2005	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtsanwalt und Partner bei Goerg Rechtsanwälte, Berlin (seit 2005) - Vorsitzender des Aufsichtsrates der Tradinghouse.net AG (seit 2005) - Mitglied des Aufsichtsrates der DKM Asset Management AG (seit 2005) - Beirat bei der Gustav Pegel & Sohn GmbH (seit 2004)
Dr. Jürgen Frodermann	30. Juni 2004	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtsanwalt und Partner bei CMS Hasche Sigle, Düsseldorf (seit 1992) - Vorsitzender des Aufsichtsrates der ACM Advanced Capital Management AG (seit 2001) - Vorsitzender des Aufsichtsrates der

		<p>ComS.I.T. AG (seit 2005)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vorsitzender des Aufsichtsrates der Incam AG (seit 2003) - Mitglied des Aufsichtsrates der KEP Consulting AG (seit 2004) - Mitglied des Aufsichtsrates der financialbot.com AG (seit 2000) - Beirat bei der Victoria Beratungsgesellschaft mbH (seit 2004)
Dipl.-Oec. Thomas Ulf Michael Sieg	8. Februar 2005 bis 15. Januar 2007	<ul style="list-style-type: none"> - Director der DKM Financial Services Holding plc (seit 2004) - Director der DKM Asset Management Consultation Ltd. (seit 2004) - Verwaltungsrat und Geschäftsführer der DKM Global Advisors AG (seit 2005) - Verwaltungsrat und Geschäftsführer der DKM Global Asset Management AG (seit 2005) - Vorsitzender des Aufsichtsrates der DKM Asset Management AG (seit 2003) - Vorsitzender des Aufsichtsrates der DKM Vermögensanlagen AG (seit 2004) - Verwaltungsrat der Consortium Ltd. (seit 2005) - Verwaltungsrat der ThomasLloyd Global Asset Management Holding AG (seit 2006) - Verwaltungsrat der ThomasLloyd Global

		Asset Management (Schweiz) AG (seit 2006)
--	--	---

13.1.3.5 Dr. Frank Zahn, LL.M. (Vorsitzender)

Zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt: 8. Februar 2005
 Ende des Mandats: Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2007 entscheidet

Dr. Frank Zahn, LL.M., geboren am 7. November 1967, ist Rechtsanwalt und Partner in der Sozietät Goerg Rechtsanwälte in Berlin. Er studierte in Osnabrück und Hongkong und ist spezialisiert auf Gesellschaftsrecht, Bank- und Kapitalmarktrecht.

Herr Dr. Zahn verfügt über Spezialkenntnisse in den Bereichen Gesellschaftsrecht, Aktienrecht, Bank- und Kapitalmarktrecht, Mergers & Acquisitions und Handelsrecht.

Herr Dr. Zahn war in der Vergangenheit und ist aktuell weder an Insolvenzen und Insolvenzverwaltungen noch an Liquidationen von Unternehmen oder Privatpersonen beteiligt gewesen. Er war insbesondere weder Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans noch Gesellschafter, Gründer oder Mitglied des oberen Managements eines Unternehmens, über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Insolvenzverwaltung angeordnet worden ist. Herr Dr. Zahn war schließlich auch nicht Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder Gesellschafter, Gründer oder Mitglied des oberen Managements eines Unternehmens, das liquidiert wurde.

Herr Dr. Zahn ist nicht wegen betrügerischer Straftaten angeklagt oder verurteilt worden. Es sind auch keine öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen gegen Herrn Dr. Zahn von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich der Berufsverbände) erhoben worden. Herr Dr. Zahn wurde nicht gerichtlich als untauglich eingestuft, Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans eines Unternehmens zu sein. Herrn Dr. Zahn wurde auch nicht gerichtlich die Tauglichkeit für die Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte eines Unternehmens abgesprochen.

Herr Dr. Zahn unterliegt im Hinblick auf seine privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keinen, auch keinen potentiellen Interessenkonflikten in Bezug auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG. Herr Dr. Zahn besitzt keine Aktien der Gesellschaft.

Herr Dr. Zahn ist über die Geschäftsadresse der Gesellschaft zu erreichen.

13.1.3.6 Dr. Jürgen Frodermann (Stellvertretender Vorsitzender)

Zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt: 30. Juni 2004
Ende des Mandats: Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2007 entscheidet

Dr. Jürgen Frodermann, geboren am 9. Mai 1962, ist Rechtsanwalt und Partner bei der internationalen Rechtsanwaltskanzlei CMS Hasche Sigle in Düsseldorf.

Herr Dr. Frodermann ist seit 1991 als Rechtsanwalt zugelassen und ist in den Bereichen Gesellschaftsrecht, Bank- und Kapitalmarktrecht tätig.

Herr Dr. Frodermann studierte von 1983 bis 1988 Rechtswissenschaften in Münster. Herr Dr. Frodermann berät internationale Mandanten in Fragen des Gesellschafts- und des Kapitalmarktrechts. Er verfügt über Spezialkenntnisse in den Bereichen Börseneinführungen, NASDAQ-Notierungen, Bankaufsichtsrecht, Aktien- und Konzernrecht, Venture Capital, Private Equity, Prospekthaftungsansprüche und Kapitalanlagerecht.

Herr Dr. Frodermann war in der Vergangenheit und ist aktuell weder an Insolvenzen und Insolvenzverwaltungen noch an Liquidationen von Unternehmen oder Privatpersonen beteiligt gewesen. Er war insbesondere weder Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans noch Gesellschafter, Gründer oder Mitglied des oberen Managements eines Unternehmens, über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Insolvenzverwaltung angeordnet worden ist. Herr Dr. Frodermann war schließlich auch nicht Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder Gesellschafter, Gründer oder Mitglied des oberen Managements eines Unternehmens, das liquidiert wurde.

Herr Dr. Frodermann ist nicht wegen betrügerischer Straftaten angeklagt oder verurteilt worden. Es sind auch keine öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen gegen Herrn Dr. Frodermann von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich der Berufsverbände) erhoben worden. Herr Dr. Frodermann wurde nicht gerichtlich als untauglich eingestuft, Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans eines Unternehmens zu sein. Herrn Dr. Frodermann wurde auch nicht gerichtlich die Tauglichkeit für die Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte eines Unternehmens abgesprochen.

Herr Dr. Frodermann unterliegt im Hinblick auf seine privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keinen Interessenkonflikten in Bezug auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG. Herr Dr. Frodermann hält keine Aktien der Gesellschaft. Herr Dr. Frodermann ist Rechtsanwalt und Partner bei der Kanzlei CMS Hasche Sigle in Düsseldorf, die den Wertpapierprospekt für das gegenständliche Angebot erstellt hat und die Gesellschaft in rechtlichen Einzel-

fragen berät. Die Kanzlei erhält für ihre Dienstleistungen marktübliche Gebühren. Herr Dr. Frodermann hat hierdurch keinen persönlichen Vorteil und der Vertrag zwischen CMS Hasche Sigle und der DKM Wertpapierhandelsbank AG wurde nach Einholung verschiedener Angebote wegen sachlicher Kriterien abgeschlossen. Es bestehen daher auch keine potentiellen Interessenkonflikte im Hinblick auf seine privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen in Bezug auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG. Zwischen Herrn Dr. Frodermann und der DKM Wertpapierhandelsbank AG bestehen ansonsten keinerlei vertragliche Beziehungen.

Herr Dr. Frodermann ist über die Geschäftsadresse der Gesellschaft zu erreichen.

13.1.3.7 Dipl.-Oec. Thomas Ulf Michael Sieg

Zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt: 8. Februar 2005

Ende des Mandats: 15. Januar 2007

Herr Thomas Ulf Michael Sieg hat sein Aufsichtsratsmandat bei der Gesellschaft am 15. Dezember 2006 zum 15. Januar 2007 niedergelegt. Ein neues Aufsichtsratsmitglied ist noch nicht bestellt worden.

Herr Thomas Ulf Michael Sieg gründete im Jahr 2003 die heutige DKM Group. Er war für die Unternehmensgruppe in verschiedenen leitenden Funktionen tätig und steht ihr seit 2004 als Group CEO vor. Er ist Chairman des Group Executive Committee.

Thomas Ulf Michael Sieg, geboren am 8. Oktober 1977, ist Kaufmann und Group Chief Executive Officer der DKM Group in London. Er studierte Finanz-Ökonomie in Bratislava und ist spezialisiert auf Asset Management, Investment Banking und Wealth Management.

Herr Sieg verfügt über Spezialkenntnisse in den Bereichen Research, Portfolio Management, Risk Measurement & Management, Product Development & Structuring, IT, Corporate Finance, Mergers & Aquisitions, Anlageberatung für Privatkunden und Finanzintermediäre.

Herr Sieg war in der Vergangenheit und ist aktuell weder an Insolvenzen und Insolvenzverwaltungen noch an Liquidationen von Unternehmen oder Privatpersonen beteiligt gewesen. Er war insbesondere weder Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans noch Gesellschafter, Gründer oder Mitglied des oberen Managements eines Unternehmens, über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Insolvenzverwaltung angeordnet worden ist. Herr Sieg war schließlich auch nicht Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder Gesellschafter, Gründer oder Mitglied des oberen Managements eines Unternehmens, das liquidiert wurde.

Herr Sieg ist nicht wegen betrügerischer Straftaten angeklagt oder verurteilt worden. Herrn Sieg wird seitens der BaFin zur Last gelegt, auf Grund von in privatem oder geschäftlichen Bereich

gezeigten Verhalten nicht über die notwendige Zuverlässigkeit zu verfügen, um eine verantwortungsbewusste Wahrnehmung der aus der Gesellschafterposition resultierenden Einflussnahmemöglichkeiten auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG vorzunehmen. Mit einer Verfügung vom 19. September 2006 hat die BaFin deshalb der DKM Asset Management AG, Stuttgart, deren indirekter Mehrheitsaktionär Herr Sieg ist, die Ausübung der Stimmrechte an der DKM Wertpapierhandelsbank AG untersagt. Als Konsequenz dieser Vorwürfe mussten die Stimmrechte der DKM Asset Management AG, Stuttgart, an der DKM Wertpapierhandelsbank AG an einen Treuhänder übertragen werden. Gegen diese Verfügung hat die DKM Asset Management AG, Stuttgart am 13. Oktober 2006 Widerspruch eingelegt. Über diesen Widerspruch hat die BaFin bislang noch nicht entschieden.

Herr Sieg wurde nicht gerichtlich als untauglich eingestuft, Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans eines Unternehmens zu sein. Herrn Sieg wurde auch nicht gerichtlich die Tauglichkeit für die Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte eines Unternehmens abgesprochen.

Herr Sieg unterliegt im Hinblick auf seine privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keinen, auch keinen potentiellen Interessenkonflikten in Bezug auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG. Herr Sieg hält persönlich und direkt keine Aktien der Gesellschaft. Er hält jedoch indirekt über seine Gesellschaften Aktien an der Gesellschaft. Konkret werden 78,65 % der Aktien der Gesellschaft von der DKM Asset Management AG gehalten, welche wiederum eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der DKM Financial Services Holdings plc mit Sitz in London, England, ist. Herr Sieg ist einziger Aktionär der DKM Financial Services Holdings plc.

Herr Sieg ist über die Geschäftsadresse der Gesellschaft zu erreichen.

14. Bezüge und Vergünstigungen

14.1 Vorstand

Dem Vorstand wurde im Geschäftsjahr 2005 insgesamt eine Vergütung inklusive Tantieme in Höhe von EUR 662.953,33 gezahlt. Davon entfielen auf den inzwischen ausgeschiedenen Vorstand Herrn Logen EUR 391.134,85 (davon EUR 120.000,00 Tantieme), auf Herrn Weber EUR 173.856,38 (davon EUR 5.000,00 Tantieme) und auf Herrn von Busse EUR 97.962,10.

14.2 Aufsichtsrat

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung der DKM Wertpapierhandelsbank vom 8. Februar 2005 wird den Mitgliedern des Aufsichtsrates der DKM Wertpapierhandelsbank AG eine Vergütung pro Sitzung in Höhe von EUR 750,00 ab dem Geschäftsjahr 2005 gewährt. Dabei gilt die Maßgabe, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrates den doppelten und der stellvertre-

tende Vorsitzende den 1,5-fachen Vergütungssatz pro Sitzung erhält. Daneben werden gemäß § 8 Abs. 6 der Satzung der Gesellschaft die sonstigen, im Rahmen der Ausübung des Amtes entstehenden Aufwendungen der Aufsichtsratsmitglieder erstattet.

Ferner wurde zugunsten der Mitglieder des Aufsichtsrats und der Mitglieder des Vorstands eine Directors and Officers Liability Insurance (D&O-Versicherung, Versicherung zur Absicherung der Risiken aus der Wahrnehmung des Aufsichtsratsamtes) abgeschlossen. Die Gesamtjahresprämie (für alle Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder) beträgt als EUR 21.000,00.

14.3 Rückstellungen oder Reserven für Pensions- und Rentenzahlungen

Es bestehen Rückstellungen für Pensionszahlungen in Höhe von EUR 97.303,00. Sie betreffen Verpflichtungen für zwei Anwartschaften, die auf der Grundlage individueller Pensionszusagen für einen ehemaligen und eine leitende Angestellte gebildet worden sind.

15. Praktiken der Geschäftsführung

Herr Weber ist seit dem 13. Mai 2003 (Datum des Aufsichtsratsbeschlusses: 13. Mai 2003) Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG. Die Bestellung erfolgte bis zum 30. April 2005. Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 6. April 2005 erfolgte die erneute Bestellung des Herrn Weber als Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG mit Wirkung ab dem 1. Mai 2005 für die Dauer von fünf Jahren. Gleichzeitig wurde der Anstellungsvertrag von Herrn Weber mit der Gesellschaft geschlossen, welcher eine Laufzeit vom 1. Mai 2005 bis zum 30. April 2010 hat.

Herr von Busse ist seit dem 1. Juli 2004 (Datum des Aufsichtsratsbeschlusses: 30.06.2004) Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG. Die Bestellung erfolgte für fünf Jahre. Der Anstellungsvertrag von Herrn von Busse mit der Gesellschaft hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2009.

Herr Baukenkrodt ist seit dem 16. Oktober 2006 (Datum des Aufsichtsratsbeschlusses 10./11. Oktober 2006) Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG. Die Bestellung erfolgte bis zum 31. Dezember 2007. Der Anstellungsvertrag von Herrn Baukenkrodt mit der Gesellschaft hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2007.

Die Herren Dr. Zahn, Dr. Frodermann und Sieg sind als Aufsichtsräte der Gesellschaft bis zum Datum der Hauptversammlung bestellt, welche über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2007 entscheidet. Herr Thomas Ulf Michael Sieg hat sein Aufsichtsratsmandat bei der Gesellschaft am 15. Dezember 2006 zum 15. Januar 2007 niedergelegt. Ein neues Aufsichtsratsmitglied ist noch nicht bestellt worden.

Zwischen den Mitgliedern des Vorstands bzw. Aufsichtsrats einerseits und der DKM Wertpapierhandelsbank AG andererseits sind keine Dienstleistungsverträge geschlossen worden, die bei Beendigung des Dienstleistungsverhältnisses Vergünstigungen vorsehen.

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG hat weder Auditausschuss noch Vergütungsausschuss. Die Vergütung des Vorstands ist im Anstellungsvertrag zwischen Herrn von Busse, Herrn Baukenkrodt bzw. Herrn Weber und der DKM Wertpapierhandelsbank AG geregelt. Auf Seiten der Gesellschaft ist der Aufsichtsrat für den Abschluss, die Änderung, die Kündigung oder die Aufhebung des Anstellungsvertrages zuständig.

Aufsichtsrat und Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG haben im Mai 2006 gemäß § 161 AktG erklärt, dass sie den Empfehlungen des „Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 2. Juni 2005 mit folgenden Ausnahmen entsprechen:

- Auf Grund des derzeit bestehenden genehmigen Kapitals besteht die Möglichkeit des Bezugsrechtsausschlusses. Auch für zukünftig zu beschließende Kapitalerhöhungen soll diese Möglichkeit nicht generell ausgeschlossen werden (Kodex Ziffer 2.2.2).

Die Gesellschaft schafft dadurch die Möglichkeit, bei der Finanzierung am Kapitalmarkt flexibel agieren zu können. Insbesondere kann die Gesellschaft dadurch einfacher strategische Investitionen tätigen und Aktien als Aquisitionswerbung einsetzen.

- Eine Altersgrenze für Vorstände ist nicht festgelegt. Alter und Leistungsfähigkeit werden bei der Bestellung berücksichtigt (Kodex Ziffer 5.1.2).

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft ist insoweit der Ansicht, dass eine Beurteilung der Leistungsfähigkeit von Vorständen von den Umständen des Einzelfalls und nicht von einer starren Altersgrenze abhängen sollte.

- Im Jahr 2006 wird eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat beschlossen (Kodex Ziffer 5.1.3).

Die Gesellschaft sah bisher keine Veranlassung zur Einführung einer Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat. Es wird jedoch derzeit eine Geschäftsordnung vorbereitet. Sie soll in Kürze vom Aufsichtsrat der Gesellschaft beschlossen werden.

- Unter Berücksichtigung der Größe der Gesellschaft und des Aufsichtsrates wurden keine Ausschüsse gebildet (Kodex Ziffer 5.3).

Auf Grund der Größe des Aufsichtsrates (drei Mitglieder) würde die Bildung von Ausschüssen die Arbeit des Aufsichtsrates nicht effektiver gestalten. Da ein Ausschuss,

welcher Anstelle des Plenums des Aufsichtsrates Beschlüsse fasst, ohnehin mit drei Aufsichtsratsmitgliedern besetzt sein müsste, ist die Regelung im Corporate Governance Kodex für Gesellschaften wie die DKM Wertpapierhandelsbank AG, deren Aufsichtsrat lediglich aus drei Mitgliedern besteht, nicht sinnvoll.

- Bei der Vergütung des Aufsichtsrates ist derzeit keine erfolgsorientierte Vergütung vorgesehen (Kodex Ziffer 5.4.7).

Aufsichtsrat und Vorstand sind der Ansicht, dass das bestehende Vergütungssystem (Gewährung von Sitzungsgeld) besser geeignet ist, die Unabhängigkeit des Aufsichtsrates zu gewährleisten.

- Die Gesellschaft veröffentlicht Halbjahresberichte gemäß Börsengesetz und Börsenordnung (Kodex Ziffer 7.1.1).

Die Gesellschaft hält sich mit der Veröffentlichung von Halbjahresberichten an die gesetzlichen Vorgaben des Börsengesetzes und an die Börsenordnung. Eine weitergehende Information des Kapitalmarktes hält die Gesellschaft auch in Anbetracht ihrer Größe für nicht erforderlich.

16. Beschäftigte

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG beschäftigte zum 31. Dezember 2003 insgesamt 11 Mitarbeiter in Vollzeit, davon 3 Mitarbeiter in der Verwaltung sowie 8 Mitarbeiter im Handel. In Frankfurt waren 4 Mitarbeiter beschäftigt und in Düsseldorf 7 Mitarbeiter.

Zum 31. Dezember 2004 beschäftigte die Gesellschaft insgesamt 12 Vollzeitmitarbeiter. 5 Mitarbeiter waren dabei im Handel und 7 Mitarbeiter in der Verwaltung beschäftigt. In Frankfurt waren 3 Mitarbeiter, in Düsseldorf 6 Mitarbeiter und in Dresden 3 Mitarbeiter angestellt.

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG beschäftigte zum 31. Dezember 2005 insgesamt 10 Mitarbeiter in Vollzeit, wobei 6 Mitarbeiter im Handel sowie 3 Mitarbeiter in der Verwaltung eingesetzt wurden. Ein Mitarbeiter ist je hälftig dem Handel und der Verwaltung zuzurechnen. In Frankfurt waren 2 Mitarbeiter und in Düsseldorf 8 Mitarbeiter beschäftigt.

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG beschäftigt derzeit 14 Vollzeit- und 3 Teilzeitmitarbeiter. 11 Vollzeitkräfte sind dabei im Handel tätig, während die handelsunterstützenden Tätigkeiten von 2 Teilzeitkräften ausgeführt werden. In der Verwaltung sind 3 Vollzeit- und 1 Teilzeitkraft beschäftigt. 2 Mitarbeiter sind im Frankfurter Büro, die übrigen Mitarbeiter in der Düsseldorfer Zentrale der DKM Wertpapierhandelsbank AG tätig.

17. Hauptaktionäre

Da die DKM Wertpapierhandelsbank AG Inhaberaktien ausgegeben hat, hat sie nur Kenntnis hinsichtlich ihrer Aktionärsstruktur aus den jeweiligen Hauptversammlungen und Kenntnis des Aktienbesitzes, der ihr mitgeteilt wurde.

Danach sind der DKM Wertpapierhandelsbank im August 2006 folgende Beteiligungsverhältnisse bekannt:

Aktionär	Aktienzahl und Anteil in %	
	Anzahl Aktien	Anteil in %
DKM Asset Management AG	1.676.454	78,65 %
Übrige Aktionäre	454.974	21,35 %
Summe	2.131.428	100 %

Die DKM Asset Management AG übt mit ihren Aktien allein einen beherrschenden Einfluss auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG aus, da sie mit einer Beteiligung von rund 78 % am Grundkapital allein über die Mehrheit des in der Hauptversammlung vertretenen Grundkapitals verfügt. Derzeit werden die Stimmrechte der DKM Asset Management AG von Herrn Dr. Joachim Schneider als Treuhänder ausgeübt. Jede Aktie der Gesellschaft gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Durch die gesetzlichen Regelungen der Bundesrepublik Deutschland ist gewährleistet, dass der Hauptaktionär seine kontrollierende Mehrheit bei der Gesellschaft nicht rechtsmissbräuchlich einsetzen kann.

100 % der Aktien an der DKM Asset Management AG werden von der DKM Financial Services Holdings plc mit Sitz in London, England, gehalten, deren einziger Aktionär das Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft, Herr Thomas Ulf Michael Sieg ist. Herr Sieg hält damit mittelbar eine Beteiligung von rund 80 % am Grundkapital der Gesellschaft.

18. Geschäfte mit verbundenen Parteien

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG hat keine Verträge mit Gesellschaften aus der Unternehmensgruppe des direkten Großaktionärs, der DKM Asset Management AG, Stuttgart, abgeschlossen. Gleichwohl bestehen unter anderem Vertragsverhältnisse zu anderen Unternehmen, die im weiteren Sinne zur Unternehmensgruppe des letztlich beherrschenden Einzelakti-

onärs Herrn Thomas Ulf Michael Sieg gehören. Diese Verträge sind unter dem Punkt 23 (Wichtige Verträge) aufgeführt.

19. Dividendenpolitik

Auf Grund der Geschäftsergebnisse der DKM Wertpapierhandelsbank AG in den Geschäftsjahren 2003-2005 wurde in diesem Zeitraum keine Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet. Für das Geschäftsjahr 2006 kann derzeit keine Aussage zur Zahlung einer Dividende getroffen werden.

Die Gesellschaft plant für das Jahr 2006 und in Zukunft, bei der Vorlage entsprechender Gewinne sowie unter Berücksichtigung der bilanziellen Anforderungen wie das Auffüllen des bilanziellen Verlustvortrages und Einstellungen in die Rücklage, der Hauptversammlung eine angemessene Dividende unter Wahrung der Dividendenkontinuität vorzuschlagen.

20. Wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Gesellschaft

Eine wesentliche Veränderung der Finanzlage der Gesellschaft ist seit dem Ende des Geschäftsjahres 2005, für das ein geprüfter Jahresabschluss vorliegt, eingetreten.

Bedingt durch die positive Entwicklung der Börsenumsätze und einer entsprechenden Erhöhung der Erträge im ersten Halbjahr 2006 hat sich die Finanzlage der Gesellschaft erheblich verbessert. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit erhöhte sich zum 30. Juni 2006 auf TEUR 2.918; das Halbjahresergebnis, in dem eine Steuerbelastung enthalten ist, betrug TEUR 2.476 (beide Angaben untestiert).

Eine wesentliche Veränderung der Finanzlage der Gesellschaft ist auch seit dem Ende des Zwischenberichtszeitraumes zum 30. Juni 2006, für den ein ungeprüfter Zwischenbericht nach HGB vorliegt (Zwischenfinanzinformationen, die keiner Prüfung oder prüferischen Durchsicht durch einen Wirtschaftsprüfer unterzogen wurden), eingetreten. Bedingt durch die positive Entwicklung am Kapitalmarkt und einer entsprechenden Erhöhung der Erträge im zweiten Halbjahr 2006 hat sich die Finanzlage der Gesellschaft weiterhin verbessert. Der Jahresüberschuss stieg seit dem 30. Juni 2006 von TEUR 2.476 auf TEUR 2.963; die Verbindlichkeiten konnten seit dem 30. Juni 2006 von TEUR 1.501 auf TEUR 886 gesenkt werden (beide Angaben untestiert).

21. Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren

Die Gesellschaft wurde bereits im Jahr 2004 von der Arnor Beteiligungs GmbH (als Rechtsnachfolgerin der Avalon Beteiligungs AG, vormals DMS Holding AG) auf die Zahlung von Schadensersatz in Höhe von ca. EUR 2,5 Mio. verklagt. Hintergrund der Klage ist die ur-

sprünglich geplante Beteiligung der Arnor Beteiligungs GmbH an der Gesellschaft. Das Landgericht Düsseldorf hat die Klage in erster Instanz im Mai 2006 in vollem Umfang abgewiesen.

Die Arnor Beteiligungs GmbH hat Berufung gegen dieses Urteil beim OLG Düsseldorf eingelegt. Eine Entscheidung des Berufungsgerichts ist noch nicht erfolgt. Die mündliche Verhandlungen im Berufungsverfahren soll am 14. Juni 2007 stattfinden.

Die Gesellschaft hat beim Finanzgericht Düsseldorf Klage erhoben gegen die Kürzung des Betriebsausgabenabzugs im Rahmen der Aussenprüfung für den Zeitraum 1999 bis 2000. Für den Fall, dass die Gesellschaft vollständig obsiegt, erhält sie bereits gezahlte Steuern in Höhe von EUR 27.000,00 zurück. Das Verfahren ist noch anhängig.

Etwaige staatliche Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Gesellschaft noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten), die im Zeitraum der mindestens 12 letzten Monate bestanden/abgeschlossen wurden, oder die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Gesellschaft und/oder der Gruppe auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben, bestehen nicht.

Mit Schreiben vom 18. Oktober 2006 hat die der Gesellschaft bislang unbekannt und mit ihr gesellschaftsrechtlich nicht verbundene „DKM Darlehenskasse Münster e.G.“ gegenüber der Gesellschaft Ansprüche auf Unterlassung, Auskunft, Schadensersatz und Vernichtung von Unterlagen wegen angeblicher Verletzung markenrechtlicher Vorschriften geltend gemacht. Die „DKM Darlehenskasse Münster e.G.“ stützt ihre angeblichen Ansprüche dabei auf die gleichzeitige Verwendung der Bezeichnung „DKM“ durch beide Gesellschaften, wobei die Bezeichnung „DKM“ von ihr als Marke eingetragen sei.

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG lässt die gegen sie durch die DKM Darlehenskasse Münster e.G. geltend gemachten Ansprüche derzeit juristisch prüfen. Ob es zu einer außergerichtlichen Einigung in diesem Fall kommt oder ob ein Gerichtsverfahren durchgeführt werden muss, kann die Gesellschaft in diesem frühen Stadium der Auseinandersetzung noch nicht abschätzen. Die Gesellschaft geht davon aus, dass das maximale Kostenrisiko aufgrund der Auseinandersetzung mit der DKM Darlehenskasse Münster e.G. zwischen EUR 50.000 und EUR 100.000 liegt. Rückstellungen wurden insoweit bisher nicht gebildet.

22. Zusätzliche Informationen

22.1 Aktienkapital

Das Grundkapital der DKM Wertpapierhandelsbank AG beträgt EUR 2.131.428,00. Seit der Gründung wurde das Grundkapital der Gesellschaft mehrmals erhöht bzw. herabgesetzt.

Im Jahr 2003 betrug das Grundkapital der Gesellschaft zunächst EUR 1.000.000,00, bestehend aus 1.000.000 nennwertlosen Stückaktien, die an den Börsen Düsseldorf und Frankfurt zum Geregeltten Markt zugelassen waren. Die Hauptversammlung vom 29. August 2003 beschloss eine Kapitalerhöhung um EUR 1.000.000,00. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde vom Vorstand und vom Aufsichtsrat der Gesellschaft jeweils am 29. September 2003 beschlossen. Den bisherigen Aktionären wurde ein Bezugsrecht im Verhältnis von 1:1 bei einem Bezugspreis je Aktie in Höhe von EUR 1,00 gewährt. Sämtliche Aktien aus dieser Kapitalerhöhung sind zur Zeichnung angeboten, gezeichnet, vollständig platziert und voll eingezahlt worden, weshalb die Kapitalerhöhung am 7. November 2003 ins Handelsregister eingetragen wurde. Die somit geschaffenen Aktien, welche ab dem 1. Januar 2003 gewinnberechtigt waren, wurden nicht an einer Börse eingeführt. Damit betrug das Grundkapital Ende des Jahres 2003 EUR 2.000.000,00.

Im Jahr 2004 fand eine kombinierte Sach- und Barkapitalerhöhung über EUR 754.910,00 und EUR 595.090,00 aus genehmigtem Kapital statt, die von Vorstand und Aufsichtsrat am 13. Dezember 2003 beschlossen wurde.

Bei der Sachkapitalerhöhung in Höhe von EUR 754.910,00 wurden als Sacheinlage von der OFL AnlagenLeasing AG, Dresden, 69% der Aktien an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG in die Gesellschaft eingebracht. Diesbezüglich wurde durch den Wirtschaftsprüfer Dipl.-Ökonom H.-J. Schilling, Witzenhausen, am 3. November 2003 ein Bericht über die Prüfung des Marktwertes des Eigenkapitals der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG erstellt. Das Wertgutachten enthält folgende Schlussbemerkung:

C. Schlussbemerkung

Ich fasse das Ergebnis meiner Untersuchung wie folgt zusammen:

Der Marktwert des Eigenkapitals liegt unter den obigen Prämissen bei

€ 1.151.656

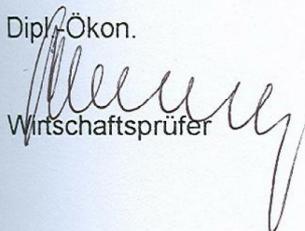
D. h. eine Stückaktie weist einen Wert von 1,15 € auf.

Wesentliche erfolgbestimmende Faktoren sind die durchgehandelten Mengen und erzielten Umsätze. Aufgrund der guten Erfolge der zur Verfügung stehenden Vertriebspartner dürfte das Erreichen der Umsatzziele jedoch sicher sein.

Witzenhausen, den 03. November 2003

Dipl.-Ökon.

Wirtschaftsprüfer




Auf Basis dieses Gutachtens hat der Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG im Rahmen der Sachkapitalerhöhung 690.000 Stück Aktien der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, entsprechend 69% des Grundkapitals der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, als einzubringenden Gegenstand zu einem Preis von EUR 1,15 je Stückaktie im rechnerischen Nennwert von EUR 1,00 abzüglich eines Paketabschlages in Höhe von 4,86% als Sacheinlage akzeptiert. Daraus ergibt sich, dass der Wert des Sacheinlagegegenstandes ($\text{EUR } 1,15 - 4,86\% = \text{EUR } 1,0925 * 690.000 = \text{EUR } 754.935,90$) wenigstens den hierfür festgesetzten Ausgabebetrag (EUR 754.910,00) erreicht hat. Gemäß Einbringungsvertrag vom 12./15. Dezember 2003 erhielt die die Sacheinlage einbringende OFL AnlagenLeasing AG, Dresden, als Gegenleistung 754.910 Stück nennwertlose Inhaberstückaktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG, welche voll eingezahlt sind.

Die Durchführung der Barkapitalerhöhung über EUR 595.090,00 wurde vom Vorstand und vom Aufsichtsrat der Gesellschaft jeweils am 13. Dezember 2003 beschlossen. Den bisherigen Aktionären wurde ein Bezugsrecht im Verhältnis von 1:1 bei einem Bezugspreis je Aktie in Höhe von EUR 1,00 gewährt. Sämtliche Aktien aus der Barkapitalerhöhung sind zur Zeichnung angeboten, gezeichnet, vollständig platziert und voll eingezahlt worden.

Die kombinierte Sach- und Barkapitalerhöhung wurde am 9. Februar 2004 ins Handelsregister eingetragen. Die somit geschaffenen Aktien, welche ab dem 1. Januar 2003 gewinnberechtigt waren, wurden nicht an einer Börse eingeführt. Das Grundkapital der Gesellschaft ist durch die kombinierte Sach- und Barkapitalerhöhung von EUR 2.000.000,00 um EUR 1.350.000,00 auf EUR 3.350.000,00 erhöht worden.

Im Jahr 2004 betrug das Grundkapital der Gesellschaft zunächst EUR 3.350.000,00. Ebenfalls aus genehmigtem Kapital wurde auf Grund des Beschlusses von Vorstand und Aufsichtsrat vom 9. Dezember 2004 eine Barkapitalerhöhung in Höhe von EUR 380.000,00 vorgenommen. Das Bezugsrecht wurde ausgeschlossen. Zum Bezug der 380.000 Aktien zu einem Preis von EUR 1,00 wurde ausschließlich die DKM Asset Management AG, Stuttgart, zugelassen. Sämtliche Aktien aus dieser Kapitalerhöhung sind der DKM Asset Management AG zur Zeichnung angeboten, gezeichnet, vollständig platziert und voll eingezahlt worden, weshalb die Kapitalerhöhung am 30. Dezember 2004 ins Handelsregister eingetragen wurde. Die somit geschaffenen Aktien, welche ab dem 1. Januar 2004 gewinnberechtigt waren, wurden nicht an einer Börse eingeführt. Das Grundkapital der Gesellschaft betrug damit Ende 2004 EUR 3.730.000,00.

Im Jahr 2005 beschloss die außerordentliche Hauptversammlung vom 8. Februar 2005 Kapitalherabsetzungen um insgesamt EUR 3.197.143,00 auf EUR 532.857,00, die am 10. März 2005 ins Handelsregister eingetragen wurden. Das Grundkapital in Höhe von EUR 532.857 bestand nun aus 142.847 börsennotierten und 390.000 nicht börsennotierten Aktien.

Ebenfalls auf dieser Hauptversammlung vom 8. Februar 2005 wurde eine Barkapitalerhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft von EUR 532.857,00 um EUR 1.598.571,00 auf EUR 2.131.428,00 beschlossen. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde vom Vorstand am 22. März 2005 und vom Aufsichtsrat 30. März 2005 beschlossen. Den bisherigen Aktionären wurde ein Bezugsrecht im Verhältnis von 1:3 bei einem Bezugspreis je Aktie in Höhe von EUR 1,00 gewährt. Sämtliche Aktien aus dieser Kapitalerhöhung sind zur Zeichnung angeboten, gezeichnet, vollständig platziert und voll eingezahlt worden. Die Kapitalerhöhung wurde am 2. Mai 2005 ins Handelsregister eingetragen; auch diese Aktien, welche ab dem 1. Januar 2004 gewinnberechtigt waren, wurden nicht an der Börse zugelassen. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt seit dem EUR 2.131.428,00 bestehend aus 2.131.428 nennwertlosen Stückaktien, von denen 142.857 Stück an der Börse zugelassen und 1.988.571 Stück nicht an einer Börse zugelassen sind.

Da die Aufnahme des neuen Geschäftsbereichs Emissionsgeschäft geplant ist, soll demnächst eine Kapitalerhöhung von bis zu EUR 1.065.714,00 auf bis zu EUR 3.197.142,00 vorgenommen werden. Diese Kapitalerhöhung wurde in der ordentlichen Hauptversammlung am 22. August 2006 beschlossen. Der Vorstand der Gesellschaft, welcher zur Durchführung der Ka-

pitalerhöhung ermächtigt worden ist, hat bisher noch keine konkreten Planungsschritte zur tatsächlichen Durchführung dieser Kapitalerhöhung beschlossen.

Von den 2.131.428 Stück Aktien der Gesellschaft werden 142.857 Stück auf den Inhaber lautenden nennwertlose Stückaktien bereits im Geregelten Markt der Börsen Düsseldorf und Frankfurt am Main (General Standard) und im Freiverkehr an den Börsen Berlin-Bremen und Stuttgart gehandelt. Die noch nicht börsennotierten 1.988.571 Stück auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien sollen in den Geregelten Markt an den Börsen Frankfurt am Main und Düsseldorf eingeführt werden.

Es existieren keine emittierten Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG, die nicht voll eingezahlt sind. Der rechnerische Nennwert pro Aktie beträgt 1,00 EUR. Zu Beginn und zum Ende des Geschäftsjahres 2005 standen keine Aktien aus.

22.2 Genehmigtes Kapital

Die Satzung der Gesellschaft sieht in § 4 Abs. 7 und 8 die Schaffung weiteren Grundkapitals in Form von genehmigtem bzw. bedingtem Kapital vor. Danach ist der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. August 2010 um bis zu EUR 1.065.714,00 durch Ausgabe von bis zu 1.065.714 Stück neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2005). Sofern den Aktionären ein Bezugsrecht eingeräumt wird, können die Aktien auch einem Kreditinstitut oder einem nach § 53 Abs. 1 S. 1 oder § 53 b Abs. 1 S. 1 oder Abs. 7 KWG tätigen Unternehmen zur Übernahme angeboten werden mit der Verpflichtung, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand ist weiterhin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats über den Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre zu entscheiden. Das Bezugsrecht kann ausgeschlossen werden:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen zur Gewährung von Aktien zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 4 unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten und zwar weder im Zeitpunkt der Erteilung oder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung,
- um Inhabern von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, die von der Gesellschaft ausgegeben werden, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es Ihnen nach Ausübung Ihres Wandlungs- bzw.

Optionsrechts zustehen würde, jedoch nur, soweit die Aktien nicht bereits auf Grund eines bedingten Kapitals gewährt werden können.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist weiterhin um bis zu EUR 1.065.714,00, eingeteilt in 1.065.714 Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2005). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, die von der Gesellschaft auf Grund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 30. August 2005 ausgegeben worden sind, von ihrem Wandlungs- bzw. Optionsrecht Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist auch insoweit ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

22.3 Satzung und Statuten der Gesellschaft

22.3.1 Beschreibung der Zielsetzungen der Tätigkeit der DKM Wertpapierhandelsbank AG

Der Zweck der Gesellschaft ist in § 2 der Satzung der DKM Wertpapierhandelsbank AG festgelegt. Danach ist Gegenstand des Unternehmens die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im eigenen Namen für fremde Rechnung (Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWG). Gegenstand des Unternehmens ist auch die Vermittlung von Geschäften über die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten oder deren Nachweis, die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten in fremdem Namen für fremde Rechnung und die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im Wege des Eigenhandels für andere (Finanzdienstleistungen im Sinne von § 1 Abs. 1a Satz 2 Nrn. 1, 2 und 4 KWG).

Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin der Handel mit Finanzinstrumenten für eigene Rechnung (Nostrohandel gem. § 1 Abs. 3 Nr. 5 KWG) und die Beratung anderer bei der Anlage in Finanzinstrumenten (Anlageberatung gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 6 KWG). Gegenstand des Unternehmens ist ferner die Gründung von, der Erwerb von und/oder die Beteiligungen an Gesellschaften, die Bank- und/oder Finanzdienstleistungen oder Tätigkeiten der in § 1 Abs. 1, 1a und/oder 3 KWG beschriebenen Art zu erbringen.

Gegenstand des Unternehmens ist schließlich die Schaffung und das Betreiben einer Handelsplattform für die Vermittlung des Handels mit Waren oder Dienstleistungen jeder Art, insbesondere Finanzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, Maßnahmen durchzuführen und sonstige Handlungen vorzunehmen, welche zur Erreichung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar erforderlich, geeignet oder dienlich erscheinen. Sie ist insbesondere berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu errichten, zu erwerben und sich an sol-

chen zu beteiligen. Sie ist ferner berechtigt, Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

22.3.2 Vorstand

Die Regelungen über den Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG befinden sich in § 6 der Satzung sowie in der Geschäftsordnung für den Vorstand. Danach wird der Vorstand vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Er besteht aus mindestens zwei Mitgliedern. Darüber hinaus wird die Zahl seiner Mitglieder vom Aufsichtsrat bestimmt. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten. Der Aufsichtsrat kann bestimmen, dass Vorstandsmitglieder einzelvertretungsbefugt sind. Die Beschlüsse des Vorstands werden, soweit gesetzlich zulässig, mit Stimmenmehrheit gefasst. Der Vorstand hat ungeachtet des § 90 AktG dem Aufsichtsrat vierteljährlich, auf Verlangen auch in kürzeren Zeitabständen über die geschäftliche Entwicklung der Gesellschaft im abgelaufenen Zeitraum anhand von Zwischenabschlüssen und anderen betriebswirtschaftlichen Unterlagen zu berichten und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates aus sonstigen wichtigen Anlässen zu berichten.

Der Vorstand führt die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung und seiner Geschäftsordnung. Nach § 8 der Geschäftsordnung bedürfen folgende Geschäfte und Rechtshandlungen des Vorstands der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates:

- Der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen sowie der Erwerb, die Veräußerung und die Stilllegung von Unternehmen und Betrieben;
- Der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Liegenschaften;
- Die Errichtung und die Schließung von Zweigniederlassungen;
- Investitionen, die über die im Rahmen des jeweiligen genehmigten Finanzplanes (Budget) genannten Beträge hinausgehen;
- Die Aufnahme von Anleihen, Darlehen und Krediten außerhalb des jeweiligen genehmigten Finanzplanes (Budget);
- Die Gewährung von Darlehen und Krediten;
- Die Aufnahme und die Aufgabe von Geschäftszweigen und Produktarten;
- Die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Geschäftspolitik;

- Die Festlegung von Grundsätzen über die Gewährung von Gewinn- oder Umsatzbeteiligungen und Pensionszusagen an leitende Angestellte im Sinne des § 80 Abs. 1 AktG;
- Die Einräumung von Optionen auf Aktien der Gesellschaft oder einer Konzerngesellschaft an Arbeitnehmer und leitende Angestellte der Gesellschaft oder einer Konzerngesellschaft sowie an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der Gesellschaft oder von Konzernobergesellschaften;
- Die Bestellung von Generalbevollmächtigten, Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten;
- Der Abschluss von In-Sich-Geschäften;
- Die Einleitung von Aktivprozessen oder der Abschluss von Vergleichen mit einem Streitwert / Vergleichsbetrag von mehr als EUR 50.000,00.

Sofern die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates nicht ohne Nachteil für die jeweilige Gesellschaft abgewartet werden kann, ist die Einwilligung des jeweiligen Aufsichtsratsvorsitzenden einzuholen, der in der nächsten Sitzung die Zustimmung des Aufsichtsrates einholen wird. Der Aufsichtsrat kann durch Beschluss die Vornahme weiterer Arten von Geschäften von seiner Zustimmung abhängig machen. Der Aufsichtsrat kann dem Vorstand widerruflich die Einwilligung für bestimmte Arten von Geschäften auch im voraus erteilen bzw. einen Ausschuss hierzu ermächtigen.

Die Zustimmungserfordernisse wirken nur intern, das heißt der Vorstand ist auch ohne Zustimmung des Aufsichtsrats nach außen vertretungsberechtigt; holt der Vorstand keine Zustimmung des Aufsichtsrats ein, so macht er sich unter Umständen der Gesellschaft gegenüber schadensersatzpflichtig.

22.3.3 Aufsichtsrat

Die Tätigkeit des Aufsichtsrates der DKM Wertpapierhandelsbank AG ist in § 7 bis § 10 der Satzung der DKM Wertpapierhandelsbank AG geregelt. Danach besteht der Aufsichtsrat der DKM Wertpapierhandelsbank AG aus drei Mitgliedern.

Die Aufsichtsratsmitglieder werden längstens für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt, die über Ihre Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Die Wiederwahl in den Aufsichtsrat ist zulässig. Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied vorzeitig aus seinem Amt aus, so ist für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen eine Zuwahl in den Aufsichtsrat vorzunehmen.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats kann sein Amt auch ohne wichtigen Grund unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand niederlegen.

Gemäß § 8 der Satzung der DKM Wertpapierhandelsbank AG hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen und sich zu diesem Zweck über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu unterrichten.

Der Aufsichtsrat der DKM Wertpapierhandelsbank AG hat den Jahresabschluss nebst Anhang, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns zu prüfen. Er kann die Abschlussprüfer zu seinen Verhandlungen über die Vorlagen hinzuziehen. Er hat über das Ergebnis der Prüfung an die Hauptversammlung zu berichten.

Der Aufsichtsrat kann sich selbst eine Geschäftsordnung geben und Ausschüsse bilden und ist berechtigt, Änderungen und Ergänzungen der Satzung, die nur die Fassung, d.h. deren sprachliche Form betreffen, zu beschließen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben für alle vertraulichen Vorgänge, die Ihnen durch die Tätigkeit im Aufsichtsrat bekannt geworden sind – auch nach Ablauf Ihrer Amtszeit – Stillschweigen zu bewahren.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten neben der Erstattung ihrer Aufwendungen eine feste, nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung. Die Höhe der Vergütung wird von der Hauptversammlung festgelegt.

Nach § 9 der Satzung der DKM Wertpapierhandelsbank AG wählt der Aufsichtsrat in seiner ersten Sitzung nach jeder ordentlichen Hauptversammlung, in der die Aufsichtsratsmitglieder neu gewählt wurden, aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter für die Zeit bis zum Abschluss der ersten Aufsichtsratssitzung nach der ordentlichen Hauptversammlung, in der Aufsichtsratsmitglieder neu gewählt werden.

Scheiden der Vorsitzende oder sein Stellvertreter vor Ablauf der Amtszeit aus ihrem Amt aus, so hat der Aufsichtsrat für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen einen Nachfolger aus seinen Reihen zu bestimmen. Erklärungen und Veröffentlichungen im Namen des Aufsichtsrates erfolgen durch den Vorsitzenden. Der Vorsitzende ist zur Entgegennahme von Erklärungen Dritter an den Aufsichtsrat befugt.

Einberufung und Beschlussfassung des Aufsichtsrates der DKM Wertpapierhandelsbank AG richten sich nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften.

22.3.4 Einberufung der Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird vom Vorstand oder in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen vom Aufsichtsrat einberufen. Die Einberufung muss mindestens dreißig Tage vor dem letzten Tag der Anmeldung im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht werden.

Die Aktionäre üben ihre Rechte in den Angelegenheiten der Gesellschaft in der Hauptversammlung aus, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die sich unter Nachweis ihres Aktienbesitzes bis zum Ablauf des siebten Tages vor der Versammlung bei der Gesellschaft oder einer in der Einladung bezeichneten Stelle anmelden. Die Anmeldung bedarf der Textform und muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen.

Der Aktienbesitz wird nachgewiesen durch die Bescheinigung des depotführenden Instituts, einer Wertpapiersammelbank oder einer anderen in der Einberufung bezeichneten Stelle, die sich auf einen gemäß den gesetzlichen Vorgaben in der Einladung zu bestimmenden Zeitpunkt zu beziehen hat und spätestens bis zum Ablauf der Anmeldefrist zugegangen sein muss. Dieser Nachweis ist in Textform in deutscher oder in englischer Sprache zu erbringen.

Jede Stückaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Zu den Aktien, die dem Aktionär gehören, rechnen auch die Aktien, die einem Anderen für Rechnung des Aktionärs gehören. Ist der Aktionär ein Unternehmen, so rechnen zu den ihm gehörenden Aktien auch diejenigen Aktien, die einem mit ihm im Sinne des § 15 AktG und/oder § 271 Abs. 2 HGB verbundenen Unternehmen oder für Rechnung solcher Unternehmen einem Dritten gehören.

Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder sein Stellvertreter, in deren Abwesenheit ein anderes vom Aufsichtsrat zu bestimmendes Aufsichtsratsmitglied. Der Vorsitzende leitet die Versammlung und bestimmt die Reihenfolge, in der die Gegenstände der Tagesordnung verhandelt werden sowie die Art und Reihenfolge der Abstimmung. Der Vorsitzende kann das Frage- und Rederecht der Aktionäre zeitlich angemessen beschränken; er kann insbesondere zu Beginn der Hauptversammlung oder während ihres Verlaufs einen zeitlich angemessenen Rahmen für den gesamten Hauptversammlungsvorlauf, für die Aussprache zu den einzelnen Tagesordnungspunkten sowie die Rede- oder Fragebeiträge der einzelnen Redner festsetzen.

Die Hauptversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt. Dabei gilt Stimmenthaltung nicht als Stimmabgabe. Sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, ist, sofern das Gesetz nicht zwingend weitergehende Erfordernisse auf-

stellt, außer der Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erforderlich.

Bei Wahlen gelten die Bewerber als gewählt, die die meisten Stimmen erhalten. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das durch den Versammlungsleiter gezogene Los.

Das Auskunftsrecht der Aktionäre bestimmt sich nach § 131 AktG. Für die Protokollierung von Hauptversammlungsbeschlüssen und Anträgen von Aktionärsminderheiten gilt § 130 AktG.

22.3.5 Veräußerungsverbote

Bei den Aktien der Gesellschaft handelt es sich um auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien. Die Inhaberaktien können als so genannte Inhaberpapiere nach den allgemeinen Grundsätzen des Bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts formlos und frei von Zustimmungserfordernissen der Gesellschaft übertragen werden. Die Inhaberaktien werden mithin wie bewegliche Sachen durch Einigung und Übergabe übereignet. Beschränkungen bezüglich der Fungibilität bestehen nicht.

23. Wichtige Verträge

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG hat mehrere, zum ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb benötigte, Dienstleistungen vertraglich ausgelagert. Die Auslagerungsunternehmen wurden so ausgewählt, dass die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Auslagerungsunternehmen gemäß Kreditwesengesetz erfüllt sind. Die Auslagerung ist den Aufsichtsbehörden angezeigt worden.

23.1 Verträge mit verbundenen Parteien

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG hat folgende vertraglichen Beziehungen zu verbundenen Parteien, die dem Einflusskreis des Großaktionärs bzw. dessen Aktionären zuzuordnen sind:

Der Aufsichtsrat der DKM Wertpapierhandelsbank AG hatte mit Beschluss vom 10. Mai 2005 einen Vorstand zum Aufbau des Geschäftsbereiches Asset Management bestellt. Dies wurde im Interesse und auf Veranlassung des Herrn Thomas Ulf Michael Sieg realisiert. Nach Informationen der Gesellschaft war der Aufbau dieses Geschäftsbereiches nicht auf Veranlassung des Großaktionärs, der DKM Asset Management AG, gleichwohl mittelbar aber auch in dessen Interesse erfolgt. Nachdem dieses Geschäftsmodell nicht mehr mit Leben erfüllt werden sollte und der betreffende Vorstand sein Mandat niedergelegt hatte, hat die DKM Wertpapierhandelsbank AG für die durch die Bestellung entstandenen Kosten einen vertraglichen Ausgleich erhalten. Der Nachteilsausgleich umfasst neben den Gehaltsausgaben auch sonstige

mit dem Geschäftsaufbau verbundene Kosten, die sich aus der Beendigung des Geschäftsbereiches auf Grund vertraglicher Verpflichtungen für die DKM Wertpapierhandelsbank AG ergeben. Diese Vereinbarungen belasten die DKM Wertpapierhandelsbank AG bis zum Ende des Jahres 2006. Mit der DKM Global Advisors AG in Liechtenstein ist vereinbart worden, dass der entstehende Nachteil in Höhe von EUR 468.572,60 bis zum ersten Quartal 2007 inklusive marktüblicher Zinsen ausgeglichen wird. Zwischen der DKM Global Advisors AG und der Gesellschaft bestehen keine gegenseitigen Beteiligungen. Die Anteile an der DKM Global Advisors AG werden mittelbar von Herrn Thomas Ulf Michael Sieg gehalten. Herr Sieg ist Alleinaktionär der DKM Financial Services Holdings, welche wiederum 100 % der Aktien an der DKM Asset Management AG – der Hauptaktionärin der Gesellschaft – hält.

Ebenfalls mit der DKM Global Advisors AG, Liechtenstein, hat die DKM Wertpapierhandelsbank AG im September 2006 eine Vertriebsvereinbarung für den Vertrieb eines Drittanbieterzertifikates abgeschlossen. Die DKM Wertpapierhandelsbank AG übernimmt dabei den Vertrieb dieses Zertifikates an aufsichtsrechtlich zugelassene und überwachte Finanzdienstleistungsinstitute, zu dessen Zweck eine sogenannte Master Distribution Vereinbarung mit dem Emittenten abgeschlossen worden ist. Der Vertrieb an die Finanzdienstleistungsinstitute erfolgt nach Abschluss eines Vertriebsvertrages mit den jeweiligen Gesellschaften.

Für die Durchführung des Vertriebes erhält die DKM Wertpapierhandelsbank AG eine Vergütung durch den Emittenten, die an die Finanzdienstleistungsinstitute durchgeleitet wird. Eine über die der DKM Wertpapierhandelsbank AG vergütete Bezahlung an die Finanzdienstleistungsinstitute wird durch die DKM Global Advisors AG ausgeglichen. Sofern die DKM Wertpapierhandelsbank AG ihren Vertriebspartnern eine Bestandsprovisionen vergütet, welche die vom Emittenten gezahlte Vergütung übersteigt, werden der DKM Wertpapierhandelsbank AG die entsprechenden Differenzbeträge ebenfalls durch die DKM Global Advisors AG erstattet. Zudem erstattet die DKM Global Advisors AG der DKM Wertpapierhandelsbank AG alle im Zusammenhang mit dem Vertrieb des Zertifikates stehende Kosten, z.B. für Personal oder Werbung. Darüber hinaus hat die DKM Global Advisors AG die DKM Wertpapierhandelsbank AG von jeglicher Haftung im Zusammenhang mit dem Vertrieb freigestellt. Als Vergütung für die Dienstleistung erhält die DKM Wertpapierhandelsbank AG einen Teil der Emittentenvergütung, die sich auf maximal 0,7 % des jeweils aktuellen Emissionsbetrages beläuft. Für das Jahr 2006 ist bisher noch keine Vergütung gezahlt worden.

23.2 Verträge mit Dritten

Die DKM Wertpapierhandelsbank hat folgende vertraglichen Beziehungen zu Dritten: Zu den ausgelagerten Bereichen gehört auch die Buchhaltung sowie der Bereich Meldewesen und Compliance.

Die ordnungsgemäße Buchhaltung ist wesentlicher Bestandteil der Bankführung. Daher wurde mit dem Steuerberatungsbüro Lieske und Partner, Lindemannstrasse 64, 40327 Düsseldorf,

ein Unternehmen mit der Buchhaltung beauftragt, welches über die notwendigen Kenntnisse verfügt, um die Buchführung nach dem HGB und nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute von 1998 (RechKredV) durchzuführen. Es wurde eine marktgerechte Vergütung nach Zeitaufwand (EUR 45 je Stunde) vereinbart. Für das Geschäftsjahr 2003 betrug die Vergütung EUR 6.700,00, für das Geschäftsjahr 2004 EUR 20.700,00, für das Geschäftsjahr 2005 EUR 17.100,00 und für das Geschäftsjahr 2006 EUR 15.500,00.

Mit dem selbständigen Rechtsanwalt Herrn Peter Küsters wurde im September 2005 eine Auslagerung hinsichtlich der Durchführung sowohl der Compliance als auch des allgemeinen Meldewesens vereinbart. Herr Küsters hat diese Tätigkeiten bereits in anderen Finanzdienstleistungsunternehmen durchgeführt und verfügt daher über die entsprechende Erfahrung. Mit Herrn Küsters wurde eine dem Zeit- und Arbeitsaufwand entsprechende Fixvergütung in Höhe von EUR 3.000 pro Monat plus Umsatzsteuer vereinbart. Für das Geschäftsjahr 2005 betrug die Vergütung EUR 10.400,00 und für das Geschäftsjahr 2006 EUR 38.300,00.

Der heutige Wertpapierhandel ist sehr stark von handelsunterstützenden IT-Anwendungen geprägt. Sowohl Börsen als auch Bankaufsichtsbehörden verlangen zur Handloptimierung und Risikoüberwachung IT-Anwendungen, die die DKM Wertpapierhandelsbank AG weder selbst herstellen noch pflegen kann. Daher hat die DKM Wertpapierhandelsbank AG vor allem Fremdprodukte eingesetzt, die die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ermöglichen.

Obwohl dies Risiken beinhaltet, sofern der Vertragspartner insolvent wird oder technischen Problemen ausgesetzt ist, hat sich die DKM Wertpapierhandelsbank AG dazu entschlossen, zur vereinfachten Handhabung, Erzielung von Preisvorteilen und Verminderung von Migrationaufwänden diese Dienstleistungen von nur einem Anbieter zu beziehen.

Die XCOM AG, Willich, wurde mit der Lieferung entsprechender Systeme sowie der dauerhaften Wartung der Anwendungen beauftragt. Die XCOM AG liefert neben einem Ordermanagement ein Bestandsführungstool und ein Limitkontrollsystem. Darüber hinaus ist die XCOM AG mit dem Betrieb (Rechenzentrumsleistungen / Housing sowie Notfallüberwachung) der Internetseite der DKM Wertpapierhandelsbank AG beauftragt.

Daneben hat die DKM Wertpapierhandelsbank AG die Geld- und Stückerbuchung sowie die vorbereitenden Buchungen zum Meldewesen auf die XCOM AG ausgelagert.

Für die Dienstleistungen der XCOM AG sind marktübliche Vergütungen vereinbart worden.

24. Informationen über Beteiligungen

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG betreibt kein aktives Beteiligungsgeschäft. Es wird lediglich eine Beteiligung gehalten, die durch Verschmelzung im Jahr 2003 auf die Gesellschaft als Rechtsnachfolgerin der Schnigge Beteiligungs AG übergegangen ist. Es handelt sich um eine Beteiligung in Höhe von 13,1 Prozent an der econia.com AG, Köln, die zum Zeitpunkt des Übergangs bereits voll abgeschrieben war. Die econia.com AG befindet sich im Insolvenzverfahren. Eventuelle Veräußerungserlöse aus dieser Beteiligung stehen gemäß Vereinbarung vom 21. Februar 2003 den Gläubigerbanken der DKM Wertpapierhandelsbank AG zu, die Forderungsverzichte ausgesprochen haben.

25. Erklärung zum Geschäftskapital

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG erklärt, dass das Geschäftskapital ihrer Auffassung nach für ihre derzeitigen Bedürfnisse ausreicht. Die Gesellschaft ist aufgrund der ihr derzeit zur Verfügung stehenden Mittel in der Lage, den aktuellen und den Bedarf der kommenden 12 Monate sicherzustellen. Die Gesellschaft prüft weiterhin die Möglichkeit, durch die Aufnahme des neuen Geschäftsbereichs Emissionsgeschäft zu expandieren. Zu diesem Zweck soll demnächst eine Kapitalerhöhung von bis zu EUR 1.065.714,00 auf bis zu EUR 3.197.142,00 vorgenommen werden. Diese Kapitalerhöhung wurde in der ordentlichen Hauptversammlung am 22. August 2006 beschlossen. Der Vorstand der Gesellschaft, welcher zur Durchführung der Kapitalerhöhung ermächtigt worden ist, hat bisher noch keine konkreten Planungsschritte zur tatsächlichen Durchführung dieser Kapitalerhöhung beschlossen.

26. Kapitalisierung und Verschuldung

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Kapitalisierung und Verschuldung der DKM Wertpapierhandelsbank AG.

(Alle Angaben in Euro, Zahlen zum 30.6.2005 und 30.06.2006 untestiert)

Eventualverbindlichkeiten bestehen nicht.

	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005
Gezeichnetes Kapital	2.000.000,00	3.730.000,00	2.131.428,00
Kapitalrücklagen	0,00	0,00	1,00
Bilanzgewinn/Verlustvortrag	-2.584.039,09	4.234.002,62	-866.436,60
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00
Zur Durchführung der Kapitalerhöhung geleistete Einlage	754.910,00	0,00	0,00
Eigenkapital bzw nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	170.870,91	-504.002,62	1.264.992,40

Verbindlichkeiten Gesamt	772.977,67	925.893,85	11.292.125,86
Langfristige Verbindlichkeiten -unbesichert-	650.000,00	650.000,00	650.000,00
Langfristige Verbindlichkeiten -besichert-	0,00	0,00	0,00
Langfristige Verbindlichkeiten -garantiert-	0,00	0,00	0,00
Langfristige Verbindlichkeiten -nicht garantiert-	0,00	0,00	0,00
Kurzfristige Verbindlichkeiten -unbesichert-	122.977,67	275.893,85	356.511,53
Kurzfristige Verbindlichkeiten -besichert-	0,00	0,00	10.285.614,33
Kurzfristige Verbindlichkeiten -garantiert-	0,00	0,00	0,00
Kurzfristige Verbindlichkeiten -nicht garantiert-	0,00	0,00	0,00

	30.06.2006	31.10.2006
Gezeichnetes Kapital	2.131.428,00	2.131.428,00
Kapitalrücklagen	1,00	1,00
Bilanzgewinn/Verlustvortrag	-866.436,60	-866.436,60
Jahresüberschuss	2.475.906,54	2.963.421,42
Zur Durchführung der Kapitalerhöhung geleistete Einlage	0,00	0,00
Eigenkapital bzw nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.740.898,94	4.228.413,80
Verbindlichkeiten Gesamt	1.501.310,39	885.676,67
Langfristige Verbindlichkeiten - unbesichert-	650.000,00	650.000,00
Langfristige Verbindlichkeiten - besichert-	0,00	0,00
Langfristige Verbindlichkeiten -garantiert-	0,00	0,00
Langfristige Verbindlichkeiten -nicht garantiert-	0,00	0,00
Kurzfristige Verbindlichkeiten -unbesichert-	851.310,39	235.676,67
Kurzfristige Verbindlichkeiten -besichert-	0,00	0,00
Kurzfristige Verbindlichkeiten -garantiert-	0,00	0,00
Kurzfristige Verbindlichkeiten -nicht garantiert-	0,00	0,00

27. Allgemeine Angaben über die Aktien

Sämtliche 2.131.428 nennwertlose Inhaberstückaktien der Gesellschaft, d.h. sowohl die bereits börsennotierten 142.857 Aktien als auch die 1.988.571 noch zum Handel am Regierten Markt zuzulassenden Aktien der Gesellschaft sind nach deutschem Recht, d.h. dem deutschen Aktiengesetz geschaffen worden. Auf die Aktien der Gesellschaft findet weiterhin das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Sämtliche 2.131.428 nennwertlose Inhaberstückaktien der Gesellschaft sind voll eingezahlt.

27.1 Stimmrecht, Dividenden- und sonstige Vermögensrechte

Die Rechte des Aktionärs lassen sich in zwei Gruppen einteilen: die Verwaltungs- und die Vermögensrechte.

Zu den Verwaltungsrechten gehören u. a. das Recht zur Teilnahme an der Hauptversammlung der DKM Wertpapierhandelsbank AG sowie das Stimmrecht auf der Hauptversammlung. Das Stimmrecht gibt dem Aktionär das Recht, bei Beschlüssen der Hauptversammlung abzustimmen. Jede Aktie der Gesellschaft gewährt dabei eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht.

Die Vermögensrechte des Aktionärs sind u. a. das Recht auf die Beteiligung am Unternehmensgewinn (Dividende) und das Recht auf den Bezug weiterer Aktien bei einer Kapitalerhöhung (so genanntes Bezugsrecht, siehe § 186 AktG).

Betreffend das Dividendenrecht bestimmen sich die Anteile der Aktionäre am Unternehmensgewinn nach ihren Anteilen am Grundkapital. Ob und in welcher Höhe eine Dividende gezahlt wird, entscheidet die Hauptversammlung durch Beschluss. Der Anspruch auf Auszahlung der Dividende wird mit dem Beschluss der Hauptversammlung fällig und verjährt 3 Jahre nach Fälligkeit zugunsten der Gesellschaft. Die Hauptversammlung beschließt über die Höhe der Dividende auf Vorschlag des Vorstands der DKM Wertpapierhandelsbank AG. Die 1.988.571 noch zum Handel am Regierten Markt zuzulassenden Aktien der Gesellschaft sind ab dem 1. Januar 2006 dividendenberechtigt. Für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 wurde keine Dividende ausgeschüttet. Für das Geschäftsjahr 2006 kann noch keine Aussage getroffen werden.

Gemäß § 58 Abs. 4 AktG haben die Aktionäre Anspruch auf den Bilanzgewinn, soweit er nicht nach Gesetz oder Satzung, durch Hauptversammlungsbeschluss nach § 58 Abs. 3 AktG oder als zusätzlicher Aufwand auf Grund des Gewinnverwendungsbeschlusses von der Verteilung an die Aktionäre ausgeschlossen ist. Bei Ausgabe neuer Aktien kann der Beginn der Gewinnbeteiligung abweichend von § 60 Abs. 2 AktG festgesetzt werden.

Die Aktien der Gesellschaft werden im Clearing-System verwahrt. Dividenden, soweit solche ausgeschüttet werden, werden daher nach den Regeln dieses Clearing-Systems ausgezahlt.

Das Bezugsrecht dient dem Schutz des Aktionärs vor Verwässerung seiner Stimm- und Vermögensrechte. Jeder Aktionär der Gesellschaft hat bei Kapitalerhöhungen gemäß § 186 AktG ein Recht auf den Bezug neuer Aktien in dem Verhältnis, in dem er alte Aktien besitzt (Bezugsrecht), sofern es im Beschluss über die Kapitalerhöhung nicht ausgeschlossen wird. Das Bezugsrecht wird durch die so genannte Bezugserklärung des Anlegers, die neuen Aktien erwerben zu wollen, ausgeübt (vgl. § 198 Abs. 1 AktG). Der Aktionär kann seine Bezugsrechte – sofern sie von ihm nicht ausgeübt werden – grundsätzlich veräußern bzw. Bezugsrechte anderer Aktionäre erwerben. Das Bezugsrecht verfällt, wenn es nicht oder nicht rechtzeitig ausgeübt wird. Auf die dadurch frei werdenden neuen Aktien haben die übrigen Aktionäre kein Bezugsrecht.

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft wird das nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen im Rahmen der Abwicklung an die Aktionäre verteilt (Recht auf den Liquidationserlös, § 271 AktG). Das Recht auf den Liquidationserlös bedeutet das Recht auf das nach Befriedigung der Gläubiger noch verbleibende Vermögen der Gesellschaft.

Näheres regeln das Aktiengesetz und die Satzung der Gesellschaft.

27.2 Form der Aktienurkunden, Verbriefung

Die Bestimmungen über Form und Inhalt der Aktienurkunden sowie von Zwischen-, Gewinnanteil- und Erneuerungsscheinen trifft der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates. Die Gesellschaft kann einzelne Aktien in Aktienurkunden zusammenfassen, die eine Mehrzahl von Aktien verbrieften (Globalaktien, Globalurkunden). Der Anspruch des Aktionärs auf Einzelverbriefung seines Anteils ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist und nicht eine Verbriefung nach den Regelungen einer Wertpapierbörse, an der die Aktien zum Handel zugelassen sind, erforderlich ist.

Die DKM Wertpapierhandelsbank AG hat zwei Globalurkunden über 142.857 Stück bzw. 1.988.571 Stück nennwertlose Inhaberstückaktien bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstrasse 1, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt. Bei den Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG handelt es sich um Inhaberaktien.

27.3 Veräußerungsverbote, Übertragbarkeit

Bei den Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG handelt es sich um auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien. Die Inhaberaktien können als so genannte Inhaberpapiere nach den allgemeinen Grundsätzen des Bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts formlos und frei von Zustimmungserfordernissen der Gesellschaft übertragen werden. Die Inhaberaktien werden mithin wie bewegliche Sachen durch Einigung und Übergabe übereignet. Beschränkungen bezüglich der Fungibilität bestehen nicht.

Die Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG sollen in die Notierung im Geregelten Markt der Wertpapierbörsen Düsseldorf und Frankfurt einbezogen werden. Einschränkungen der Handelbarkeit bestehen nicht.

27.4 Wertpapierkennnummer, International Security Identification Number, Börsenkürzel

142.857 Stück Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG werden aktuell bereits im Geregelten Markt der Wertpapierbörsen Düsseldorf und Frankfurt gehandelt:

ISIN:	DE000A0EKK20
WKN:	A0EKK2
Börsenkürzel:	SHB3
Anzahl Aktien:	Stück 142.857

Die bisher nicht börsennotierten 1.988.571 Stück Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital in Höhe von EUR 1,00 sind alle voll eingezahlt und befinden sich Eigentum der Aktionäre der DKM Wertpapierhandelsbank AG. Sie sollen in den Geregelten Markt der Wertpapierbörsen Düsseldorf und Frankfurt einbezogen werden.

ISIN:	DE0005532899
WKN:	553289
Anzahl Aktien:	1.988.571 Stück

27.5 Börsenzulassung und Notierungsaufnahme

Der Antrag auf Einbeziehung der 1.988.571 Aktien in den Geregelten Markt der Wertpapierbörsen Düsseldorf und Frankfurt wird voraussichtlich bis zum 30. Januar 2007 gestellt. Die Handlungsaufnahme der Aktien ist bis spätestens zum 15. Februar 2007 geplant.

28. Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Im folgenden Abschnitt „Besteuerung in Deutschland“ werden die Besteuerungsgrundsätze beschrieben, die für den Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG von Bedeutung sein können. Die nachfolgenden Anmerkungen stellen kein abschließendes steuerrechtliches Gutachten zu dieser Thematik dar. Die Darstellung beruht auf dem am Tag der Ausgabe dieses Wertpapierprospekts geltenden deutschen Steuerrecht sowie der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen. Es wird darauf hingewiesen, dass eine u. U. auch rückwirkende Änderung der Rechtslage jederzeit möglich ist.

Personen, die an dem Erwerb von Aktien der DKM Wertpapierhandelsbank AG interessiert sind, sollten in jedem Fall ihren Steuerberater zu den steuerlichen Auswirkungen des Erwerbs,

des Haltens, der Veräußerung, der Schenkung oder Vererbung von Aktien konsultieren. Gleiches gilt für die bei der Rückerstattung von zunächst einbehaltener Kapitalertragsteuer geltenden Regeln. Besonderheiten des jeweiligen Aktionärs können nur im Rahmen einer individuellen Steuerberatung in ausreichender Weise steuerlich berücksichtigt werden. Die DKM Wertpapierhandelsbank AG ist nicht verantwortlich für eine ordnungsgemäße Versteuerung von Dividendeneinkünften der Anleger bzw. für eine Einbehaltung für in Zusammenhang mit dem Erwerb oder Verkauf ihrer Aktien anfallende Steuern.

28.1 Besteuerung von Dividendeneinkünften

28.1.1 Kapitalertragsteuer

Bei der Auszahlung einer Dividende muss die DKM Wertpapierhandelsbank AG grundsätzlich Kapitalertragsteuer in Höhe von 20 % zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % darauf (insgesamt 21,1 %) einbehalten. Im Gegensatz dazu sind Dividendenzahlungen, die aus dem steuerlichen Einlagekonto der Gesellschaft finanziert werden, nicht kapitalertragsteuerpflichtig.

Die Depotbank kann für in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige Aktionäre durch Sammelantrag die Erstattung der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags beantragen und an die Aktionäre auszahlen, wenn diese Aktionäre ihrer inländischen Depotbank eine Nichtveranlagungsbescheinigung ihres Sitz- oder Wohnsitzfinanzamtes vorgelegt haben. Gleiches gilt, wenn der unbeschränkt steuerpflichtige Aktionär, der die Aktien in seinem Privatvermögen hält, der Depotbank einen Freistellungsauftrag eingereicht hat und das darin zulässigerweise genannte Freistellungsvolumen nicht bereits verbraucht ist.

Die Einbehaltung und Abführung der Kapitalertragsteuer sind unabhängig davon, in welcher Höhe die Dividendenzahlung beim Anteilseigner steuerlich zu berücksichtigen ist. Ebenso unerheblich ist der Wohnsitz des Aktionärs.

Sowohl bei Anlegern mit Wohnsitz, gewöhnlichem Aufenthalt, Geschäftsleitung oder Sitz in Deutschland als auch bei im Ausland ansässigen Anlegern, die ihre Anteile über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, halten, wird die einbehaltene Kapitalertragsteuer auf die persönliche Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet. Soweit die einbehaltene Kapitalertragsteuer die persönliche Steuerschuld übersteigt, wird sie erstattet. Entsprechendes gilt für den Solidaritätszuschlag.

Wenn zwischen Deutschland und dem Herkunftsstaat des Anlegers ein entsprechendes Doppelbesteuerungsabkommen besteht und der Anleger die Anteile nicht über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, hält, gilt bei Dividendenzahlungen an ausländische Anleger ein ermäßigter Kapitalertragsteuersatz (in der Regel 15 %). Dabei wird der Differenzbetrag zwi-

schen der in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe einbehaltenen Kapitalertragsteuer (einschl. des Solidaritätszuschlags) und der Steuerschuld, die sich aus dem Steuersatz im jeweiligen Abkommen ergibt (in der Regel 15 %), auf Antrag vom Bundeszentralamt für Steuern, An der Kuppe 1, 53225 Bonn, erstattet. Antragsformulare sind beim Bundesministerium der Finanzen sowie deutschen Botschaften und Konsulaten erhältlich.

28.1.2 In Deutschland ansässige Anleger

Bei in Deutschland ansässigen Anlegern, die ihre Aktien im Privatvermögen halten, wird lediglich die Hälfte der Dividendeneinnahmen bei der Bemessungsgrundlage berücksichtigt (so genanntes Halbeinkünfteverfahren). Dieser Teil der Dividendenzahlungen wird dann entsprechend dem jeweiligen, progressiv ansteigenden Einkommensteuersatz des Aktionärs zuzüglich Solidaritätszuschlag versteuert. Es kann folglich auch nur die Hälfte der mit den Dividenden in Zusammenhang stehenden Werbungskosten steuerlich berücksichtigt werden.

Dividendenzahlungen, die aus dem steuerlichen Einlagekonto der Gesellschaft finanziert werden, unterliegen bei Anlegern, die ihre Anteile im Privatvermögen halten, nur der Einkommensteuer, wenn (i) der Anleger oder – im Fall eines unentgeltlichen Erwerbs – sein Rechtsvorgänger zu einem beliebigen Zeitpunkt innerhalb von fünf Jahren vor der Dividendenzahlung aus dem steuerlichen Einlagekonto der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 1 % am Kapital der Gesellschaft beteiligt war und (ii) soweit die aus dem steuerlichen Einlagekonto der Gesellschaft stammenden Dividendenzahlungen die Anschaffungskosten der Aktien übersteigen.

Anleger, die ihre Aktien im Privatvermögen halten, erhalten einen Sparerfreibetrag für ihre gesamten Einkünfte aus Kapitalvermögen in Höhe von zur Zeit jährlich EUR 1.370 (bzw. EUR 2.740 bei zusammen veranlagten Ehegatten). Darüber hinaus wird eine jährliche Werbungskostenpauschale in Höhe von EUR 51 (bzw. EUR 102 bei zusammen veranlagten Ehegatten) gewährt, es sei denn höhere Werbungskosten werden nachgewiesen. Dividendeneinkünfte werden somit nur in der Höhe besteuert, in der der nicht steuerbefreite Anteil und die sonstigen Einkünfte aus Kapitalvermögen abzüglich der tatsächlich angefallenen bzw. pauschalisierten Werbungskosten den Sparerfreibetrag übersteigen.

Bei Anteilen, die im Betriebsvermögen gehalten werden, richtet sich die Besteuerung danach, ob der Anleger ein Einzelunternehmer, eine Personengesellschaft oder eine Kapitalgesellschaft ist:

- (a) Dividendenzahlungen sind bei Kapitalgesellschaften grundsätzlich von der Körperschaftsteuer befreit. Als Ausgaben gelten jedoch 5 % der steuerfreien Dividendeneinnahmen, die steuerlich nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden dürfen. Sie sind somit im Ergebnis steuerpflichtig. Die Abzugsfähigkeit tatsächlich entstandener Be-

triebsausgaben, die im Zusammenhang mit den Anteilen stehen, ist hingegen nicht deswegen eingeschränkt, weil die Ausgaben mit steuerfreien Einnahmen im Zusammenhang stehen. 95 % der steuerfreien Dividendeneinnahmen sind für die Ermittlung der gewerbsteuerlichen Bemessungsgrundlage wieder hinzuzurechnen, es sei denn, die Kapitalgesellschaft als Anlegerin ist zu Beginn des Erhebungszeitraums zu mindestens 10 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Dividendenzahlungen, die aus dem steuerlichen Einlagekonto der Gesellschaft finanziert werden, unterliegen nur insoweit der Körperschaft- und Gewerbesteuer, als die aus dem steuerlichen Einlagekonto der Gesellschaft stammenden Dividendenzahlungen die Anschaffungskosten der Aktien überschreiten. Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds sind unten beschrieben.

- (b) Dividendenzahlungen werden bei Einzelunternehmern zur Hälfte besteuert. Steuerlich abzugsfähig ist daher auch nur die Hälfte der mit den Dividendeneinnahmen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben (vorbehaltlich sonstiger Abzugsbeschränkungen). Die Dividenden sind gewerbsteuerpflichtig, sofern der Aktionär selbst der Gewerbesteuer unterliegt und zu Beginn des Erhebungszeitraums nicht zu mindestens 10 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt ist. Abhängig von der Höhe des kommunalen Gewerbesteuersatzes und der persönlichen Besteuerungsverhältnisse wird die Gewerbesteuer jedoch - vollständig oder teilweise - auf die Einkommensteuer des Anlegers angerechnet. Dividendenzahlungen, die aus dem steuerlichen Einlagekonto der Gesellschaft finanziert werden, unterliegen nur insoweit der Einkommen- und Gewerbesteuer, als die aus dem steuerlichen Einlagekonto der Gesellschaft stammenden Dividendenzahlungen die Anschaffungskosten der Aktien überschreiten.
- (c) Bei Personengesellschaften, welche die Aktien halten, fällt Einkommen- oder Körperschaftsteuer lediglich auf der Ebene der Gesellschafter an. Bei körperschaftsteuerpflichtigen Gesellschaftern ist die Dividendenzahlung grundsätzlich steuerbefreit (siehe oben (a)). Ist der Gesellschafter hingegen einkommensteuerpflichtig, so wird die Hälfte der Dividende besteuert. Hinsichtlich der Abziehbarkeit von Betriebsausgaben gilt für körperschaftsteuerpflichtige Gesellschafter das oben unter (a) Ausgeführte und für einkommensteuerpflichtige Gesellschafter das oben unter (b) Ausgeführte. Gewerbesteuer auf die gesamte Dividendenzahlung fällt auf der Ebene der Personengesellschaft an, wenn diese gewerbsteuerpflichtig ist und nicht zu Beginn des Erhebungszeitraums zu mindestens 10 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt ist. Soweit natürliche Personen an der Personengesellschaft beteiligt sind, wird die Gewerbesteuer jedoch – abhängig von der Höhe des kommunalen Gewerbesteuersatzes und der persönlichen Besteuerungsverhältnisse – vollständig oder teilweise auf ihre Einkommenssteuer angerechnet. Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungs-

stitut, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds sind unten beschrieben.

28.1.3 Außerhalb von Deutschland ansässige Anleger

Bei ausländischen Anlegern, die die Anteile über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, halten, gilt das oben in Bezug auf in Deutschland ansässige Anleger Dargestellte entsprechend.

Für andere ausländische Anleger hingegen, die die Anteile nicht über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, halten, ist die Steuerpflicht mit der Einbehaltung der (möglicherweise über entsprechende Doppelbesteuerungsabkommen reduzierten) Kapitalertragsteuer abgegolten.

28.2 Besteuerung von Veräußerungsgewinnen

28.2.1 In Deutschland ansässige Anleger

Für den Fall, dass ein in Deutschland ansässiger Anleger die Aktien innerhalb eines Jahres vor der Veräußerung erworben hat, unterliegt die Hälfte des Gewinns aus der Veräußerung von Aktien, die im Privatvermögen gehalten wurden, der Einkommensteuer mit dem jeweiligen Einkommensteuersatz zuzüglich Solidaritätszuschlag. Gewinne des Anlegers aus privaten Veräußerungsgeschäften im betreffenden Kalenderjahr werden nicht besteuert, wenn sie insgesamt weniger als EUR 512 betragen.

Nach Ablauf der 1-Jahres-Frist unterliegt bei im Privatvermögen gehaltenen Aktien die Hälfte des Veräußerungsgewinns nur dann der Besteuerung, wenn der Veräußerer der Aktien oder – im Fall eines unentgeltlichen Erwerbs – sein Rechtsvorgänger zu einem beliebigen Zeitpunkt innerhalb von fünf Jahren vor der Veräußerung unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 1 % am Kapital der Gesellschaft beteiligt war.

Bei Anteilen, die im Betriebsvermögen gehalten werden, richtet sich die Besteuerung danach, ob der Anleger ein Einzelunternehmer, eine Personengesellschaft oder eine Kapitalgesellschaft ist:

- (a) Bei einer Kapitalgesellschaft als Anlegerin sind Veräußerungsgewinne grundsätzlich körperschafts- und gewerbesteuerfrei. 5 % des Veräußerungsgewinns gelten jedoch als Ausgaben, die steuerlich nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden dürfen. Im Ergebnis sind sie daher zu besteuern. Die Abzugsfähigkeit tatsächlich entstandener Betriebsausgaben, die im Zusammenhang mit den Anteilen stehen, ist nicht deswegen eingeschränkt, weil sie mit steuerfreien Einnahmen im Zusammenhang stehen. Veräußerungsverluste können steuerlich nicht berücksichtigt werden. Besondere Regelungen

für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds sind unten beschrieben.

- (b) Bei Einzelunternehmern ist die Hälfte der Veräußerungsgewinne steuerpflichtig. Steuerlich berücksichtigt werden können daher nur die Hälfte der mit solchen Veräußerungsgewinnen zusammenhängenden Betriebsausgaben sowie nur die Hälfte eventueller Veräußerungsverluste. Die Hälfte der Veräußerungsgewinne ist darüber hinaus gewerbsteuerpflichtig, wenn der Einzelunternehmer gewerbsteuerpflichtig ist. Die Gewerbesteuer wird jedoch – abhängig von der Höhe des kommunalen Gewerbesteuerersatzes und der persönlichen Besteuerungsverhältnisse – vollständig oder teilweise auf die Einkommensteuer des Anlegers angerechnet.
- (c) Die Besteuerung einer Personengesellschaft als Anleger hängt davon ab, ob deren Gesellschafter der Einkommen- oder Körperschaftsteuer unterliegen: Bei Gesellschaftern, die der Körperschaftsteuer unterliegen, sind Veräußerungsgewinne grundsätzlich steuerbefreit (siehe oben a)). Gesellschafter, die der Einkommensteuer unterliegen, haben die Hälfte der Veräußerungsgewinne zu versteuern (siehe oben (b)). Entsprechendes gilt für Gewerbesteuerzwecke in Abhängigkeit vom Gesellschafterbestand der Personengesellschaft. Soweit natürliche Personen an der Personengesellschaft beteiligt sind, wird die Gewerbesteuer jedoch – abhängig von der Höhe des kommunalen Gewerbesteuerersatzes und der persönlichen Besteuerungsverhältnisse – vollständig oder teilweise auf ihre Einkommensteuer angerechnet. Hinsichtlich der Abziehbarkeit von mit Veräußerungsgewinnen zusammenhängenden Betriebsausgaben und Veräußerungsverlusten gilt für körperschaftsteuerpflichtige Gesellschafter das oben unter (a) Ausgeführte und für einkommensteuerpflichtige Gesellschafter das oben unter (b) Ausgeführte. Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds sind unten beschrieben.

28.2.2 Außerhalb von Deutschland ansässige Anleger

Veräußerungsgewinne, die von außerhalb Deutschlands ansässigen Anlegern, die die Anteile nicht über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, halten, erzielt werden, sind in Deutschland nur zu versteuern, wenn der veräußernde Anleger oder – im Fall eines unentgeltlichen Erwerbs – sein Rechtsvorgänger zu einem beliebigen Zeitpunkt innerhalb von fünf Jahren vor der Veräußerung unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 1 % am Kapital der Gesellschaft beteiligt war. In diesem Fall unterliegen 5 % des Veräußerungsgewinns der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag, wenn der Anleger eine Kapitalgesellschaft ist. In allen anderen Fällen ist die Hälfte des Veräußerungsgewinns zu versteuern.

Ein Teil der deutschen Doppelbesteuerungsabkommen sieht hierbei allerdings eine vollständige Freistellung von deutschen Steuern vor und weist das Besteuerungsrecht dem Ansässigkeitsstaat des Anlegers zu.

Für Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, die über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, gehalten wurden, gilt das oben für in Deutschland ansässige Anleger Dargestellte entsprechend.

28.3 Erbschaft- und Schenkungsteuer

Die Übertragung von Aktien im Wege der Erbfolge oder Schenkung wird unter folgenden Voraussetzungen der deutschen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer unterworfen:

- (a) Der Erblasser, der Schenker, der Erbe, der Beschenkte oder ein sonstiger Begünstigter hat seinen Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt, Geschäftsleitung oder Sitz zum Zeitpunkt der Übertragung in Deutschland;
- (b) Die Anteile werden – unabhängig von diesen persönlichen Voraussetzungen – in einem gewerblichen Betriebsvermögen gehalten, für welches in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wird oder ein ständiger Vertreter bestellt ist.

Die wenigen Doppelbesteuerungsabkommen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer, die Deutschland abgeschlossen hat, sehen üblicherweise vor, dass deutsche Erbschaft- oder Schenkungsteuer nur in der Fallgestaltung (a) und mit gewissen Einschränkungen auch in der Fallgestaltung (b) erhoben wird. Sonderregelungen finden Anwendung auf bestimmte außerhalb Deutschlands lebende deutsche Staatsangehörige und ehemalige deutsche Staatsangehörige.

28.4 Andere Steuern

Beim Erwerb, der Veräußerung oder anderen Formen der Übertragung von Aktien fallen keine anderen Steuern (Umsatzsteuer, Kapitalverkehrsteuer etc.) an. Ein Unternehmer kann jedoch für grundsätzlich steuerbefreite Umsätze mit Aktien zur Umsatzsteuer optieren, wenn der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird. Vermögensteuer wird in Deutschland derzeit nicht erhoben.

28.5 Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds

Für Aktien, die bei Kreditinstituten oder Finanzdienstleistungsinstituten gemäß § 1 Abs. 12 Kreditwesengesetz ihrem Handel zuzurechnen sind, findet die üblicherweise für Kapitalgesellschaften geltende Steuerbefreiung bzw. das Halbeinkünfteverfahren sowohl auf Dividendeneinnahmen als auch auf Veräußerungsgewinne bzw. -verluste keine Anwendung, d.h. Di-

videndeneinnahmen und Veräußerungsgewinne unterliegen in vollem Umfang der Körperschaftsteuer. Das gleiche gilt für Aktien, die von Finanzunternehmen im Sinne des Kreditwesengesetzes mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges erworben wurden. Dies gilt ebenso für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Finanzunternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens, soweit sie die Aktien in einer deutschen Betriebsstätte halten. Ebenso findet die üblicherweise für Kapitalgesellschaften geltende Steuerbefreiung sowohl auf Dividendeneinnahmen als auch auf Veräußerungsgewinne bzw. -verluste keine Anwendung auf Aktien, die bei Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen sowie Pensionsfonds den Kapitalanlagen zuzurechnen sind.

28.6 Aktuelle Entwicklung

Mit Beschluss vom 9. März 2004 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass § 23 Abs. 1 S. Nr. 1b Einkommensteuergesetz in der für die Veranlagungszeiträume 1997 und 1998 geltenden Fassung vom 16. April 1997 mit Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz unvereinbar und nichtig ist, soweit er die Veräußerung von Wertpapieren betrifft. Da diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nur die Veranlagungszeiträume 1997 und 1998 betrifft, ist unklar, ob die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen aus Wertpapiergeschäften in Veranlagungszeiträumen ab 1998 ebenfalls verfassungswidrig ist oder zwischenzeitliche Gesetzesänderungen die verfassungswidrige Ungleichbehandlung beseitigt haben.

29. Einsehbare Dokumente

Die in diesem Prospekt genannten Unterlagen, soweit sie die Gesellschaft betreffen, insbesondere

- die Satzung der Gesellschaft,
- die historischen Finanzinformationen der Gesellschaft für die der Veröffentlichung dieses Prospekts vorausgegangenen letzten drei geprüften Geschäftsjahre, d.h. im Einzelnen:
 - Zwischenbericht zum ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2006 nach HGB (Zwischenfinanzinformationen, die keiner Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer unterzogen wurden)
 - Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 nach HGB
 - Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004 nach HGB
 - Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003 nach HGB

sind während der üblichen Geschäftszeiten bei der DKM Wertpapierhandelsbank AG, Immermannstrasse 7, D-40210 Düsseldorf einzusehen. Auch künftige Geschäfts- und Zwischenberichte der Gesellschaft werden bei der Gesellschaft bereitgehalten. Eine Einsichtnahme in die zuvor genannten Unterlagen ist während der Gültigkeitsdauer dieses Wertpapierprospekts möglich.

30. Finanzteil

30.1 Zwischenbericht zum ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2006 nach HGB (Zwischenfinanzinformationen nach HGB, die keiner Prüfung und keiner prüferischen Durchsicht durch einen Wirtschaftsprüfer unterzogen wurden)

Die Gesellschaft weist darauf hin, dass dieser Zwischenbericht zum ersten Halbjahr 2006 nach HGB und damit nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen erstellt wurde wie der letzte von einem Wirtschaftsprüfer geprüfte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005. Dieser Zwischenbericht enthält Zwischenfinanzinformationen, die keiner Prüfung und keiner prüferischen Durchsicht durch einen Wirtschaftsprüfer unterzogen wurden. Etwaige Wahlrechte wurden unverändert angewendet.

30.1.1 Bilanz für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2006 (Zwischenbilanz, die keiner Prüfung und keiner prüferischen Durchsicht durch einen Wirtschaftsprüfer unterzogen wurde)

DKM Wertpapierhandelsbank AG		Bilanz	
Aktiva	30.06.2006 TEUR	30.06.2005 TEUR	
1. Barreserve: Kassenbestand	0	0	
2. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	262	1.057	
b) andere Forderungen	31	33	
	<u>293</u>	<u>1.090</u>	
3. Forderungen an Kunden	5	0	
4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.915	762	
5. Beteiligungen	0	0	
6. Anteile an assoziierten Unternehmen	0	0	
7. Treuhandvermögen	21	64	
8. Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	
9. Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	
10. Immaterielle Anlagewerte	38	52	
11. Sachanlagen	140	150	
12. Sonstige Vermögensgegenstände	633	162	
13. Rechnungsabgrenzungsposten	59	52	
14. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	
	6.104	2.332	

Passiva		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) täglich fällig	651	0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>0</u>	<u>0</u>
	651	0
2. Treuhandverbindlichkeiten	21	64
3. Sonstige Verbindlichkeiten	179	133
4. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
5. Rückstellungen		
a) Rückstellungen für Pensionen u. andere Verpflichtungen	97	92
b) Steuerrückstellungen	358	0
c) andere Rückstellungen	<u>407</u>	<u>423</u>
	862	515
6. Nachrangige Verbindlichkeiten	650	650
7. Eigenkapital		
a) gezeichnetes Kapital	2.131	2.131
b) Kapitalrücklage	0	0
c) Verlustvortrag	-866	-4.234
d) Jahresüberschuss	2.476	3.073
8. nicht gedeckter Fehlbetrag	0	0
9. sonstige Passiva	0	0
	6.104	2.332

**30.1.2 Gewinn- und Verlustrechnung für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2006
(die keiner Prüfung und keiner prüferischen Durchsicht durch einen Wirtschaftsprüfer unterzogen wurde)**

DKM Wertpapierhandelsbank AG	Gewinn- und Verlustrechnung	
für die Zeit vom 1.1. bis 30.6.2006 in TEUR	30.06.2006	30.06.2005
1. Zinsergebnis	22	36
2. Erträge aus Aktien, anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen	379	19
3. Ergebnis aus Provisionen	1.837	330
4. Finanzgeschäfte		
Erträge aus Wertpapieren und Kursdifferenzen	10.433	1.699
Aufwand aus Wertpapieren und Kursdifferenzen	-8.300	-1.237
Ergebnis aus Finanzgeschäften	2.133	462
5. Bruttoergebnis	4.371	847
6. Sonstige betriebliche Erträge	383	74
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
Personal: Löhne und Gehälter	-967	-356
Personal: Sozialabgaben und Altersversorgung	-81	-44
Andere Verwaltungsaufwendungen	-741	-593
Summe allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-1.789	-993
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-43	-37
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4	-18
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0	0
11. Erträge aus der Zuschreibung zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere	0	0
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	2.918	-127
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	442	3
14. Sonstige Steuern	0	0
15. Ertrag aus Kapitalherabsetzung	0	3.197
16. Halbjahresgewinn	2.476	3.073
17. Verlustvortrag/Gewinnvortrag aus Vorjahr	-866	-4.234
18. Ausschüttung	0	0
19. Bilanzgewinn/-verlust (-)	1.610	-1.161

30.1.3 Zwischenbericht für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2006

DKM Wertpapierhandelsbank AG

Zwischenbericht zum 1. Halbjahr 2006

1. Januar bis 30. Juni 2006

Im ersten Halbjahr 2006 haben sich die Erträge sehr positiv entwickelt, alle Geschäftsbereiche haben einen positiven Beitrag zum Ergebnis geleistet. Die Kostenseite beinhaltet vor allem einen Anstieg der Personalaufwendungen sowie ausgelöst durch die wieder steigende Mitarbeiterzahl erhöhte andere Verwaltungsaufwendungen.

Der Fondshandel hat sich weiter positiv entwickelt, hier hat die zunehmende Akzeptanz der Anleger für diese Handelsform Impulse verliehen. Die Aufnahme des Fondshandels an der Börse Frankfurt, bei dem die Gesellschaft nicht als Skontroführer involviert ist, hat bisher keine erkennbare Auswirkung auf das Geschäft gehabt. Die Gesellschaft geht davon aus, dass dieser Geschäftsbereich auch zukünftig absolut wachsen wird.

Seit Februar 2006 hat die Gesellschaft die komplette Aktienskontroführung am Börsenplatz Düsseldorf übernommen. Auch dieser Bereich erwirtschaftete vom ersten Tag an positive Ergebnisbeiträge.

Trotz verstärkter Neuemissionstätigkeit am deutschen Aktienmarkt hat der Pre- IPO Handel bei weitem noch nicht die Bedeutung früherer Jahre erreicht. Daher hat dieser Handel nur einen geringen Ergebnisbeitrag geliefert.

Der Aufsichtsrat und das Vorstandsmitglied Bernd Logen einigten sich im März auf eine einvernehmliche Vertragsauflösung. Die angefallenen Personalaufwendungen in diesem Bereich sind uns durch Ausgleichsgewährung durch ein dem Großaktionär nahestehendes Unternehmen erstattet worden und als sonstige betriebliche Erträge ausgewiesen.

Das Bruttoergebnis der Gesellschaft für das 1. Halbjahr 2006 betrug TEUR 4.371 (VJ. TEUR 847). Die Provisionserträge stiegen ebenso kräftig auf TEUR 1.837 (TEUR 330) wie das Ergebnis aus Finanzgeschäften mit nun TEUR 2.133 nach TEUR 462 zum Vorjahresvergleichszeitraum.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im 1. Halbjahr 2006 auf TEUR 741 (TEUR 593), die Personalkosten stiegen um TEUR 611 auf TEUR 967 (TEUR 356). Als sonstige betriebliche Erträge fielen TEUR 383 nach TEUR 74 an.

Abschreibungen auf Sachanlagen wurden in Höhe von TEUR 43 (TEUR 37) vorgenommen.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit erreichte TEUR 2.918 (untestiert) nach TEUR minus 127 . Das Halbjahresergebnis, in dem eine Steuerbelastung von TEUR 442 enthalten ist, verringerte sich auf TEUR 2.476 (TEUR 3.073). Im Vorjahreszeitraum war jedoch der Ertrag aus der Anfang 2005 durchgeführten Kapitalherabsetzung in Höhe von TEUR 3.197 enthalten.

Der untestierte Bilanzgewinn zum ersten Halbjahr beläuft sich auf TEUR 1.610 , im Vorjahreszeitraum wurde noch ein Verlust von – TEUR 1.161 verzeichnet.

Die nachhaltige Ergebniswende hat den Vorstand der Gesellschaft dazu veranlasst, die aus Kostengründen bisher nicht durchgeführte Börseneinführung der aktuell nicht notierten Aktien der Gesellschaft aus vorhergegangenen Kapitalerhöhungen nun zu realisieren. Dazu hat die Gesellschaft die vorbereitenden Arbeiten in Auftrag gegeben.

DKM Wertpapierhandelsbank AG

Der Vorstand

30.2 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 nach HGB

30.2.1 Bilanz zum 31. Dezember 2005

Blatt 1

BILANZ							
DKM Wertpapierhandelsbank AG Düsseldorf							
zum							
31. Dezember 2005							
AKTIVA				PASSIVA			
	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Barreserve				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) Kassenbestand		141,76	244,92	a) täglich fällig	123.442,05		0,00
2. Forderungen an Kreditinstitute				b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>10.285.614,33</u>	10.409.056,38	0,00
a) täglich fällig	1.305.550,52		96.916,11	2. Treuhandverbindlichkeiten		15.008,25	71.514,57
b) andere Forderungen	<u>33.134,89</u>	1.338.685,41	<u>33.134,89</u>	3. Sonstige Verbindlichkeiten		218.061,23	204.379,28
			130.051,00	4. Rückstellungen			
3. Forderungen an Kunden		45.787,64	0,00	a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	97.303,00		92.142,00
4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		10.842.607,60	382.008,20	b) andere Rückstellungen	<u>400.118,33</u>	497.421,33	<u>465.423,98</u>
5. Beteiligungen		1,00	2,00	5. Nachrangige Verbindlichkeiten		650.000,00	650.000,00
6. Anteile an verbundenen Unternehmen		0,00	1,00	6. Eigenkapital		2.131.428,00	3.730.000,00
- darunter: an Kreditinstitute Euro 0,00 (Euro 1,00)				a) gezeichnetes Kapital		1,00	0,00
7. Treuhandvermögen		15.008,25	71.514,57	b) Kapitalrücklage		866.436,60-	4.234.002,62-
8. Immaterielle Anlagewerte		44.536,00	33.118,00	c) Bilanzverlust			
9. Sachanlagen		126.802,49	179.714,49	nicht gedeckter Fehlbetrag		0,00	504.002,62
10. Sonstige Vermögensgegenstände		623.415,49	166.334,53				
11. Rechnungsabgrenzungsposten		17.553,95	16.468,50				
Übertrag		<u>13.054.539,59</u>	<u>979.457,21</u>	Übertrag		<u>13.054.539,59</u>	<u>1.483.459,83</u>

BILANZ

DKM Wertpapierhandelsbank AG
Düsseldorf

zum

31. Dezember 2005

AKTIVA

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag		13.054.539,59	979.457,21	Übertrag		13.054.539,59	1.483.459,83
12. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	504.002,62				
		<u>13.054.539,59</u>	<u>1.483.459,83</u>			<u>13.054.539,59</u>	<u>1.483.459,83</u>

30.2.2 Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2005

DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005

	2 0 0 5			Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	18.720,88			10
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>122.526,53</u>			<u>138</u>
2. Zinsaufwendungen		141.247,41		148
		<u>-77.739,71</u>		<u>-94</u>
			63.507,70	54
3. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			32.505,54	54
4. Provisionserträge		1.492.260,78		1.756
davon:				
Courtageerträge: EUR 1.385.109,29 (Vorjahr: TEUR 1.554)				
5. Provisionsaufwendungen		-370.815,02		-951
davon:				
Courtageaufwendungen: EUR 336.332,78 (Vorjahr: TEUR 709)				
Provisionsergebnis			<u>1.121.445,76</u>	<u>805</u>
6a. Ertrag aus Finanzgeschäften				
davon:				
aa) Wertpapiere	1.238.795,94			1.852
ab) Futures	18.075,00			164
ac) Optionen	0,00			11
ad) Kursdifferenzen aus Aufgabengeschäften	<u>3.146.529,22</u>			<u>2.250</u>
		4.403.400,16		4.277
6b. Aufwand aus Finanzgeschäften				
davon:				
aa) Wertpapiere	-1.846.528,76			-1.768
ab) Futures	-28.410,00			-151
ac) Optionen	0,00			-7
ad) Kursdifferenzen aus Aufgabengeschäften	<u>-1.597.851,32</u>			<u>-1.861</u>
		<u>-3.472.790,08</u>		<u>-3.787</u>
Ergebnis aus Finanzgeschäften			930.610,08	490
7. Sonstige betriebliche Erträge			748.953,97	1.022
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-1.187.490,75			-841
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>-97.367,38</u>			<u>-132</u>
darunter: für Altersversorgung: EUR 5.161,00 (Vorjahr: TEUR 14)		-1.284.858,13		-973
b) Andere Verwaltungsaufwendungen		<u>-1.346.103,71</u>		<u>-1.671</u>
			-2.630.961,84	-2.644
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-76.578,44	-86
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-22.586,70	-589
-. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00	-755

11. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		166.896,07	-1.649
- Ausserordentliche Aufwendungen		0,00	-1
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	3.250,20		0
13. Sonstige Steuern	<u>277,75</u>		<u>0</u>
		3.527,95	0
14. Jahresfehlbetrag		170.424,02	-1.650
15. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-4.234.002,62	-2.584
16. Ertrag aus der Kapitalherabsetzung		3.197.143,00	0
17. Einstellung in die Kapitalrücklage		-1,00	0
18. Bilanzverlust		<u>-866.436,60</u>	<u>-4.234</u>

30.2.3 Anhang für das Geschäftsjahr 2005

Anhang der DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf,

für das Geschäftsjahr 2005

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 der DKM Wertpapierhandelsbank AG wurde nach den allgemeinen Vorschriften des HGB, des AktG sowie nach der für Kreditinstitute und für Finanzdienstleistungsinstitute geltenden Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend § 2 RechKredV nach Formblatt 1 und 3. Vom Wahlrecht des § 265 Abs. 8 HGB wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit Gebrauch gemacht.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1. Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Geschäfte in **fremder Währung** wurden im Geschäftsjahr 2005 in geringfügigem Umfang zur Abwicklung von kundeninduzierten Wertpapiergeschäften getätigt. Die Währungsumrechnung erfolgte gemäß § 340 h HGB. Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände, die zum Bilanzstichtag auf Fremdwährung lauten, beträgt TEUR 3.

Forderungen an Kreditinstitute und **an Kunden** sind mit dem Nennwert ausgewiesen.

Die im Bestand befindlichen **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind dem Handelsbestand zugeordnet und unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bilanziert. Als Anschaffungskosten wurden dabei die gewichteten, durchschnittlichen Anschaffungskosten herangezogen. Die Bewertung der börsennotierten Wertpapiere erfolgte mit den Jahresschlusskursen in absteigender Folge der liquidesten Märkte. Unter den Aktien und andere festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesene Fondsanteile an der grundbesitz-invest, für die zum Bilanzstichtag die Ausgabe und Rücknahme ausgesetzt war, wurden mit dem Rücknahmepreis bei Wiedereröffnung des Fonds zum 3. März 2006 bewertet. Die nicht börsennotierten Wertpapiere wurden mit den letzten Geldkursen im außerbörslichen Telefonhandel bewertet, soweit nicht ein niedrigerer Ansatz angezeigt war.

Die **Beteiligungen** werden zu Anschaffungskosten bzw. mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Immaterielle Anlagewerte und **Sachanlagen** wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger, nutzungsbedingter Abschreibungen bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear mit den steuerlich zulässigen Sätzen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert angesetzt. Die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen wurden mit dem Deckungskapital gemäß Schreiben der Versicherung bilanziert.

Die **Verbindlichkeiten** wurden zu Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Teilwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 6 % angesetzt. Bei der Berechnung wurden die Richttafeln 2005 G zu Grunde gelegt.

Die **anderen Rückstellungen** wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Sie sind mit dem vorsichtig geschätzten Erfüllungsbetrag bewertet.

2. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG und § 285 Nr. 16 HGB

Vorstand und Aufsichtsrat haben letztmals im Dezember 2004 erklärt, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit wenigen Ausnahmen entsprochen wird. Diese sind auf der Internetseite der Gesellschaft veröffentlicht und abrufbar. Die Abgabe und Veröffentlichung einer neuen Entsprechenserklärung ist in Vorbereitung.

3. Aufstellung des Konzernabschlusses

Die Gesellschaft war gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, Hamburg, an der sie 69 % der Anteile hielt. Die Anteile an dieser Gesellschaft wurden 2005 wirksam veräußert. Eine Konzernrechnungslegungspflicht besteht nicht.

C. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

1. Fristengliederung

Die **anderen Forderungen an Kreditinstitute** in Höhe von TEUR 33 haben eine Restlaufzeit von mehr als drei Monaten bis ein Jahr.

Die **Forderungen an Kunden** in Höhe von TEUR 46 haben eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist haben in Höhe von TEUR 10.286 eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten.

2. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten im Wesentlichen Provisionsforderungen (TEUR 43).

3. Wertpapiere

Für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Wertpapiere ergibt sich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 RechKredV folgende Aufgliederung:

	Buchwert TEUR	davon börsen- notiert TEUR	davon nicht börsen- notiert TEUR
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	10.843	10.710	133
Beteiligungen	0	0	0
	<u>10.843</u>	<u>10.710</u>	<u>133</u>

4. Anteilsbesitz

Für den Anteilsbesitz per 31. Dezember 2005 wurde jeweils der letzte vorliegende Jahresabschluss der Gesellschaft erfasst:

	Beteiligungs- quote %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR	Jahres- abschluss per	Buchwert zum 31.12.2005 TEUR
econia AG, Köln	13,1	1.276	-2.829	31.12.2001	0

Die econia AG, Köln, befindet sich im Zeitpunkt der Aufstellung des Anteilsbesitzes im Insolvenzverfahren.

Aufgrund der Vereinbarungen vom 21. Februar 2003 stehen eventuelle Veräußerungserlöse aus dem Verkauf der Beteiligung den Gläubigerbanken zu, die Forderungsverzichte ausgesprochen haben.

Die Premium Food Systems AG, Unna, und die Silicon Vision AG, Moritzburg, wurden im Berichtsjahr nach Auflösung beider Gesellschaften im Jahr 2004 ausgebucht. Die Löschung der Gesellschaften ist im Handelsregister eingetragen.

Die Beteiligungen an der NEVAG neue energie verbund AG, Wiesbaden, und an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, Hamburg, wurden in 2005 veräußert.

Entsprechend wurden die Gesellschaften aus obiger Aufstellung entfernt.

5. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:

	<u>Anschaffungs-/Herstellungskosten</u>			
	Stand am 1.1.2005 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Stand am 31.12.2005 TEUR
Beteiligungen	0	0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	755	0	755	0
Immaterielle Anlagewerte	139	32	0	171
Sachanlagen	1.615	15	25	1.605
	<u>2.509</u>	<u>47</u>	<u>780</u>	<u>1.776</u>

	Abschrei- bungen 2005 TEUR	Kumulierte Abschrei- bungen TEUR	Buchwert am 31.12.2005 TEUR
	Beteiligungen	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0
Immaterielle Anlagewerte	20	126	45
Sachanlagen	56	1.478	127
	<u>76</u>	<u>1.604</u>	<u>172</u>

Die Sachanlagen dienen in voller Höhe dem eigenen Geschäftsbetrieb.

6. Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Das Treuhandvermögen besteht aus Anzahlungen zum Kauf von Wertpapieren, die VL-Sparer im Zusammenhang zwischen den von diesen und der Gesellschaft geschlossenen Wertpapier-Sparverträgen für vermögenswirksame Leistungen auf das Treuhandkonto eingezahlt haben.

7. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 623 enthalten im Wesentlichen Forderungen an nahe stehende Unternehmen (TEUR 516) und Forderungen aus Mitarbeiterdarlehen (TEUR 61).

8. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 218 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 131 Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt sowie mit TEUR 80 offene Rechnungen aus Lieferungen.

9. Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen in Höhe von TEUR 400 entfallen im Wesentlichen mit TEUR 199 auf die BaFin-Umlagen, mit TEUR 55 auf Jahresabschluss- und Prüfungskosten, mit TEUR 40 auf Börseneinführungskosten und mit TEUR 30 auf Tantiemerückstellungen.

10. Nachrangige Verbindlichkeit

In der Vereinbarung vom 7./11. Juli 2003 über die Begründung von Ergänzungskapital i.S.v. § 10 Abs. 2 b KWG wurde vereinbart, dass ein nachrangiges Darlehen in Höhe von TEUR 650 zur Verfügung gestellt wird, das den Anforderungen des § 10 Abs. 5 a KWG entspricht.

Aufwendungen für das nachrangige Darlehen sind nicht angefallen, da dieses zinslos gewährt wird.

Der Gläubiger der nachrangigen Verbindlichkeit tritt mit seinem Anspruch auf Rückzahlung der Gläubigerforderung im Rang hinter die Forderungen aller bestehenden und künftigen Gläubiger der DKM Wertpapierhandelsbank AG zurück. Im Falle des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der DKM Wertpapierhandelsbank AG oder deren Liquidation kann der Gläubiger die Erfüllung dieses Anspruchs nur nach der Befriedigung aller anderen, nicht nachrangigen Gesellschaftsgläubiger verlangen.

Die Gläubigerforderung wird der DKM Wertpapierhandelsbank AG fest für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ab Unterzeichnung dieser Vereinbarung zur Verfügung gestellt. Nach Ablauf des vorbezeichneten Zeitraums werden sich die DKM Wertpapierhandelsbank AG und der Gläubiger einvernehmlich über die Rückzahlung der Gläubigerforderung verständigen. Der Gläubiger ist nicht berechtigt, diese Vereinbarung zu kündigen.

Eine Beschränkung des Nachrangs sowie eine Verkürzung der Laufzeit im Wege einer nachträglichen Änderung der Vereinbarung ist ausgeschlossen. Der DKM Wertpapierhandelsbank AG ist eine vorzeitige Rückerstattung der Gläubigerforderung ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht der Nominalbetrag der Gläubigerforderung in Höhe von EUR 650.000,00 durch Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist.

Die Aufrechnung der Gläubigerforderung gegen Forderungen der DKM Wertpapierhandelsbank AG ist ausgeschlossen.

11. Eigenkapital

Entwicklung des Grundkapitals

Stand am 1.1.2005	EUR	3.730.000,00
Vereinfachte Kapitalherabsetzung		-3.197.143,00
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage		1.598.571,00
Stand am 31.12.2005	EUR	<u>2.131.428,00</u>

Aktiengattungen

Das Grundkapital der DKM Wertpapierhandelsbank AG setzt sich am Bilanzstichtag zusammen aus 2.131.428 Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von EUR 1,00 je Aktie.

Entwicklung des Grundkapitals

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 8. Februar 2005 wurden folgende Veränderungen des Grundkapitals der Gesellschaft beschlossen:

Herabsetzung des Grundkapitals von EUR 3.730.000,00 um EUR 1,00 auf EUR 3.729.999,00. Die Herabsetzung des Grundkapitals erfolgt durch Einziehung einer Inhaberstückaktie in vereinfachter Form nach § 237 Abs. 3 Nr. 1 AktG. Der durch die Kapitalherabsetzung freiwerdende Betrag des Grundkapitals wird in die Kapitalrücklage eingestellt. Die Kapitalherabsetzung erfolgt, um das Umtauschverhältnis für die weitere Kapitalherabsetzung rechnerisch zu ermöglichen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 10. März 2005.

Herabsetzung des Grundkapitals von EUR 3.729.999,00 um EUR 3.197.142,00 auf EUR 532.857,00. Die Herabsetzung erfolgt nach den Vorschriften über die vereinfachte Kapitalherabsetzung (§§ 229 ff. AktG), um Wertminderungen auszugleichen und sonstige Verluste zu decken. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 10. März 2005.

Erhöhung des Grundkapitals gegen Bareinlagen unter Gewährung eines mittelbaren Bezugsrechts (§ 186 Abs. 5 AktG) für die Aktionäre von EUR 532.857,00 um EUR 1.598.571,00 auf EUR 2.131.428,00 durch Ausgabe von 1.598.571 Stück neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Aktie. Die neuen Aktien werden zum Ausgabebetrag von EUR 1,00 je Aktie ausgegeben. Sie sind ab dem 1. Januar 2004 gewinnberechtigt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 2. Mai 2005. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt somit EUR 2.131.428,00.

Kapitalrücklage

Im Rahmen der oben genannten vereinfachten Kapitalherabsetzung durch Einziehung einer Inhaberstückaktie wurde gemäß § 237 Abs. 5 AktG in Verbindung mit § 237 Abs. 3 Nr. 1 AktG ein Betrag in korrespondierender Höhe von EUR 1,00 in die Kapitalrücklage eingestellt.

Genehmigtes Kapital

Das genehmigte Kapital 2000 ist durch Zeitablauf gegenstandslos geworden.

Der Vorstand der Gesellschaft ist zu folgenden Kapitalerhöhungen ermächtigt:

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 30. August 2005 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 30. August 2010 einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt EUR 1.065.714,00 durch Ausgabe einer entsprechenden Zahl neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital 2005).

Die Kapitalerhöhungen können gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen erfolgen. Der Vorstand entscheidet über einen Ausschluss des Bezugsrechts.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

1. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen mit TEUR 512 Erträge aus der Weiterbelastung von Kosten im Rahmen eines Nachteilsausgleichs nach § 311 AktG, mit TEUR 71 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, sowie mit TEUR 40 Erträge aus der Veräußerung von Beteiligungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 111.

2. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Posten enthält im Wesentlichen mit TEUR 18 Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Abgang und der Kündigung der Rückdeckungsversicherungen sowie mit TEUR 4 Aufwendungen aus dem Abgang von Gegenständen der Sachanlagen.

3. Honorare für Prüfungs- und Beratungsleistungen

Nach § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB sind folgende als Aufwand erfasste Honorare für den Abschlussprüfer des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2005 angefallen:

a) Abschlussprüfung	TEUR	47
b) Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	TEUR	1
c) Steuerberatungsleistungen	TEUR	0
d) Sonstige Leistungen	TEUR	0

D. Sonstige Angaben

1. Haftungsverhältnisse

Entsprechend dem Börsengesetz wurden gegenüber diversen deutschen Börsen sowie gegenüber der Deutschen Börse AG wegen Teilnahme am XETRA-Handel Sicherheiten in Form von Avalen bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 800 sowie darüber hinaus Mietavale von TEUR 33 geleistet. Hierfür wurden die laufenden Guthabenkonten sowie das Festgeldkonto verpfändet.

Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 10.286 wurden Anteile eines offenen Immobilienfonds mit einem Buchwert zum Bilanzstichtag von TEUR 9.697 als Sicherheit dem Kreditgeber übertragen.

Durch Vereinbarungen vom 21. Februar 2003 stehen eventuelle Veräußerungserlöse aus dem Verkauf von Beteiligungen der Gesellschaft zwei Gläubigerbanken zu.

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte sind nicht bekannt.

Märkte, die sich aus organisatorischer Sicht wesentlich voneinander unterscheiden (§ 34 Abs. 2 RechKredV), liegen nicht vor.

2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von TEUR 671. Verpflichtungen aus Aufgabengeschäften bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

3. Derivative Finanzinstrumente und Finanzanlagen

Derivative Finanzinstrumente, über die nach § 285 Satz 1 Nr. 18 HGB zu berichten wäre, bestanden im Berichtszeitraum nicht.

Es besteht kein Finanzanlagevermögen, das über seinem Zeitwert ausgewiesen wird (§ 285 Satz 1 Nr. 19 HGB).

4. Organmitglieder und deren Bezüge

Mitglieder des **Aufsichtsrats** der Gesellschaft:

Dr. Frank Zahn, Rechtsanwalt, Berlin (ab 8. Februar 2005, Vorsitzender),
zugleich AR-Mitglied der
DKM Asset Management AG, Stuttgart
DKM Vermögensanlagen AG, Wien
Tradinghouse.net AG, Berlin
Beirat der Gustav Pegel & Sohn GmbH, Berlin

Dr. Jürgen Frodermann, Rechtsanwalt, Düsseldorf (Vorsitzender bis 8. Februar 2005, stellvertretender Vorsitzender),
zugleich AR-Mitglied der
DKM Asset Management AG, Stuttgart
DKM Vermögensanlagen AG, Wien
ACM Advanced Capital Management AG, Aachen
ComS.I.T. AG, München
Incam AG, Kaarst
KEP Consulting AG, Bad Soden
financialbot.com AG, Meerbusch
Beirat bei der Victoria Beratungsgesellschaft mbH, Frankfurt

Dipl.-oec.T.U. Michael Sieg, Kaufmann, Zürich/Schweiz (ab 8. Februar 2005),
zugleich AR-Mitglied der
DKM Asset Management AG, Stuttgart
DKM Vermögensanlagen AG, Wien
zugleich Mitglied des Verwaltungsrats der
DKM Global Asset Management AG, Vaduz
DKM Global Advisors, Vaduz

Christian Kanwischer, Kaufmann, Neschwitz (stellvertretender Vorsitzender bis 8. Februar 2005),
zugleich AR-Mitglied der
OFL AnlagenLeasing AG, Dresden
Nürnberger Leasing AG, Nürnberg
Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, Hamburg

Henning Malke, Rechtsanwalt, Dresden (vom Amtsgericht Düsseldorf bestellt bis 8. Februar 2005),
zugleich AR-Mitglied der
OFL AnlagenLeasing AG, Dresden
ObjektLeasing AG, Dresden

Von einer Gesellschaft, bei der einer der Aufsichtsratsmitglieder Partner ist, wurden im Geschäftsjahr 2005 Rechtsberatungsleistungen in Höhe von TEUR 13 inkl. Umsatzsteuer erbracht.

Mitglieder des **Vorstandes** der Gesellschaft:

Florian Weber, Wülfrath (Vorsitzender)

Michael von Busse, Hamburg
zugleich AR-Mitglied der
Osnabrücker Anlagen- und Beteiligungs AG, Osnabrück
Menzel Vermögensverwaltung AG, Hamburg
Hamburger Getreide-Lagerhaus, Hamburg
Kremlin AG, Hamburg

Bernd Logen, Düsseldorf (ab 10. Mai 2005 bis 31. März 2006),
zugleich Mitglied des Verwaltungsrats der
DKM Global Asset Management AG, Vaduz

Die Organmitglieder besitzen keine Aktien der Gesellschaft.

Aufwendungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates fielen im Geschäftsjahr 2005 in Höhe von TEUR 22 an. Die Gesamtbezüge des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2005 betrugen TEUR 663, davon entfielen auf Herrn Weber TEUR 174 (davon TEUR 5 Tantieme), Herrn von Busse TEUR 98 und Herrn Logen TEUR 391 (davon TEUR 120 Tantieme).

5. Konzernzugehörigkeit

Die DKM Financial Services Holdings PLC, London/Großbritannien, erstellt einen Konzernabschluss nach UK-GAAP, in den die Gesellschaft als mittelbares Tochterunternehmen einbezogen wird.

6. Mitarbeiter

In 2005 waren bei der DKM Wertpapierhandelsbank AG - inklusive Vorstand - durchschnittlich 12 Mitarbeiter beschäftigt. Am Bilanzstichtag waren 13 Mitarbeiter beschäftigt, die sich getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	31.12.2005
Vorstand	3
Angestellte Handel	6,5
Angestellte Verwaltung	3,5

7. Bilanzverlust und Ergebnisverwendung

	EUR
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-4.234.002,62
Jahresüberschuss 2005	170.424,02
Ertrag aus der Kapitalherabsetzung	3.197.143,00
Einstellung in Kapitalrücklage nach § 237 Abs. 5 AktG	-1,00
Bilanzverlust zum 31.12.2005	<u><u>-866.436,60</u></u>

Der Bilanzverlust zum 31. Dezember 2005 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Düsseldorf, den 24. April 2006

DKM Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Florian Weber

Michael von Busse

30.2.4 Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der **DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf**, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handels- und aktienrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkung zu keinen Einwendungen geführt: Entgegen § 161 AktG wurde im Berichtsjahr keine aktualisierte Fassung der Erklärung zum Corporate Governance Kodex abgegeben.

Mit dieser Einschränkung entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

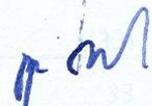
Stuttgart, 18. Mai 2006



Dr. Ebner, Dr. Stolz und Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft



Matthias Kopka
Wirtschaftsprüfer



Jens-Uwe Herbst
Wirtschaftsprüfer

30.3 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004 nach HGB

30.3.1 Bilanz zum 31. Dezember 2004

DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf
Bilanz zum 31. Dezember 2004

A K T I V A	31.12.2004		Vorjahr	P A S S I V A	31.12.2004		Vorjahr
	EUR	EUR	TEUR		EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve Kassenbestand		244,92	0	1. Treuhandverbindlichkeiten		71.514,57	0
2. Forderungen an Kreditinstitute a) täglich fällig b) andere Forderungen	96.916,11 <u>33.134,89</u>	130.051,00	633 31	2. Sonstige Verbindlichkeiten		204.379,28	123
3. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		382.008,20	122	3. Rückstellungen a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen b) Steuerrückstellungen c) Andere Rückstellungen	92.142,00 0,00 <u>465.423,98</u>		1.010 101 <u>497</u> 1.608
4. Beteiligungen		2,00	0	4. Nachrangige Verbindlichkeiten		650.000,00	650
5. Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten: EUR 1,00 (Vorjahr: TEUR 755)		1,00	878	5. Eigenkapital a) Gezeichnetes Kapital b) Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen c) Bilanzverlust d) Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.730.000,00 0,00 4.234.002,62 <u>504.002,62</u>		2.000 755 2.584 <u>0</u> 171
6. Treuhandvermögen		71.514,57	0			0,00	
7. Immaterielle Anlagewerte		33.118,00	6				
8. Sachanlagen		179.714,49	186				
9. Sonstige Vermögensgegenstände		166.334,53	638				
10. Rechnungsabgrenzungsposten		16.468,50	58				
11. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		504.002,62	0				
Summe Aktiva		1.483.459,83	2.552	Summe Passiva		1.483.459,83	2.552

30.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2004

DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2004

	2 0 0 4		Vorjahr
	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	10.225,50		13
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>137.740,69</u>		<u>6</u>
		147.966,19	19
2. Zinsaufwendungen		<u>-93.595,68</u>	<u>-30</u>
		54.370,51	-11
3. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			
		54.497,28	2
4. Provisionserträge		1.756.086,78	596
davon:			
Courtageerträge: EUR 1.554.093,37 (Vorjahr: TEUR 596)			
5. Provisionsaufwendungen		-950.975,80	-147
davon:			
Courtageaufwendungen: EUR 923.643,65 (Vorjahr: TEUR 142)			
Provisionsergebnis		<u>805.110,98</u>	<u>449</u>
6a. Ertrag aus Finanzgeschäften			
davon:			
aa) Wertpapiere	1.852.286,19		1.119
ab) Futures	163.565,00		0
ac) Optionen	11.325,01		0
ad) Kursdifferenzen aus Aufgabengeschäften	<u>2.249.643,35</u>		<u>1.253</u>
		4.276.819,55	2.372
6b. Aufwand aus Finanzgeschäften			
ba) Wertpapiere	-1.768.224,35		-887
bb) Futures	-151.255,00		0
bc) Optionen	-6.613,17		0
bd) Kursdifferenzen aus Aufgabengeschäften	<u>-1.861.356,80</u>		<u>-817</u>
		<u>-3.787.449,32</u>	<u>-1.704</u>
Ergebnis aus Finanzgeschäften		489.370,23	668
7. Sonstige betriebliche Erträge		1.022.396,38	97
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	-841.438,96		-589
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung darunter: für Altersversorgung: EUR 13.828,82 (Vorjahr: TEUR 62)	<u>-132.058,99</u>		<u>-183</u>
		-973.497,95	-772
b) Andere Verwaltungsaufwendungen		<u>-1.671.359,26</u>	<u>-1.414</u>
		-2.644.857,21	-2.186
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		-85.723,96	-119
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-589.258,06	-2
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-754.909,00	0
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		<u>-1.649.002,85</u>	<u>-1.102</u>
13. Ausserordentliche Erträge		0,00	16
14. Ausserordentliche Aufwendungen		<u>-957,73</u>	<u>0</u>
15. Ausserordentliches Ergebnis		-957,73	16
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag		32,75	-101
17. Sonstige Steuern		<u>-35,70</u>	<u>0</u>
		-2,95	-101
18. Jahresfehlbetrag		<u>-1.649.963,53</u>	<u>-1.187</u>
19. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-2.584.039,09	-10.397
20. Ertrag aus der Kapitalherabsetzung		0,00	9.000
21. Bilanzverlust		<u><u>-4.234.002,62</u></u>	<u><u>-2.584</u></u>

30.3.3 Anhang für das Geschäftsjahr 2004

DKM Wertpapierhandelsbank AG
Düsseldorf

Anhang zum 31. Dezember 2004

Inhalt

- I. Allgemeines
- II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
- III. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung
- IV. Sonstige finanzielle Verpflichtungen
- V. Organmitglieder und deren Bezüge
- VI. Mitarbeiter
- VII. Ergebnisverwendungsvorschlag für das Geschäftsjahr 2004

I. Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004 der DKM Wertpapierhandelsbank AG wurde nach den allgemeinen Vorschriften des HGB, des AktG sowie nach der für Kreditinstitute und für Finanzdienstleistungsinstitute geltenden Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1. Allgemeines

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze angewandt:

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Geschäfte in fremder Währung wurden im Geschäftsjahr 2004 in geringfügigem Umfang zur Abwicklung von kundeninduzierten Wertpapiergeschäften getätigt. Die Währungsumrechnung erfolgte gemäß § 340h HGB. Am Bilanzstichtag 31. Dezember 2004 bestanden keine Fremdwährungsbestände.

Forderungen sind mit dem Nennwert, Verbindlichkeiten mit ihrem Rückzahlungsbetrag und Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlichen Betrages angesetzt.

Die im Bestand befindlichen Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapiere sind dem Handelsbestand zugeordnet und unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bilanziert. Als Anschaffungskosten wurden dabei die gewichteten, durchschnittlichen Anschaffungskosten herangezogen. Die Bewertung der börsennotierten Wertpapiere erfolgte mit den Jahresschlusskursen in absteigender Folge der liquidesten Märkte. Die nicht börsennotierten Wertpapiere wurden mit den letzten Geldkursen im außerbörslichen Telefonhandel, bei Nichtvorliegen von aktuellen Kursen mit den Kursen des letzten Umsatzes bewertet, soweit nicht ein niedrigerer Ansatz angezeigt war. Wertpapiere mit nur geringen oder keinen Umsätzen werden mit den grundsätzlich um einen Abschlag von 25 % reduzierten Kursen des Bilanzstichtags oder der niedrigeren Notierung (Geldkurs) des laufenden Jahres bewertet.

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. mit dem am Abschluss-Stichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger, nutzungsbedingter Abschreibungen bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear mit den steuerlich zulässigen Sätzen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Die zum 31. Dezember 2004 unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen wurden zum Nennwert gemäß Schreiben der Versicherungen bilanziert.

Rückstellungen für Pensionen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Teilwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 6 % angesetzt. Bei der Berechnung wurden die Richttafeln von 1998 zugrunde gelegt.

Die anderen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

2. Besonderheiten

Gemäß Verschmelzungsvertrag vom 30. Juni 2004 wurde die Schnigge Online Trading Center GmbH, Düsseldorf, als übertragender Rechtsträger auf die DKM Wertpapierhandelsbank AG (vormals: Börsenmakler Schnigge - OFL Wertpapierhandelsbank AG), Düsseldorf, als übernehmender Rechtsträger gemäß §§ 2 ff., 60 ff. UmwG verschmolzen (Verschmelzung durch Aufnahme). Verschmelzungsstichtag war der 1. Januar 2004. Der aus der Verschmelzung resultierende Verschmelzungsverlust wurde unter den außerordentlichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Eintragung im Handelsregister des übertragenden Rechtsträgers erfolgte am 9. Juli 2004; die Eintragung im Handelsregister des übernehmenden Rechtsträgers erfolgte am 14. Juli 2004.

3. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG und § 285 Nr. 16 HGB

Vorstand und Aufsichtsrat erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit wenigen Ausnahmen entsprochen wird. Diese sind auf der Internetseite der DKM Wertpapierhandelsbank AG veröffentlicht und abrufbar.

4. Aufstellung des Konzernabschlusses

Die Gesellschaft ist gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, Hamburg, an der sie 69 % der Anteile hält.

Auf die Einbeziehung der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, Hamburg, wurde gemäß § 296 Absatz 1 Nr. 1 HGB verzichtet. Anfang Mai 2004 wurde der 69 %-ige Anteil an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG veräußert. Dem Erwerber wurde die Zahlung des Kaufpreises bis zum 30. Juni 2004 gestundet.

Im März 2004 wurde von der Avalon Beteiligungs AG (vormals: DMS Holding AG, Hamburg) beim Landgericht Düsseldorf Klage eingereicht. Gegenstand der Klage sind Schadenersatzforderungen in Höhe von ca. EUR 2,5 Mio., die gegen die DKM Wertpapierhandelsbank AG geltend gemacht werden.

Der Erwerber des 69 %-igen Anteils an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG war nicht in der Lage, den Aktienkaufvertrag zu erfüllen. In dieser Situation wurde der Erwerber von der Avalon Beteiligungs AG bzw. einem ihrer Aktionäre aufgekauft. Die Avalon Beteiligungs AG hat ihre angebliche Schadenersatzforderung an den Erwerber abgetreten und dieser hat dann gegen die Kaufpreisforderung der DKM Wertpapierhandelsbank AG aufgerechnet und behauptet nunmehr, Eigentümer des 69 %-igen Anteils an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG zu sein.

Daraufhin wurde bei der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG eine Hauptversammlung als Vollversammlung abgehalten – zu der die DKM Wertpapierhandelsbank AG nicht geladen war – u.a. wurden in dieser Hauptversammlung ein neuer Aufsichtsrat bestellt und weitere Beschlüsse gefasst.

Gegen diese Beschlüsse wurde von der DKM Wertpapierhandelsbank AG Anfechtungsklage beim Landgericht Hamburg erhoben. Außerdem soll im Rahmen einer Feststellungsklage geklärt werden, wer Eigentümer der 69 %-igen Beteiligung an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG ist.

Aus Kostengründen soll das Verfahren vor dem Landgericht Hamburg vergleichsweise beendet und an den Ausgang des Verfahrens "Schadenersatzforderung Avalon Beteiligungs AG" gekoppelt werden.

Wird die Schadenersatzklage der Avalon Beteiligungs AG abgewiesen, stehen die Eigentumsrechte an der 69 %-igen Beteiligung an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG wieder uneingeschränkt der DKM Wertpapierhandelsbank AG zu.

Bis zu diesem Zeitpunkt ist die DKM Wertpapierhandelsbank AG jedoch erheblich in der Ausübung ihrer Stimmrechte beschränkt, insbesondere wurde von der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG kein geprüfter Zwischenabschluss auf den 31. Dezember 2004 und kein Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG vorgelegt. Da kein gesicherter Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG gegeben ist, wurde die Beteiligung auf EUR 1,00 abgeschrieben.

Die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses ist entfallen, da der Konzern nur aus einem Mutterunternehmen sowie aus einem Tochterunternehmen, das unter das Konsolidierungswahlrecht des § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB fällt, besteht.

III. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Fristengliederung bestimmter Bilanzposten nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von TEUR 33 haben eine Restlaufzeit von mehr als drei Monaten bis ein Jahr.

2. Wertpapiere

Für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Wertpapiere ergibt sich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 RechKredV folgende Aufgliederung:

Bilanzposition	Buchwert TEUR	davon börsen- notiert TEUR	davon nicht börsen- notiert TEUR
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	382	365	17
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0
Insgesamt	382	365	17

3. Anteilsbesitz

Für den Anteilsbesitz per 31. Dezember 2004 wurde jeweils der letzte vorliegende Jahresabschluss der Gesellschaft erfasst:

Gesellschaft und Sitz	Beteiligungs- quote %	Eigenkapital TEUR	Ergebnis TEUR	Jahresab- schluss per	Buchwert per 31.12.04 TEUR
Hein-OFL Wertpapierhandels- bank AG, Hamburg	69,0	409	-269	31.12.2004 ³⁾	0
econia.com AG, Köln ^{1), 2)}	13,3	1.276	-2.829	31.12.2001	0
Premium Food Systems AG, Unna ^{1), 2)}	4,3	9.023	-4.210	31.12.2000	0
Silicon Vision AG, Siegen ^{1), 2)}	16,0	14.451	-282	31.08.2001	0
NEVAG neue energie ver- bund AG, Wiesbaden ²⁾	2,4	1.938	1.015	31.12.2003 ⁴⁾	0

¹⁾ Die Gesellschaften befanden sich im Zeitpunkt der Aufstellung des Anteilsbesitzes im Insolvenzverfahren

²⁾ Aufgrund der Vereinbarungen vom 21.02.2003 stehen eventuelle Veräußerungserlöse aus dem Verkauf der Beteiligungen den Gläubigerbanken zu, die Forderungsverzichte ausgesprochen haben

³⁾ ungeprüfte Auswertung aus der Finanzbuchhaltung

⁴⁾ Einzelabschluss

4. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im nachfolgenden Anlagenspiegel dargestellt. Die Gesellschaft besitzt keine eigengenutzten Grundstücke oder Gebäude.

DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf

Entwicklung des Anlagevermögens 2004

	ANSCHAFFUNGSKOSTEN				ABSCHREIBUNGEN				BUCHWERTE	
	Stand	Zugänge	Abgänge	Stand	kumuliert	Zugänge	Abgänge	kumuliert	31.12.2004	31.12.2003
	01.01.2004	2 0 0 4	2 0 0 4	31.12.2004	bis	2 0 0 4	2 0 0 4	bis	31.12.2004	31.12.2003
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Finanzanlagen										
1. Beteiligungen	2,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	2,00
2. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.009.990,10	0,00	255.080,10	754.910,00	131.580,10	754.909,00	131.580,10	754.909,00	1,00	878.410,00
	<u>1.009.992,10</u>	<u>0,00</u>	<u>255.080,10</u>	<u>754.912,00</u>	<u>131.580,10</u>	<u>754.909,00</u>	<u>131.580,10</u>	<u>754.909,00</u>	<u>3,00</u>	<u>878.412,00</u>
II. Immaterielle Anlagewerte										
EDV-Programme	96.921,76	42.048,84	0,00	138.970,60	91.044,76	14.807,84	0,00	105.852,60	33.118,00	5.877,00
III. Sachanlagen										
1. Pkw	47.233,04	0,00	47.233,04	0,00	47.232,04	0,00	47.232,04	0,00	0,00	1,00
2. Betriebsausstattung	1.261.696,26	39.666,08	6.851,37	1.294.510,97	1.228.723,77	34.040,08	6.761,37	1.256.002,48	38.508,49	32.972,49
3. Büroeinrichtung	148.560,06	0,00	2.606,95	145.953,11	70.762,06	14.393,00	1.374,95	83.780,11	62.173,00	77.798,00
4. Einbauten	76.806,25	4.215,45	0,00	81.021,70	50.934,25	9.997,45	0,00	60.931,70	20.090,00	25.872,00
5. Sonstige Anlagen	117.015,88	50.905,37	74.296,69	93.624,56	67.922,88	12.260,37	45.501,69	34.681,56	58.943,00	49.093,00
6. Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	225,22	225,22	0,00	0,00	225,22	225,22	0,00	0,00	0,00
	<u>1.651.311,49</u>	<u>95.012,12</u>	<u>131.213,27</u>	<u>1.615.110,34</u>	<u>1.465.575,00</u>	<u>70.916,12</u>	<u>101.095,27</u>	<u>1.435.395,85</u>	<u>179.714,49</u>	<u>185.736,49</u>
IV. Aktivwert aus Rückdeckungsversicherung	558.133,00	0,00	557.262,00	871,00	0,00	0,00	0,00	0,00	871,00	558.133,00
Insgesamt	<u>3.316.358,35</u>	<u>137.060,96</u>	<u>943.555,37</u>	<u>2.509.863,94</u>	<u>1.688.199,86</u>	<u>840.632,96</u>	<u>232.675,37</u>	<u>2.296.157,45</u>	<u>213.706,49</u>	<u>1.628.158,49</u>

5. Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Das Treuhandvermögen besteht aus Anzahlungen zum Kauf von Wertpapieren, die VL-Sparer im Zusammenhang zwischen den von diesen und der Gesellschaft geschlossenen Wertpapier-Sparverträgen für vermögenswirksame Leistungen auf das Treuhandkonto eingezahlt haben.

6. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Posten sonstige Vermögensgegenstände von TEUR 166 enthält im Wesentlichen mit TEUR 70 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie mit TEUR 62 Forderungen gegen einen ehemaligen Mitarbeiter.

7. Sonstige Verbindlichkeiten

Der Posten sonstige Verbindlichkeiten von TEUR 204 enthält im Wesentlichen mit TEUR 111 offene Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen.

8. Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen in Höhe von TEUR 465 entfallen im Wesentlichen mit TEUR 40 auf Börseneinführungskosten, mit TEUR 259 auf Beiträge, mit TEUR 71 auf Jahresabschluss- und Prüfungskosten, mit TEUR 18 auf noch nicht genommene Urlaubstage 2004, mit TEUR 35 auf Kosten für die Beendigung des Retail-Geschäftes, denen keine entsprechenden Erträge gegenüberstehen sowie mit TEUR 15 auf ausstehende Prozesskosten und mit TEUR 27 auf Sonstiges.

9. Steuerrückstellungen

Steuerrückstellungen waren nicht notwendig.

10. Nachrangige Verbindlichkeiten

In der Vereinbarung vom 7./11. Juli 2003 über die Begründung von Ergänzungskapital i.S.v. § 10 Abs. 2b KWG wurde vereinbart, dass ein nachrangiges Darlehen in

Höhe von TEUR 650 zur Verfügung gestellt wird, das den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entspricht.

Aufwendungen für das nachrangige Darlehen sind nicht angefallen, da dieses zinslos gewährt wird.

Der Gläubiger der nachrangigen Verbindlichkeit tritt mit seinem Anspruch auf Rückzahlung der Gläubigerforderung im Rang hinter die Forderungen aller bestehenden und künftigen Gläubiger der DKM Wertpapierhandelsbank AG zurück. Im Falle des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der DKM Wertpapierhandelsbank AG oder deren Liquidation kann der Gläubiger die Erfüllung dieses Anspruchs nur nach der Befriedigung aller anderen, nicht nachrangigen Gesellschaftsgläubiger verlangen.

Die Gläubigerforderung wird der DKM Wertpapierhandelsbank AG fest für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ab Unterzeichnung dieser Vereinbarung zur Verfügung gestellt. Nach Ablauf des vorbezeichneten Zeitraums werden sich die DKM Wertpapierhandelsbank AG und der Gläubiger einvernehmlich über die Rückzahlung der Gläubigerforderung verständigen. Der Gläubiger ist nicht berechtigt, diese Vereinbarung zu kündigen.

Eine Beschränkung des Nachrangs sowie eine Verkürzung der Laufzeit im Wege einer nachträglichen Änderung der Vereinbarung ist ausgeschlossen. Der DKM Wertpapierhandelsbank AG ist eine vorzeitige Rückerstattung der Gläubigerforderung ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht der Nominalbetrag der Gläubigerforderung in Höhe von EUR 650.000,00 durch Einzahlung anderer, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist.

Die Aufrechnung der Gläubigerforderung gegen Forderungen der DKM Wertpapierhandelsbank AG ist ausgeschlossen.

11. Eigenkapital

Entwicklung des gezeichneten Kapitals:

	Gezeichnetes Kapital	Zur Durch- führung der beschlossen- en Kapitaler- höhung ge- leistete Ein- lagen
	TEUR	TEUR
Stand 1.1.2004	2.000	755
Kapitalerhöhung vom 13.12.2003		
- Sachkapitalerhöhung	755	-755
- Barkapitalerhöhung	595	0
Barkapitalerhöhung vom 9.12.2004	380	0
Stand 31.12.2004	3.730	0

Aktiengattungen:

Das Grundkapital der DKM Wertpapierhandelsbank AG setzt sich am Bilanzstichtag zusammen aus 3.730.000 Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von EUR 1,00 je Aktie.

Entwicklung des Grundkapitals

Mit Beschluss des Vorstandes vom 13. Dezember 2003 wurde beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft unter vollständiger Ausnutzung des genehmigten Kapitals gemäß § 4 Absatz 7 der Satzung in Höhe von EUR 1,5 Mio. und teilweiser Ausnutzung des genehmigten Kapitals gemäß § 4 Absatz 8 der Satzung in Höhe von EUR 0,5 Mio. von EUR 2,0 Mio. um bis zu EUR 2,0 Mio. auf bis zu EUR 4,0 Mio. zu erhöhen durch Ausgabe von bis zu 2,0 Mio. Stück neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Aktie. Die neuen Aktien sind ab dem 1. Januar 2003 gewinnberechtigt.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat in seiner Sitzung vom 13. Dezember 2003 zu dem Beschluss des Vorstandes seine Zustimmung erteilt.

Die am 13. Dezember 2003 vom Vorstand der Gesellschaft beschlossene Kapitalerhöhung ist unter teilweiser Ausnutzung des genehmigten Kapitals gemäß § 4 Absatz 7 der Satzung mit einem Betrag in Höhe von EUR 1,35 Mio. durchgeführt, und zwar wie folgt:

- Durch Barkapitalerhöhung in Höhe von	595.090,00 EUR
- Durch Sachkapitalerhöhung in Höhe von	<u>754.910,00 EUR</u>
Insgesamt	1.350.000,00 EUR
	=====

Die Sachkapitalerhöhung erfolgte gegen Einbringung von 690.000 Stückaktien an der im Handelsregister des Amtsgerichtes Hamburg unter HR B 87558 eingetragenen Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG mit Sitz in Hamburg, wobei im Einzelnen eingebracht haben:

- die OFL-Anlagen Leasing AG, Dresden, 650.000 Stückaktien an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG gegen Gewährung von 711.147 neuer Stückaktien,
- Herr Frank Peinelt, Cottbus, 40.000 Stückaktien an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG gegen Gewährung von 43.763 neuer Stückaktien.

Gemäß Einbringungsvertrag erfolgte die Übertragung der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG-Aktien mit Wirkung zum 22. Dezember 2003.

Somit ist das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 2,0 Mio. um EUR 1,35 Mio. auf EUR 3,35 Mio. erhöht worden unter teilweiser Ausnutzung des genehmigten Kapitals gemäß § 4 Abs. 7 der Satzung. Das genehmigte Kapital gemäß § 4 Absatz 8 wurde nicht ausgenutzt. Die Handelsregisteranmeldung der Kapitalerhöhung erfolgte mit notarieller Urkunde Nr. 69 für 2004 vom 16. Januar 2004 des Notars Wolfgang Gebele, Düsseldorf. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 9. Februar 2004.

Mit Beschluss des Vorstandes vom 9. Dezember 2004 wurde beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft unter teilweiser Ausnutzung des genehmigten Kapitals gemäß § 4 Absatz 8 der Satzung (genehmigtes Kapital 2000) in Höhe von EUR 3.350.000,00 um EUR 380.000,00 auf EUR 3.730.000,00 zu erhöhen; durch Ausgabe von 380.000 Stück neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Aktie. Die neuen Aktien sind ab dem 1. Januar 2004 gewinnberechtigt. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen.

Durch Beschluss des Aufsichtsrates vom 9. Dezember 2004 ist § 4 Absatz 1 der Satzung (Höhe und Einteilung des Grundkapitals) entsprechend geändert.

Somit ist das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 3,35 Mio. um EUR 0,38 Mio. auf EUR 3,73 Mio. erhöht worden unter teilweiser Ausnutzung des genehmigten Kapitals gemäß § 4 Absatz 8 der Satzung (genehmigtes Kapital 2000). Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 30. Dezember 2004.

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 8. Februar 2005 wurden folgende weitere Veränderungen des Grundkapitals der Gesellschaft beschlossen:

Herabsetzung des Grundkapitals von EUR 3.730.000,00 um EUR 1,00 auf EUR 3.729.999,00. Die Herabsetzung des Grundkapitals erfolgt durch Einziehung einer Inhaberstückaktie in vereinfachter Form nach § 237 Absatz 3 Nr. 1 AktG. Der durch die Kapitalherabsetzung freiwerdende Betrag des Grundkapitals wird in die Kapitalrücklage eingestellt. Die Kapitalherabsetzung erfolgt, um das Umtauschverhältnis für die weitere Kapitalherabsetzung rechnerisch zu ermöglichen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 10. März 2005.

Herabsetzung des Grundkapitals von EUR 3.729.999,00 um EUR 3.197.142,00 auf EUR 532.857,00. Die Herabsetzung erfolgt nach den Vorschriften über die vereinfachte Kapitalherabsetzung (§§ 229 ff. AktG), um Wertminderungen auszugleichen und sonstige Verluste zu decken. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 10. März 2005.

Erhöhung des Grundkapitals gegen Bareinlagen unter Gewährung eines mittelbaren Bezugsrechts (§ 186 Absatz 5 AktG) für die Aktionäre von EUR 532.857,00 um EUR 1.598.571,00 auf EUR 2.131.428,00 durch Ausgabe von 1.598.571 Stück neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Aktie. Die neuen Aktien werden zum Ausgabebetrag von EUR 1,00 je Aktie ausgegeben. Sie sind ab dem 1. Januar 2004 gewinnberechtigt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 2. Mai 2005. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt somit EUR 2.131.428,00.

Genehmigtes Kapital:

Der Vorstand ist zu folgenden Kapitalerhöhungen ermächtigt:

EUR 3.500.000,00

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 30. Juni 2000 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital für fünf Jahre nach Eintragung dieser Satzungsänderung einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt EUR 3.500.000,00 durch Ausgabe einer entsprechenden Zahl neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital 2000).

Das genehmigte Kapital in Höhe von ursprünglich EUR 3.500.000,00 besteht nach teilweiser Ausschöpfung noch in Höhe von EUR 3.120.000,00.

Die Kapitalerhöhungen können gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen erfolgen. Der Vorstand entscheidet über einen Ausschluss des Bezugsrechts.

12. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen mit TEUR 948 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, davon TEUR 918 aus der Anpassung der Pensionsrückstellung.

13. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Posten enthält im Wesentlichen mit TEUR 558 Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Abgang und der Kündigung der Rückdeckungsversicherungen sowie mit TEUR 30 Aufwendungen aus dem Abgang von Gegenständen der Sachanlagen.

14. Sonstige Angaben

Entsprechend dem Börsengesetz wurden gegenüber diversen deutschen Börsen sowie gegenüber der Deutschen Börse AG wegen Teilnahme am XETRA-Handel Sicherheiten in Form von Avalen der HSBC Trinkaus & Burkhardt Bank in Höhe von TEUR 650 sowie darüber hinaus Mietavale von TEUR 31 geleistet.

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte bestanden nicht.

Märkte, die sich aus organisatorischer Sicht wesentlich voneinander unterscheiden (§ 34 Abs. 2 RechKredV), liegen nicht vor.

IV. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von TEUR 666. Verpflichtungen aus Aufgabengeschäften bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

V. Organmitglieder und deren Bezüge

Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft:

- Wolfgang Schickert, Rechtsanwalt (Vorsitzender), Meerbusch (bis 31.03.2004),
- Aribert Lieske, Steuerberater (stellvertretender Vorsitzender), Düsseldorf, (bis 27.08.2004),
zugleich AR-Mitglied der Lang & Schwarz Wertpapierhandel AG, Düsseldorf, und der Dj-sets Multimedia AG, Berlin,
- Hans-Joachim Plückers, Bankkaufmann, Mülheim an der Ruhr (bis 30.06.2004),

- Dr. Andreas Meyer-Landrut, Rechtsanwalt (Vorsitzender), Düsseldorf (ab 20.04.2004 vom Amtsgericht Düsseldorf bestellt bis 30.06.2004),

- Dr. Jürgen Frodermann, Rechtsanwalt (Vorsitzender bis 08.02.2005), Düsseldorf (ab 30.06.2004),
zugleich AR-Mitglied der ACM Advanced Capital Management AG, Aachen,
der Com S.I.T. AG, München,
der Incam AG, Kaarst,
der KEP Consulting AG, Bad Soden,
der financialbot.com AG, Meerbusch,
der Scaro Beteiligungs AG, Düsseldorf,
der Liesegang Optoelectronics GmbH, Düsseldorf, und
Beirat bei der Victoria Beratungsgesellschaft, mbH, Frankfurt,

- Christian Kanwischer, Kaufmann (stellvertretender Vorsitzender), Neschwitz (vom 30.06.2004 bis 08.02.2005),
zugleich AR-Mitglied der OFL AnlagenLesing AG, Dresden,
der Nürnberger Leasing AG, Nürnberg, und
der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, Hamburg,

- Henning Malke, Rechtsanwalt, Dresden (ab 31. August 2004 vom Amtsgericht Düsseldorf bestellt bis 08.02.2005),
zugleich AR-Mitglied der OFL AnlagenLeasing AG, Dresden, und
der ObjektLeasing AG, Dresden,

- Dr. Frank Zahn, Rechtsanwalt, Berlin (ab 08.02.2005, Vorsitzender),
zugleich AR-Mitglied der Tradinghouse.net AG, Berlin, und
Beirat der Gustav Pegel & Sohn GmbH, Berlin,

- Dipl.-oec. Thomas Ulf Michael Sieg, Kaufmann, Stuttgart (ab 08.02.2005)
zugleich AR-Mitglied der DKM Asset Management AG, Stuttgart, und
der DKM Vermögensanlagen AG, Wien.

Von einer Gesellschaft, bei der einer der Aufsichtsratsmitglieder Partner ist, wurden im Geschäftsjahr 2004 Rechtsberatungsleistungen in Höhe von TEUR 76 inkl. Umsatzsteuer erbracht.

Mitglieder des Vorstandes der Gesellschaft:

- Karl August Schnigge, Hofheim (Vorsitzender bis 30.06.2004),
- Florian Weber, Wülfrath, (Vorsitzender ab 01.07.2004),
- Michael von Busse, Hamburg (ab 01.07.2004),
zugleich AR-Mitglied der Osnabrücker Anlagen- und Beteiligungs AG, Osnabrück,
der Menzel Vermögensverwaltung AG, Hamburg,
der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG, Hamburg, und
der Kremlin AG, Hamburg.

Der Aktienbesitz der Organmitglieder setzt sich wie folgt zusammen:

- Florian Weber 5,36 %

Aufwendungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates fielen im Geschäftsjahr 2004 in Höhe von TEUR 60 an. Die Gesamtbezüge des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2004 betragen TEUR 204, davon entfielen auf Herrn Schnigge TEUR 69, Herrn von Busse TEUR 35 und Herrn Weber TEUR 100. Es wurden keine Tantiemen an den Vorstand gezahlt. Die Höhe der Pensionsrückstellungen für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder beträgt TEUR 0. Die Versorgungsansprüche für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder wurden dergestalt abgefunden, dass die von der Gesellschaft zur Rückdeckung der Versorgungsansprüche bestehenden Rückdeckungsversicherungen an die ehemaligen

Vorstandsmitglieder abgetreten wurden. Den abgefundenen Versorgungszusagen, für die Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 807 gebildet waren, standen dabei Rückdeckungsversicherungen mit einem Aktivwert in Höhe von TEUR 511 gegenüber. Darüber hinaus wurden insgesamt Abfindungszahlungen in Höhe von TEUR 18 gewährt.

VI. Mitarbeiter

In 2004 waren bei der DKM Wertpapierhandelsbank AG – inklusive Vorstand – durchschnittlich 15 Mitarbeiter beschäftigt. Am Bilanzstichtag waren 14 Mitarbeiter beschäftigt, die sich getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	31.12.2004
Vorstand	2
Angestellte Handel	5
Angestellte Verwaltung	7

VII. Ergebnisverwendungsvorschlag für das Geschäftsjahr 2004

	EUR
Verlustvortrag	2.584.039,09
Jahresfehlbetrag 2004	<u>1.649.963,53</u>
Bilanzverlust 31.12.2004	4.234.002,62
	=====

Der Vorstand der Gesellschaft schlägt vor, den Bilanzverlust zum 31. Dezember 2004 in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen.

Düsseldorf, den 17. Mai 2005

Der Vorstand

F. Weber

M. von Busse

30.3.4 Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

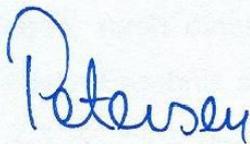
Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen der Gesellschaft im Lagebericht hin. Die wesentlichen Risiken der künftigen Entwicklung liegen insbesondere darin, ob die prognostizierten Erträge für das Geschäftsjahr 2005 tatsächlich realisiert werden können, ggf. können weitere Verluste nicht ausgeschlossen werden.

Außerdem werden aus Rechtsstreitigkeiten gegenüber der Gesellschaft Schadensersatzansprüche in Höhe von EUR 2,5 Mio. erhoben, deren rechtliche Durchsetzung wir für nicht wahrscheinlich halten. Auf bestehende abschließend nicht beurteilbare Restrisiken weisen wir hin.

Kiel, den 18. Mai 2005

Hansa Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Petersen
Wirtschaftsprüfer



Düsseldorf, den 18. Mai 2005

BM Partner Revision GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Rose
Wirtschaftsprüfer



30.4 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003 nach HGB

30.4.1 Bilanz zum 31. Dezember 2003

Börsenmakler Schnigge Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Bilanz zum 31. Dezember 2003

AKTIVA				PASSIVA			
	<u>31.12.2003</u>	<u>31.12.2003</u>	<u>Vorjahr</u>		<u>31.12.2003</u>	<u>31.12.2003</u>	<u>Vorjahr</u>
	EUR	EUR	TEUR		EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve Kassenbestand		271,17	0	1. Sonstige Verbindlichkeiten		122.977,66	4.268
2. Forderungen an Kreditinstitute				2. Rückstellungen			
a) täglich fällig	633.571,31		665	a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.009.981,00		1.016
b) andere Forderungen	<u>30.634,89</u>	664.206,20	-	b) Steuerrückstellungen	101.094,80		-
				c) Andere Rückstellungen	<u>497.163,16</u>		<u>972</u>
						1.608.238,96	1.988
3. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		121.828,07	29	3. Nachrangige Verbindlichkeiten		650.000,00	0
4. Beteiligungen		2,00	40	4. Eigenkapital			
5. Anteile an verbundenen Unternehmen		878.410,00	4.100	a) Gezeichnetes Kapital	2.000.000,00		10.000
				b) Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung			
darunter: an Kreditinstituten: EUR 754.910,00 (Vorjahr: TEUR 0)				geleistete Einlagen	754.910,00		0

6.	Immaterielle Anlagewerte	5.877,00	18	b) Kapitalrücklage Stand 01.01	0,00		34.376
				Entnahmen	<u>0,00</u>		<u>34.376</u>
					0,00		0
				c) Bilanzverlust	2.584.039,09		10.397
7.	Sachanlagen	185.736,49	298	d) Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	<u>0,00</u>		<u>397</u>
						170.870,91	0
8.	Sonstige Vermögensgegenstände	638.205,24	695				
9.	Rechnungsabgrenzungsposten	57.551,36	14				
10.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	397				
Summe Aktiva		2.552.087,53	6.256	Summe Passiva		2.552.087,53	6.256

30.4.2 Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2003

Börsenmakler Schnigge Aktiengesellschaft, Düsseldorf Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2003

	2 0 0 3			Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	12.824,00			34
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>6.363,58</u>			<u>15</u>
		19.187,58		49
2. Zinsaufwendungen		<u>-30.225,17</u>		<u>-31</u>
			-11.037,59	18
3. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			1.458,07	186
4. Provisionserträge		596.160,38		2.585
davon:				
Courtageerträge: EUR 596.160,38 (Vorjahr: TEUR 2.473)				
5. Provisionsaufwendungen		-146.611,35		-1.110
davon:				
Courtageaufwendungen: EUR 142.378,94 (Vorjahr: TEUR 1.099)				
Provisionsergebnis			449.549,03	1.475
6a. Ertrag aus Finanzgeschäften				
davon:				
aa) Wertpapiere	1.118.721,60			4.122
ab) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäften	<u>1.252.879,93</u>			<u>4.032</u>
		2.371.601,53		8.154
6b. Aufwand aus Finanzgeschäften				
aa) Wertpapiere	-886.270,87			-4.037
ab) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäften	<u>-817.187,21</u>			<u>-3.920</u>
		<u>-1.703.458,08</u>		<u>-7.957</u>
Ergebnis aus Finanzgeschäften			668.143,45	197
7. Sonstige betriebliche Erträge			96.800,91	246
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-589.475,40			-1.827
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>-182.853,58</u>			<u>-341</u>
darunter: für Altersversorgung: EUR 62.438,46 (Vorjahr: TEUR 61)		-772.328,98		-2.168
b) Andere Verwaltungsaufwendungen		<u>-1.413.841,35</u>		<u>-4.687</u>
			-2.186.170,33	-6.855
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-119.102,54	-431
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-1.747,00	-68
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00	-267
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	4
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	-4.725

14. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-1.102.106,00	-10.220
15. Ausserordentliche Erträge	16.140,11		291
16. Ausserordentliche Aufwendungen	<u>0,00</u>		<u>-500</u>
17. Ausserordentliches Ergebnis		16.140,11	-209
18. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-101.094,80		-22
19. Sonstige Steuern	<u>-418,05</u>		<u>-1</u>
		-101.512,85	-23
20. Jahresfehlbetrag		<u>-1.187.478,74</u>	<u>-10.452</u>
21. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-	
		10.396.560,35	-34.321
22. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		0,00	34.376
23. Ertrag aus der Kapitalherabsetzung		9.000.000,00	0
24. Bilanzverlust		<u><u>-2.584.039,09</u></u>	<u><u>-10.397</u></u>

30.4.3 Anhang für das Geschäftsjahr 2003

Börsenmakler Schnigge AG,
Düsseldorf

Anhang
für das Geschäftsjahr 2003

Inhalt

- I. Allgemeines
- II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
- III. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung
- IV. Sonstige finanzielle Verpflichtungen
- V. Organmitglieder und deren Bezüge
- VI. Mitarbeiter
- VII. Ergebnisverwendungsvorschlag für das Geschäftsjahr 2003

I. Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003 der Börsenmakler Schnigge AG wurde nach den allgemeinen Vorschriften des HGB, des AktG sowie nach der für Kreditinstitute und für Finanzdienstleistungsinstitute geltenden Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Durch Beschluss des Amtsgerichtes Düsseldorf vom 17. Dezember 2002 ist ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt und ein Zustimmungsvorbehalt angeordnet worden. Diese Sicherungsmaßnahmen wurden durch Beschluss des Amtsgerichtes Düsseldorf vom 14. März 2003 aufgehoben.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1. Allgemeines

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze angewandt:

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Geschäfte in fremder Währung wurden im Geschäftsjahr 2003 in geringfügigem Umfang zur Abwicklung von kundeninduzierten Wertpapiergeschäften getätigt. Die Währungsumrechnung erfolgte gemäß § 340h HGB. Am Bilanzstichtag 31. Dezember 2003 bestanden keine Fremdwährungsbestände.

Forderungen sind mit dem Nennwert, Verbindlichkeiten mit ihrem Rückzahlungsbetrag und Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlichen Betrages angesetzt.

Die im Bestand befindlichen Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapiere sind dem Handelsbestand zugeordnet und unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bilanziert. Als Anschaffungskosten wurden dabei die gewichteten, durchschnittlichen Anschaffungskosten herangezogen. Die Bewertung der börsennotierten Wertpapiere erfolgte mit den Jahresschlusskursen in absteigender Folge der liquidesten Märkte. Die nicht börsennotierten Wertpapiere wurden mit den

letzten Geldkursen im außerbörslichen Telefonhandel, bei Nichtvorliegen von aktuellen Kursen mit den Kursen des letzten Umsatzes bewertet, soweit nicht ein niedrigerer Ansatz angezeigt war. Wertpapiere mit nur geringen oder keinen Umsätzen werden mit den grundsätzlich um einen Abschlag von 25 % reduzierten Kursen des Bilanzstichtags oder der niedrigeren Notierung (Geldkurs) des laufenden Jahres bewertet.

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. mit dem am Abschluss-Stichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger, nutzungsbedingter Abschreibungen bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear mit den steuerlich zulässigen Sätzen. Bei Zugängen beweglicher Vermögensgegenstände im ersten Halbjahr wird die volle, im zweiten Halbjahr die halbe Rate der Jahresabschreibung angesetzt. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Die zum 31. Dezember 2003 unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen wurden zum Nennwert gemäß Schreiben der Versicherungen bilanziert.

Rückstellungen für Pensionen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Teilwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 6 % angesetzt. Bei der Berechnung wurden die Richttafeln von 1998 zugrunde gelegt.

Die Steuerrückstellungen wurden mit dem Betrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die anderen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

2. Besonderheiten

Gemäß Verschmelzungsvertrag vom 29. August 2003 wurde die Schnigge Beteiligungs AG, Düsseldorf, als übertragender Rechtsträger auf die Börsenmakler Schnigge AG, Düsseldorf, als übernehmender Rechtsträger gemäß §§ 2 ff., 60 ff. UmwG verschmolzen (Verschmelzung durch Aufnahme). Verschmelzungstichtag

war der 1. Januar 2003. Der aus der Verschmelzung resultierende Verschmelzungsgewinn wurde unter den außerordentlichen Erträgen ausgewiesen.

Die Eintragung im Handelsregister des übertragenden Rechtsträgers erfolgte am 8. September 2003; die Eintragung im Handelsregister des übernehmenden Rechtsträgers erfolgte am 17. September 2003.

3. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG und § 285 Nr. 16 HGB

Vorstand und Aufsichtsrat erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit wenigen Ausnahmen entsprochen wird. Diese sind auf der Internetseite der Börsenmakler Schnigge AG veröffentlicht und abrufbar (www.schnigge-de/info/ir/reports/html).

4. Aufstellung des Konzernabschlusses

Die Gesellschaft ist gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen der AHAG-Value-Stocks AG, Lünen, und der Schnigge Online Trading Center GmbH, Düsseldorf, an denen sie jeweils 100 % der Anteile hält sowie der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, Hamburg, an der sie 69 % der Anteile hält.

Auf die Einbeziehung der Schnigge Online Trading Center GmbH, Düsseldorf, wurde wie im Vorjahr gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verzichtet. Diese Gesellschaft hat ihre Erlaubnis zur Erbringung von Finanzdienstleistungen an die BaFin im November 2002 zurückgegeben und übt keine Geschäftstätigkeit aus.

Auf die Einbeziehung der AHAG-Value-Stocks AG, Lünen, wurde gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verzichtet. Diese Gesellschaft übt keine Geschäftstätigkeit aus. Die Anteile wurden im März 2004 verkauft.

Auf die Einbeziehung der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, Hamburg, wurde gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB verzichtet. Der Betrieb einer Wertpapierhandelsbank sowie das gleichzeitige Halten einer wesentlichen Beteiligung an einer zweiten Wertpapierhandelsbank erschien geschäftspolitisch wenig sinnvoll. Vor diesem Hintergrund bestand mit dem neuen Großaktionär Einvernehmen darüber,

dass die Beteiligung entweder, nach Einbringung der restlichen 31 % von weiteren Aktionären der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, auf die Börsenmakler Schnigge AG verschmolzen oder die Beteiligung mit ihrer möglicherweise für Dritte interessanten Wertpapierhandelsbanklizenz weiterveräußert werden sollte. Bis zum Abschluss der Verkaufsverhandlungen erfolgte keine Integration dieser Tochtergesellschaft in den Konzernverbund der Börsenmakler Schnigge AG, insbesondere wurde der Geschäftsbereich Retail/Private Banking nicht wie ursprünglich geplant über die Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG aufgenommen, sondern im April 2004 eine Zweigniederlassung der Börsenmakler Schnigge AG in Dresden für diesen Geschäftsbereich eröffnet.

Im April 2004 wurde der 69 %ige Anteil an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG verkauft. Auf Grund dieser wertaufhellenden Erkenntnisse wurde auf eine Einbeziehung der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB verzichtet.

Die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses ist entfallen, da der Konzern nur aus einem Mutterunternehmen sowie aus zwei Tochterunternehmen, die unter das Konsolidierungswahlrecht des § 296 Abs. 2 HGB fallen und aus einem Tochterunternehmen, das unter das Konsolidierungswahlrecht des § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB fällt, besteht.

III. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Fristengliederung bestimmter Bilanzposten nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 30.634,89 haben eine Restlaufzeit von mehr als drei Monaten bis ein Jahr.

2. Wertpapiere

Für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Wertpapiere ergibt sich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 RechKredV folgende Aufgliederung:

Bilanzposition	Buchwert TEUR	davon	davon nicht
		börsen- notiert TEUR	börsen- notiert TEUR
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	122	51	71
Anteile an verbundenen Unternehmen	878	0	878
	<u>1.000</u>	<u>51</u>	<u>949</u>

3. Anteilsbesitz

Für den Anteilsbesitz per 31. Dezember 2003 wurde jeweils der letzte vorliegende Jahresabschluss der Gesellschaft erfasst:

Gesellschaft und Sitz	Beteiligungs- quote %	Eigenkapital TEUR	Ergebnis TEUR	Jahresab- schluss per	Buchwert per 31.12.03 TEUR
econia.com AG, Köln ^{2), 3)}	13,3	1.276	-2.829	31.12.2001	0
NEVAG neue energie verbund AG, Wiesbaden ³⁾	2,4	499	-1.165	31.12.2002 ⁵⁾	0
AHAG-Value-Stocks AG, Dortmund/Lünen	100,0	34	-6	31.12.2002	24
Schnigge Online Trading Center GmbH, Düsseldorf	100,0	93	-1	31.12.2003 ¹⁾	100
Hein-OFL Wertpapier- handelsbank AG, Hamburg	69,0	831	-108	31.12.2003 ⁴⁾	755
Silicon Vision AG, Siegen ^{2), 3)}	16,0	14.451	-282	31.08.2001	0
kant! Vermögensmanage- ment Frey & Schnigge GmbH Düsseldorf ⁶⁾	29,0	453	21	31.12.2000	0
Premium Food Systems AG, Unna ^{2), 3)}	4,3	9.023	-4.210	31.12.2000	0

¹⁾ vorläufiger Jahresabschluss

²⁾ Die Gesellschaften befanden sich im Zeitpunkt der Aufstellung des Anteilsbesitzes im Insolvenzverfahren

³⁾ Aufgrund der Vereinbarungen vom 21.02.2003 stehen eventuelle Veräußerungserlöse aus dem Verkauf der Beteiligungen den Gläubigerbanken zu, die Forderungsverzichte ausgesprochen haben.

⁴⁾ Zwischenabschluss

⁵⁾ Konzernabschluss

⁶⁾ Die Beteiligung wurde aufgrund des Insolvenzverfahrens im Anlagespiegel in 2001 als Abgang behandelt.

4. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im nachfolgenden Anlagespiegel dargestellt. Die Gesellschaft besitzt keine eigengenutzten Grundstücke oder Gebäude.

Börsenmakler Schnigge AG, Düsseldorf

Entwicklung des Anlagevermögens 2003

	ANSCHAFFUNGSKOSTEN				ABSCHREIBUNGEN				BUCHWERTE	
	Stand	Zugänge	Abgänge	Stand	kumuliert	Zugänge	Abgänge	kumuliert	31.12.2003	31.12.2002
	01.01.2003	Umbuchung 2 0 0 3	(U) Umbuchung 2 0 0 3	(U) Umbuchung 2 0 0 3	bis 01.01.2003	Umbuchung 2 0 0 3	(U) Umbuchung 2 0 0 3	(U) Umbuchung 2 0 0 3		
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
I. Finanzanlagen										
1. Beteiligungen	5.573.973,35	13.502,00	5.523.973,35 63.500,00 (U)	2,00	5.533.973,35	0,00	5.493.973,35 40.000,00 (U)	0,00	2,00	40.000,00
2. Anteile an verbundenen Unternehmen	4.191.580,10	754.910,00 63.500,00 (U)	4.000.000,00	1.009.990,10	91.580,10	40.000,00 (U)	0,00	131.580,10	878.410,00	4.100.000,00
	9.765.553,45	768.412,00 63.500,00 (U)	9.523.973,35 63.500,00 (U)	1.009.992,10	5.625.553,45	0,00 40.000,00 (U)	5.493.973,35 40.000,00 (U)	131.580,10	878.412,00	4.140.000,00
II. Immaterielle Anlagewerte										
EDV-Programme	96.921,76	0,00	0,00	96.921,76	78.931,76	12.113,00	0,00	91.044,76	5.877,00	17.990,00
III. Sachanlagen										
1. Pkw	47.233,04	0,00	0,00	47.233,04	47.232,04	0,00	0,00	47.232,04	1,00	1,00
2. Betriebsausstattung	1.303.047,04	4.038,54	45.389,32	1.261.696,26	1.205.997,04	67.297,54	44.570,81	1.228.723,77	32.972,49	97.050,00
3. Büroeinrichtung	150.006,36	0,00	1.446,30	148.560,06	56.649,36	14.627,00	514,30	70.762,06	77.798,00	93.357,00
4. Einbauten	89.694,28	0,00	12.888,03	76.806,25	46.974,28	9.601,00	5.641,03	50.934,25	25.872,00	42.720,00
5. Sonstige Anlagen	117.015,88	0,00	0,00	117.015,88	52.458,88	15.464,00	0,00	67.922,88	49.093,00	64.557,00
6. Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	1.706.996,60	4.038,54	59.723,65	1.651.311,49	1.409.311,60	106.989,54	50.726,14	1.465.575,00	185.736,49	297.685,00
IV. Aktivwert aus Rückdeckungsversicherung	546.322,00	11.811,00	0,00	558.133,00	0,00	0,00	0,00	0,00	558.133,00	546.322,00
Insgesamt	12.115.793,81	784.261,54 63.500,00 (U)	9.583.697,00 63.500,00 (U)	3.316.358,35	7.113.796,81	119.102,54 40.000,00 (U)	5.544.699,49 40.000,00 (U)	1.688.199,86	1.628.158,49	5.001.997,00

5. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Posten sonstige Vermögensgegenstände von TEUR 638 enthält im Wesentlichen mit TEUR 558 die Aktivwerte aus der Rückdeckungsversicherung für die Pensionsverpflichtungen.

6. Sonstige Verbindlichkeiten

Der Posten sonstige Verbindlichkeiten von TEUR 123 enthält im Wesentlichen mit TEUR 39 offene Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen.

7. Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen in Höhe von TEUR 497 entfallen im Wesentlichen mit TEUR 75 auf die Kosten im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung und Börseneinführung, mit TEUR 222 auf Beiträge, mit TEUR 73 auf Jahresabschluss- und Prüfungskosten sowie mit TEUR 37 auf noch nicht genommene Urlaubstage 2003.

8. Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen wurden auf Basis der vorliegenden Steuerbescheide bzw. des Berichtes über die steuerliche Außenprüfung für Gewerbe- und Körperschaftsteuer für die Veranlagungszeiträume 1997 bis 2000 gebildet.

9. Nachrangige Verbindlichkeiten

In der Vereinbarung vom 7./11. Juli 2003 über die Begründung von Ergänzungskapital i.S.v. § 10 Abs. 2b KWG wurde vereinbart, dass ein nachrangiges Darlehen in Höhe von TEUR 650 zur Verfügung gestellt wird, das den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entspricht.

10. Eigenkapital

Entwicklung des gezeichneten Kapitals:

	Gezeichnetes Kapital	Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen
	TEUR	TEUR
Stand 1.1.2003	10.000	0
Vereinfachte Kapitalherabsetzung gem. §§ 229 ff. AktG	9.000	0
Kapitalerhöhung vom 29.08.2003	1.000	0
Kapitalerhöhung vom 13.12.2003	0	755
Stand 31.12.2003	2.000	755

Aktiengattungen:

Das Grundkapital der Börsenmakler Schnigge AG setzt sich am Bilanzstichtag zusammen aus 2.000.000 Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von EUR 1,00 je Aktie.

Entwicklung des Grundkapitals

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 29. August 2003 wurde das Grundkapital der Gesellschaft nach den Vorschriften über die vereinfachte Kapitalherabsetzung (§§ 229 ff. AktG) von EUR 10,0 Mio. um EUR 9,0 Mio. auf EUR 1,0 Mio. herabgesetzt. Die Herabsetzung erfolgte, um Wertminderungen auszugleichen und sonstige Verluste zu decken. Die vereinfachte Herabsetzung des Grundkapitals wurde am 9. September 2003 in das Handelsregister eingetragen.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 29. August 2003 wurde das zuvor herabgesetzte Grundkapital gegen Bareinlagen von EUR 1,0 Mio. um EUR 1,0 Mio. auf EUR 2,0 Mio. erhöht. Die Erhöhung des Grundkapitals wurde am 7. November 2003 in das Handelsregister eingetragen.

Mit Beschluss des Vorstandes vom 13. Dezember 2003 wurde beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft unter vollständiger Ausnutzung des genehmigten

Kapitals gemäß § 4 Absatz 7 der Satzung in Höhe von EUR 1,5 Mio. und teilweiser Ausnutzung des genehmigten Kapitals gemäß § 4 Absatz 8 der Satzung in Höhe von EUR 0,5 Mio. von EUR 2,0 Mio. um bis zu EUR 2,0 Mio. auf bis zu EUR 4,0 Mio. zu erhöhen durch Ausgabe von bis zu 2,0 Mio. Stück neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Aktie. Die neuen Aktien sind ab dem 1. Januar 2003 gewinnberechtigt.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat in seiner Sitzung vom 13. Dezember 2003 zu dem Beschluss des Vorstandes seine Zustimmung erteilt.

Die am 13. Dezember 2003 vom Vorstand der Gesellschaft beschlossenen Kapitalerhöhung ist unter teilweiser Ausnutzung des genehmigten Kapitals gemäß § 4 Absatz 7 der Satzung mit einem Betrag in Höhe von EUR 1,35 Mio. durchgeführt, und zwar wie folgt:

- Durch Barkapitalerhöhung in Höhe von	595.090,00 EUR
- Durch Sachkapitalerhöhung in Höhe von	<u>754.910,00 EUR</u>
Insgesamt	1.350.000,00 EUR
	=====

Die Sachkapitalerhöhung erfolgte gegen Einbringung von 690.000 Stückaktien an der im Handelsregister des Amtsgerichtes Hamburg unter HR B 87558 eingetragenen Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG mit Sitz in Hamburg, wobei im Einzelnen eingebracht haben:

- die OFL-Anlagen Leasing AG, Dresden, 650.000 Stückaktien an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG gegen Gewährung von 711.147 neuer Stückaktien,
- Herr Frank Peinelt, Cottbus, 40.000 Stückaktien an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG gegen Gewährung von 43.763 neuer Stückaktien.

Gemäß Einbringungsvertrag erfolgte die Übertragung der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG-Aktien mit Wirkung zum 22. Dezember 2003.

Somit ist das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 2,0 Mio. um EUR 1,35 Mio. auf EUR 3,35 Mio. erhöht worden unter teilweiser Ausnutzung des genehmigten Kapitals gemäß § 4 Abs. 7 der Satzung. Das genehmigte Kapital gemäß § 4 Absatz 8 wurde nicht ausgenutzt. Die Handelsregisteranmeldung der Kapitalerhöhung erfolgte mit notarieller Urkunde Nr. 69 für 2004 vom 16. Januar 2004 des Notars Wolfgang Gebele, Düsseldorf. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 9. Februar 2004.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand der Gesellschaft ist zu folgenden Kapitalerhöhungen ermächtigt:

- EUR 1.500.000,00
Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Juni 1999 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital für 5 Jahre nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt EUR 1.500.000,00 durch Ausgabe einer entsprechenden Zahl neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital).

Das genehmigte Kapital in Höhe von ursprünglich EUR 1.500.000,00 besteht nach teilweiser Ausschöpfung noch in Höhe von EUR 150.000,00.

- EUR 3.500.000,00
Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 30. Juni 2000 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital für 5 Jahre nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt EUR 3.500.000,00 durch Ausgabe einer entsprechenden Zahl neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital 2000)..

Die Kapitalerhöhungen können gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen erfolgen. Der Vorstand entscheidet über einen Ausschluss des Bezugsrechts.

11. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen mit TEUR 13 Erträge aus der Überlassung von PKW's, mit TEUR 12 die Erträge aus der Zuschreibung des Aktivwerts aus Rückdeckungsversicherungen, sowie mit TEUR 56 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

12. Sonstige Angaben

Entsprechend dem Börsengesetz wurden gegenüber diversen deutschen Börsen sowie gegenüber der Deutschen Börse AG wegen Teilnahme am XETRA-Handel Sicherheiten in Form von Avalen verschiedener Banken in Höhe von TEUR 650 sowie darüber hinaus Mietavale von TEUR 31 geleistet.

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte bestanden nicht.

Märkte, die sich aus organisatorischer Sicht wesentlich voneinander unterscheiden (§ 34 Abs. 2 RechKredV), liegen nicht vor.

IV. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von TEUR 415. Verpflichtungen aus Aufgabengeschäften bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

V. Organmitglieder und deren Bezüge

Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft:

- Wolfgang Schickert, Rechtsanwalt (Vorsitzender), Meerbusch (bis 31.03.2004), zugleich AR-Mitglied der Schnigge Beteiligungs AG, Düsseldorf (bis 17.09.2003).
- Aribert Lieske, Steuerberater (stellvertretender Vorsitzender), Düsseldorf, zugleich AR-Mitglied der Schnigge Beteiligungs AG, Düsseldorf (bis 17.09.2003), der Lang & Schwarz Wertpapierhandel AG, Düsseldorf, und der Dj-sets Multimedia AG, Berlin

- Günter Grosser, Bankkaufmann, Bad Zwischenahn, (bis 29.08.2003)
zugleich AR-Mitglied der Schnigge Beteiligungs AG, Düsseldorf (bis 17.09.2003),
- Hans-Joachim Plückers, Bankkaufmann, Mülheim an der Ruhr (ab 29.08.2003),
- Dr. Andreas Meyer-Landrut, Rechtsanwalt, Düsseldorf (ab 20.04.2004 vom Amtsgericht Düsseldorf bestellt).

Mitglieder des Vorstandes der Gesellschaft:

- Hans-Joachim Plückers, Mülheim an der Ruhr (Sprecher des Vorstands),
(bis 13.05.2003), zugleich Vorstandsmitglied der Schnigge Beteiligungs AG, Düsseldorf, (bis 13.05.2003),
- Karl August Schnigge, Hofheim
zugleich Vorstandsmitglied der Schnigge Beteiligungs AG, Düsseldorf (bis 17.09.2003),
- Florian Weber, Wülfrath, (ab 14.05.2003),
zugleich AR-Mitglied der AHAG-Value-Stocks AG, Lünen.

Der Aktienbesitz der Organmitglieder setzt sich wie folgt zusammen:

Karl August Schnigge	8,57 %,
Florian Weber	10,00 %,
Hans-Joachim Plückers	9,92 %,
Aribert Lieske	3,65 %

Aufwendungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates fielen im Geschäftsjahr 2003 in Höhe von TEUR 33 an. Die Gesamtbezüge des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2003 betragen TEUR 205. Es wurden keine Tantiemen an den Vorstand gezahlt. Die Höhe der Pensionsrückstellung für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder beträgt TEUR 538.

VI. Mitarbeiter

In 2003 waren bei der Börsenmakler Schnigge AG – inklusive Vorstand – durchschnittlich 16 Mitarbeiter beschäftigt. Am Bilanzstichtag waren 13 Mitarbeiter beschäftigt, die sich getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	31.12.2003
Vorstand	2
Angestellte Handel	8
Angestellte Verwaltung	3

VII. Bilanzverlust und Ergebnisverwendungsvorschlag

	EUR
Verlustvortrag	10.396.560,35
Jahresfehlbetrag 2003	1.187.478,74
Ertrag aus der Kapitalherabsetzung	9.000.000,00
Bilanzverlust 31.12.2003	20.584.039,09

Der Vorstand der Gesellschaft schlägt vor, den Bilanzverlust zum 31. Dezember 2003 in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen.

Düsseldorf, den 04. Mai 2004

Der Vorstand

K. A. Schnigge

F. Weber

30.4.4 Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Börsenmakler Schnigge Aktiengesellschaft, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

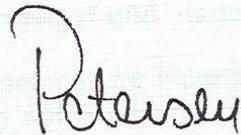
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen der Gesellschaft im Lagebericht hin. Danach befindet sich die Gesellschaft weiterhin in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Die Risiken der zukünftigen Entwicklung liegen insbesondere in der vertragsgemäßen Abwicklung der in 2004 durchgeführten Beteiligungsverkäufe sowie darin, ob die prognostizierte Ertragsentwicklung für das Geschäftsjahr 2004 erreicht werden kann.

Kiel, den 6. Mai 2004

Hansa Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Petersen

Wirtschaftsprüfer



Düsseldorf, den 6. Mai 2004

BM Partner Revision GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Rose

Wirtschaftsprüfer



30.4.5 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2003



Lagebericht 2003

Der Markt

Das Börsenjahr 2003 war an den deutschen Börsen nach herben Verlusten in den Vorjahren endlich wieder ein Jahr mit positivem Gesamtverlauf. So legte das Marktbarometer für Standardwerte, der DAX, im Verlauf des Jahres um insgesamt 36,79 Prozent zu. Der TecDAX, Nachfolger des ehemaligen Nemax, konnte 50,98 Prozent hinzugewinnen.

Das Jahr war geprägt von zurückkehrendem Anlegerinteresse. Bei einem weiterhin niedrigen Zinsniveau setzte sich zunehmend die Auffassung durch, dass die Talsohle der Wirtschaftsmisere durchschritten sei. Nach zögerlichem Beginn gewann diese Auffassung zunehmend an Gewicht und neben institutionellen Anlegern kehrten im Jahresverlauf vermehrt auch Privatanleger in den Markt zurück. Zum Jahresende gewann diese Entwicklung an Dynamik, so dass der Deutsche Markt im Jahr 2003 auf Höchstniveau schloss. Insgesamt muss jedoch festgehalten werden, dass der Kursanstieg im Vergleich zu früheren Jahren nicht im gleichen Maße mit steigenden Umsätzen einherging.

Geschäftsverlauf und -lage

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hatte am 13. Dezember 2002 den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Börsenmakler Schnigge AG beim zuständigen Amtsgericht Düsseldorf gestellt. Die Lizenzen und Börsenzulassungen der Gesellschaft ruhten zunächst von diesem Tage an.

Ebenso hat der Vorstand der Schnigge Beteiligungs AG mit gleichem Datum einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen dieser Gesellschaft gestellt, da die Muttergesellschaft ihren Verpflichtungen aus dem Ergebnisabführungsvertrag nicht mehr nachkommen konnte.

Zusammen mit dem in beiden Verfahren bestellten vorläufigen Insolvenzverwalter, Herrn Rechtsanwalt Dr. Biner Bähr von White, Case Insolvenz GbR aus Düsseldorf, bemühte sich der Vorstand der Gesellschaft um die Akquisition eines Investors, der im Rahmen des vorläufigen Insolvenzverfahrens die Fortführung der Gesellschaft ermöglichen würde.

In langwierigen Verhandlungen gelang es, die Gläubiger der Gesellschaft sowie die der Schnigge Beteiligungs AG zu einem weitreichenden Forderungsverzicht zu bewegen. Durch die so erreichte Entschuldung und die gleichzeitige Gewinnung eines Investors konnte der Insolvenzgrund beseitigt werden.

Nach Unterzeichnung der Beteiligungsverträge mit einer Investorengruppe unter Führung der BSL Asset Management AG, Hamburg, erklärte die BaFin am 14. März 2003 den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens für erledigt. Auch der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Schnigge Beteiligungs AG wurde vom Vorstand der Gesellschaft am 17. März 2003 zurück genommen.

Somit konnte die Börsenmakler Schnigge AG zum 1. April 2003 die Geschäftstätigkeit wieder aufnehmen. Die ruhenden Lizenzen und Börsenzulassungen wurden wieder aktiviert. Im Zuge der Wiederaufnahme gab die Gesellschaft die Lizenz für das Emissionsgeschäft an die BaFin zurück.

Auf Wunsch der BSL Asset Management AG wurden die im März 2003 geschlossenen Verträge einvernehmlich aufgehoben. Als neuer Vertragspartner wurde die DMS Deutsche Maklerservice Holding AG, Hamburg, benannt. Diese stellte als neuer Investor Mittel in Höhe von 0,65 Mio. Euro zur Verfügung, die die Liquidität bis zur Eintragung der Kapitalmaßnahmen nach der geplanten Hauptversammlung am 27. Mai 2003 sicherstellen sollten.

Dieser Hauptversammlungstermin musste jedoch auf Grund von offenen Sachfragen innerhalb der Investorengruppe abgesagt werden. Die ursprünglich als Vorauszahlung auf eine folgende Kapitalerhöhung gedachte Liquiditätszahlung wurde daraufhin in ein langfristiges, eigenkapitalähnliches Darlehen (Ergänzungs kapital gem. § 10 Abs. 2 b KWG) umgewidmet.

Auf der im August durchgeführten ordentlichen Hauptversammlung stand die Investorengruppe dann nicht mehr zur Verfügung. Dennoch beschloss die Hauptversammlung die geplanten Kapitalmaßnahmen.

In der Folgezeit gelang es dem Vorstand der Gesellschaft, den heutigen Großaktionär, die OFL AnlagenLeasing AG, Bautzen/Dresden, nach intensiven Gesprächen als neuen Investor zu gewinnen.

Die im August beschlossenen Kapitalmaßnahmen sahen die Kapitalherabsetzung im Verhältnis 10 zu 1 auf dann 1 Mio. Euro sowie die anschließende Barkapitalerhöhung im Verhältnis 1 zu 1 um 1 Mio. Euro auf dann 2 Mio. Euro vor. Auf Grund der zum Zeitpunkt der Beschlüsse vorherrschenden Unsicherheit über die zukünftige Existenz der Gesellschaft war fester Bestandteil der Beschlüsse, dass der Vorstand der Gesellschaft die Kapitalerhöhungsgelder nur einfordern wird, wenn sich ein Investor verbindlich dazu verpflichtet hat, eine weitere Kapitalerhöhung in Höhe von mindestens 0,75 Mio. Euro zu zeichnen.

Nach erfolgreicher Kapitalerhöhung I konnte im Dezember 2003 mit der Kapitalerhöhung II begonnen werden, die als kombinierte Sach- und Barkapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital und ebenfalls unter Wahrung des gesetzlichen Bezugsrechts der Altaktionäre durchgeführt wurde. Voraussetzung für die Teilnahme des neuen Investors an dieser Kapitalerhöhung war die aufsichtsrechtliche Befreiung von der Verpflichtung zur Abgabe eines Übernahmeangebotes. Diese Kapitalerhöhung wurde am 9. Februar 2004 im Handelsregister eingetragen.

Das Geschäftsjahr 2003 war im Wesentlichen von den Verhandlungen zur Gewinnung von Investoren geprägt. Durch die stark verkleinerte Belegschaft ist jede Konzentration, die nicht auf die operative Geschäftstätigkeit ausgerichtet ist, nachteilig. Aus diesem Grund gelang es

nicht in ausreichendem Maße, die verbesserte Börsenstimmung durch die Reaktivierung ehemaliger Kundschaft und Neuakquisitionen in Geschäft umzuwandeln.

Trotz der generellen Verbesserung der Börsenstimmung im Jahr 2003 konnte auf Seiten der Börsenmakler Schnigge AG keine nennenswerte Ausweitung des Geschäftsvolumens erreicht werden. Vielmehr war erkennbar, dass Kunden sich zunächst mit Handelskontakten zurückhielten, da die Existenz der Gesellschaft bis weit in das Jahr 2003 hinein nicht gesichert erschien. Erst gegen Jahresende konnte festgestellt werden, dass das Vertrauen in die Gesellschaft wieder zurückkehrte. Im verhältnismäßig umsatzschwachen Jahresendgeschäft verhalf dies der Schnigge AG jedoch noch nicht zu den gewünschten Erträgen.

Insgesamt ist das Geschäftsjahr 2003 nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Zum einen konnten Erträge nur während der letzten neun Monate erzielt werden, da die Gesellschaft in dem ersten Quartal des Jahres nicht operativ tätig war. Demgegenüber standen aber Kosten für das gesamte Jahr 2003. Zum anderen hat die Gesellschaft ihre Tätigkeit mit deutlich reduziertem Angebotsspektrum und kleinerer Belegschaft fortgesetzt.

Die Erträge aus Finanzgeschäften lagen dadurch auf niedrigem Niveau. Auch zum Jahresende hin konnte keine Besserung erzielt werden, da trotz anziehender Kurse keine allgemeine Umsatzerholung, insbesondere in den von Schnigge betreuten Werten, zu verzeichnen war.

Wie schon im Vorjahr, so war auch im Jahr 2003 keine Neuemission am deutschen Markt zu verzeichnen, sodass auch der PRE-IPO-Handel keinen Deckungsbeitrag leisten konnte.

Bilanz- und Geschäftsentwicklung

Die Börsenmakler Schnigge AG schloss das Geschäftsjahr 2003 mit einem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von minus 1,1 Mio. Euro (Vorjahr minus 10,2 Mio. Euro) ab. Bedingt durch das vorläufige Insolvenzverfahren, das im März 2003 für erledigt erklärt wurde, konnte das operative Geschäft erst zum 1. April 2003 wieder aufgenommen werden. Laufenden Kosten standen im 1. Quartal 2003 daher keine Einnahmen gegenüber. Der prognostizierte Jahresfehlbetrag wurde somit überschritten. Dies hatte unterschiedliche, im Folgenden erläuterte Gründe:

Auf der Einnahmenseite fehlten die Erträge, die durch die von den ursprünglichen Investoren geplanten neuen Geschäftsfelder generiert werden sollten. Die Erträge, die durch die Kooperation mit dem neuen Großaktionär geplant sind, werden erst im Jahr 2004 erwartet.

Erträge aus Zinsen, Courtagen und Provisionen beliefen sich auf 0,4 Mio. Euro. Das Ergebnis aus Finanzgeschäften betrug 0,7 Mio. Euro (Vorjahr 0,2 Mio. Euro).

Anfallende Kosten für den Wiederaufbau und Betrieb der notwendigen technischen Infrastruktur zur Sicherung des ordnungsmäßigen Geschäftsablaufes haben sich als komplexer erwiesen, als zu erwarten war.

Die Rechts- und Beratungskosten und die allgemeinen Gesellschaftskosten haben sich gegenüber der Planung verdreifacht. Die Ursache liegt hier eindeutig in den Verhandlungen und Vertragsprüfungen, die im Laufe des Jahres 2003 für zwei Investorengruppen angefallen sind, und in den zwei Kapitalerhöhungen sowie der abgesagten außerordentlichen Haupt-

versammlung. Darin sind auch schon Kosten für die Börseneinführung der neuen Schnigge Aktien enthalten, die erst im Sommer 2004 stattfinden soll.

Eine Ende 2002 begonnene und im Jahr 2003 abgeschlossene Betriebsprüfung für die Jahre 1997 bis 2000 belastete das Ergebnis durch Steuernachzahlungen zusätzlich.

Diese Sonderfaktoren konnten in der tatsächlichen Höhe so nicht geplant werden. Teilweise handelte es sich um Einmalaufwendungen; die Veränderungen in den laufenden Kosten wurden umgehend in die Planrechnungen für das Geschäftsjahr 2004 einbezogen. Die Kostenseite wurde dennoch insgesamt weiter reduziert. Die Personalkosten sanken um nahezu 65 % gegenüber dem Vorjahr (2,2 Mio. Euro) auf 0,8 Mio. Euro. Die anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich von 4,7 Mio. Euro um 3,3 Mio. Euro auf 1,4 Mio. Euro.

Die Bilanzsumme beträgt 2,6 Mio. Euro (Vorjahr 6,3 Mio. Euro).

Die Schnigge Beteiligungs AG wurde im Jahr 2003 auf die Börsenmakler Schnigge AG verschmolzen. Somit ist der Ergebnisabführungsvertrag erledigt. Belastungen aus diesem Bereich erfolgen nicht mehr.

Berichte aus den einzelnen Geschäftsbereichen

Innerhalb der Börsenmakler Schnigge AG teilen sich die Geschäftsbereiche auf in den Eigenhandel, den außer- und vorbörslichen Aktienhandel sowie die Skontroführung. Beteiligungen wurden zunächst noch über die hundertprozentige Tochtergesellschaft abgewickelt.

Eigenhandel

Im Rahmen des Eigenhandels werden Aktien sowie Rentenpositionen im Handelsbestand geführt. Hierzu zählt auch der Handel mit nicht notierten Werten (Telefonhandel) und mit Genussscheinen. Das Ergebnis ist im Wesentlichen ausgewiesen im Aufwand und Ertrag aus Finanzgeschäften und beträgt für das Jahr 2003 0,6 Mio. Euro. Zum Bilanzstichtag waren minimale Abschreibungen erforderlich. Insgesamt konnte eine deutliche Verbesserung des Ergebnisses zum Vorjahr – trotz kürzerer Handelstätigkeit von neun Monaten im Jahr 2003 – verzeichnet werden.

Skontroführung

Der Skontroführer führt Angebot und Nachfrage zusammen und sorgt damit für die Preisfeststellung in den ihm von der jeweiligen Börse zugeordneten Wertpapieren. Während sich der Bereich der Genussschein- und Rentenskontroführung auf Grund der festen Rentenmärkte mit stabilen Umsätzen präsentierte, litt der Bereich der Aktienskontroführung unter anhaltend niedrigen Umsätzen im Nebenwertesegment. Durch die Inbetriebnahme einer Quotemachine und die damit einhergehende Optimierung der Kursstellung konnte zum Ende des Jahres ein leichter Umsatzanstieg registriert werden.

Sehr erfreulich entwickelte sich die Fondsskontroführung mit steigenden Umsätzen und Erträgen. Insgesamt lagen der Überschuss aus Courtagen und sonstigen Provisionen und die Nettoerträge aus Finanzgeschäften bei 0,5 Mio. Euro.

Vorbörslicher Handel (Pre – IPO – Handel)

Wie im Vorjahr konnte keine Neuemission verzeichnet werden, für die die Börsenmakler Schnigge AG einen Handel hätte durchführen können. Insofern musste auch für das Jahr 2003 der Wegfall eines in der Vergangenheit wesentlichen Ergebnisbeitrages beklagt werden.

Außerbörslicher Handel

Dieser Bereich erfüllte die Erwartungen der Gesellschaft in den Vorjahren nicht, sodass mit Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit im April 2003 der sogenannte ECN-Handel eingestellt wurde. Gleichzeitig konnte sich die Gesellschaft im Rahmen der Verhandlungen in der vorläufigen Insolvenz von hohen Kostenbelastungen aus diesem Bereich lösen.

Beteiligungen

Das Beteiligungsgeschäft ist zunächst noch von der Schnigge Beteiligungs AG, der 100prozentigen Tochter der Börsenmakler Schnigge AG, weiter betreut worden. Im Zuge der Verhandlungen zur Herausführung der Gesellschaft aus der vorläufigen Insolvenz wurde beschlossen, das Beteiligungsgeschäft ganz einzustellen. Dementsprechend wurde die Schnigge Beteiligungs AG im September 2003 auf die Börsenmakler Schnigge AG verschmolzen.

Die restlichen dort gehaltenen Beteiligungen, die ausnahmslos in den Vorjahren komplett abgeschrieben worden waren, gingen somit auf die Börsenmakler Schnigge AG als Rechtsnachfolgerin über. Eventuelle Verkaufserlöse aus diesen verpfändeten Beteiligungen stehen vereinbarungsgemäß den ehemaligen Gläubigerbanken zu.

Die Beteiligung an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, Hamburg, wurde im Zuge der Kapitalerhöhung II von der OFL AnlagenLeasing AG, Dresden als Sacheinlage eingebracht.

Beteiligungen in der Börsenmakler Schnigge AG per 31. Dezember 2003		
Buchwert Teuro	Anteils- quote %	Gesellschaft
755	69,0	Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG, Hamburg
0	4,3	Premium Food Systems AG, Unna
0	13,3	econia.com AG, Köln
0	16,0	Silicon Vision AG Siegen
0	2,4	NEVAG Neue Energie Verbund AG, Langenhagen
0	29,0	kant! Vermögensmanagement Frey & Schnigge GmbH, Düsseldorf

Der Anteil an der Findus Beteiligungen AG sowie an der Schnigge-AHAG venture capital AG, Dortmund, wurden im Jahr 2003 zum Buchwert bzw. mit geringfügigem Gewinn veräußert.

Weiterhin gibt es diese 100-prozentigen Tochtergesellschaften:

100-prozentige Tochtergesellschaften der Börsenmakler Schnigge AG per 31. Dezember 2003		
Buchwert Teuro	Anteils- quote %	Gesellschaft
100	100	Schnigge Online Trading Center GmbH, Düsseldorf
23,5	100	AHAG-Value-Stocks AG, Lünen

Der Anteil an der AHAG-Value-Stocks AG, Lünen, wurde im Juli 2003 auf 100 % aufgestockt, da diese Gesellschaft in das geplante Gesamtkonstrukt der damaligen Investorengruppe einbezogen werden sollte. Nachdem diese Pläne nicht durchgeführt wurden, ist die Gesellschaft als Ganzes im März 2004 mit kleinem Buchgewinn verkauft worden.

Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2002 waren bei der Gesellschaft einschließlich der Mitglieder des Vorstandes 25 Mitarbeiter/innen beschäftigt. Im Zuge des vorläufigen Insolvenzverfahrens ist allen Mitarbeitern im Februar 2003 gekündigt worden. Die meisten Mitarbeiter wurden sofort freigestellt, lediglich die Vorstände und drei Mitarbeiter wurden für die täglich anfallenden Arbeiten eingesetzt.

Nachdem der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens am 14. März 2003 seitens der BaFin für erledigt erklärt wurde, konnte die Geschäftstätigkeit der Börsenmakler Schnigge AG zum 1. April 2003 mit 13 Mitarbeitern inklusive Vorstand wieder aufgenommen werden.

Zum Jahresende 2003 hat sich diese Zahl um weitere zwei Mitarbeiter verringert.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch im Hinblick auf Gehaltsverzichte und -stundungen, für ihr persönliches Engagement in den schwierigen Zeiten des Insolvenzverfahrens und des Wiederaufbaus.

Risikobericht

Risikomanagement nimmt in der Branche der Finanzdienstleister einen immer höheren Stellenwert ein und ist in unserer Gesellschaft unerlässlich geworden. Das frühzeitige Erkennen, Überwachen und Steuern von Risiken gehört zu den großen Herausforderungen der Controlling-Abteilung. Für die gewissenhafte Durchführung sind klare interne Regeln und Grenzen festgelegt. Die Überwachung erfolgt permanent, berichtet wird direkt an den Vorstand.

Zum Umgang mit Risiken gehört ihre Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung. Um ein ungewolltes und unkontrolliertes Anwachsen unserer Risikopositionen zu verhindern, erfolgt die Steuerung auf der Basis festgelegter geschäfts- und risikopolitischer Grundsätze, die in unseren Handelsrichtlinien für alle Händler fest verankert sind.

Alle Geschäftsbereiche wurden für die einzelnen Risikoarten sensibilisiert und auf das bewusste und ertragsorientierte Eingehen von Risiken ausgerichtet.

Wir unterscheiden zwischen Adressenausfallrisiken, Marktrisiken, Liquiditätsrisiken, operationalen Risiken, IT-System-Risiken, rechtlichen und strategischen Risiken.

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken wird die Gefahr des Ausfalls von vertraglich zugesagten Leistungen durch einen Vertragspartner verstanden. Hier unterscheiden wir zwischen Emittentenrisiken und Kontrahentenrisiken.

Wir haben die Emittentenrisiken insofern zu berücksichtigen, als sie durch die Möglichkeit der Insolvenz von Unternehmen entstehen können, deren Anteile wir im Bestand halten. Diese Risiken werden täglich, auch untertäglich, in Aktiennettositionen einzelner Gattungen

überprüft, für die jeweils feste Limite vorgegeben sind. Ausnahmen hiervon sind vom Vorstand im Einzelfall vorab zu genehmigen.

Abwicklungsrisiken sind in unserem Geschäft als relativ gering einzustufen, da wir Geschäfte nur mit börsenzugelassenen Instituten und hier ‚Zug um Zug‘ tätigen.

Marktrisiken

Markt- oder Marktpreisrisiken können durch nachteilige Veränderungen von Marktpreisen, Zinsen oder Währungskursen entstehen und stellen damit eine Quelle für mögliche Verluste dar. Für unsere Geschäftsbereiche sind die Risiken von Aktienkursänderungen von Bedeutung.

Um die Risiken von Marktpreisänderungen so gering wie möglich zu halten, werden die sich aus den Wertpapierpositionen ergebenden Risiken sorgfältig gemessen und überwacht. Die Steuerung erfolgt mit dem Ziel, Kurs-Chancen zu nutzen, ohne die Erträge unnötig zu gefährden. Die Marktrisiken werden durch die Controlling-Abteilung täglich nach Art und Höhe ermittelt und bewertet. Die den einzelnen Händlern vorgegebenen Limite wurden vom Vorstand beschlossen und in Handelsrichtlinien zusammengefasst, die jeder Händler einhalten muss. Sie dürfen nur in genehmigten Ausnahmefällen überschritten werden.

Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiken wird die Gefahr der Illiquidität und damit der Nichterfüllung vertraglicher Zahlungsverpflichtungen verstanden. Sie können für uns insoweit entstehen, als wir Eigenhandelsgeschäfte in engen Märkten betreiben. Der Anteil am gesamten Geschäftsvolumen ist als gering einzustufen.

Außerdem besteht dieses Risiko bei der Liquidität unserer eigenen Gesellschaft. Durch die bisher durchgeführten Kapitalmaßnahmen wurde die erforderliche Liquidität zur Weiterführung der Geschäftstätigkeit sichergestellt. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht überwacht die Liquiditätssituation bei uns, wie bei allen Finanzdienstleistern, durch monatliche Meldungen.

Operationale Risiken

Operationale Risiken beziehen sich auf sämtliche Risikoarten, die mit der Ausübung unserer Geschäftstätigkeit verbunden sind. Sie ergeben sich aus unerwarteten Verlusten durch Fehler in Prozess- und Arbeitsabläufen und Schwachstellen in den Systemen. Sie können jederzeit in allen Unternehmensbereichen auftreten. Die Verminderung solcher Risiken erreichen wir durch den Einsatz qualifizierter Mitarbeiter und im Wesentlichen durch flache Hierarchien und Entscheidungsstrukturen.

IT-System-Risiken

Die von uns genutzten IT-Systeme werden von Fachleuten entwickelt und gewartet. Die Gesamte IT-Unterstützung einschließlich des Betriebs unseres Rechenzentrums wird von der Firma XCOM AG abgedeckt, einem im Bereich Börsen- und Bankensysteme versierten IT-Partner. Alle wichtigen Systeme sind redundant ausgelegt. Gleichwohl kann es zu

ungeplanten Systemstörungen kommen, die sich negativ auf unsere Geschäftstätigkeit auswirken können. Außerdem sind unsere IT-Systeme mit externen Systemen wie denen der Börsen verbunden, bei denen Störungen ebenfalls nicht generell ausgeschlossen werden können.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken entstehen einerseits aus der Durchsetzbarkeit rechtlicher Positionen und aus ungewollten rechtlichen Verpflichtungen. Verträge werden durch externe Rechtsanwälte geprüft bzw. werden diese zur Beurteilung von Rechtsfragen hinzugezogen.

Strategische Risiken

Veränderungen im Marktumfeld können die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft beeinträchtigen. Die Konzentration auf die Kerngeschäftsfelder soll die Neuausrichtung der Gesellschaft voranbringen. Die Kooperation mit dem neuen Großaktionär soll langfristiges Wachstum generieren und die Ertragslage stabilisieren.

Besondere Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres

Die Kapitalerhöhung II gegen Bar- und Sacheinlagen, deren Bezugsfrist in der Zeit vom 22. Dezember 2003 bis 12. Januar 2004 lief, konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Diese Kapitalerhöhung wurde am 9. Februar 2004 ins Handelsregister eingetragen. Nach den Kapitalmaßnahmen in den Jahren 2003/2004 beträgt das Grundkapital der Gesellschaft nunmehr EURO 3.350.000,--.

Der Betrieb einer Wertpapierhandelsbank sowie das gleichzeitige Halten einer wesentlichen Beteiligung an einer zweiten Wertpapierhandelsbank ist geschäftspolitisch wenig sinnvoll. Vor diesem Hintergrund bestand mit dem neuen Großaktionär Einvernehmen darüber, dass entweder die Beteiligung nach Einbringung der restlichen 31 % von weiteren Aktionären der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG auf die Börsenmakler Schnigge AG verschmolzen werden sollte oder die Beteiligung mit ihrer möglicherweise für Dritte interessanten Wertpapierhandelsbanklizenz weiterveräußert werden sollte.

Bis zum Abschluss der Verkaufsverhandlungen erfolgte keine Integration dieser Tochtergesellschaft in den Konzernverbund der Börsenmakler Schnigge AG, insbesondere wurde der Geschäftsbereich Retail/Privat Banking nicht wie ursprünglich geplant über die Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG aufgenommen, sondern im April 2004 eine Zweigniederlassung der Börsenmakler Schnigge AG in Dresden für diesen Geschäftsbereich eröffnet. Über das Börsenmaklergeschäft hinaus sollen in diesem Geschäftsbereich langfristig Erträge generiert werden. Zukünftig werden nicht genehmigungspflichtige und in einem zweiten Schritt genehmigungspflichtige Produkte über einen der Börsenmakler Schnigge AG zugeordneten Vertrieb verkauft.

Nach längeren Verhandlungen erklärte sich ein Interessent aus der Finanzdienstleisterbranche zur Übernahme des 69 %igen Anteils an der Hein-OFL Wertpapierhandelsbank AG bereit.

Zum 1. April 2004 hat die Gesellschaft die Geschäftsbereiche Rentenhandel und Institutionelle Kunden aufgenommen. Für diese Bereiche konnten drei Mitarbeiter gewonnen werden, die über langjährige Erfahrung auf Grund ihrer Tätigkeiten bei Banken und Maklerkollegen verfügen.

Herr Rechtsanwalt Wolfgang Schickert, langjähriger Vorsitzender des Aufsichtsrates der Börsenmakler Schnigge AG, hat wegen zukünftig erhöhter Beanspruchung durch seine Sozietät sein Amt zum 31. März 2004 niedergelegt. Wir danken Herrn Schickert auch auf diesem Wege für seine langjährige engagierte Tätigkeit in unserer Gesellschaft. Als neues Mitglied des Aufsichtsrates wurde seitens des Amtsgerichts Düsseldorf am 20. April 2004 Herr Rechtsanwalt Dr. Andreas Meyer-Landrut bestellt.

Ausblick

Nachdem diese Strukturierungsmaßnahmen durchgeführt sind und die Gespräche und Verhandlungen mit dem Investor zur Neuausrichtung der Gesellschaft so gut wie abgeschlossen sind, können alle Kräfte innerhalb der Börsenmakler Schnigge AG wieder für die Ertragsgenerierung genutzt werden.

Die Konzentration auf das klassische Börsenmaklergeschäft, verbunden mit den neuen Geschäftsbereichen Rentenhandel und Retail/Private Banking, sollte der Börsenmakler Schnigge AG zukünftig ermöglichen, langfristig profitabel zu arbeiten.

Unter der Maßgabe, die Risiken so gering wie möglich zu halten, sollen diese strategischen Ziele weiter verfolgt werden. Die Verbreiterung der Kapitalbasis ist eine weitere Maßnahme, die der Gesellschaft den nötigen Handlungsspielraum geben soll, auch die neuen Geschäftsfelder sinnvoll auszubauen und hier einen entsprechenden Ergebnisbeitrag zu generieren.

Wir gehen davon aus, dass auch im Bereich Neuemissionen eine Belebung stattfinden wird, da in diesem Jahr einige Gesellschaften ihren Börsengang angekündigt haben.

Für das Geschäftsjahr 2004 wird nach konservativer Kalkulation ein leicht positives Ergebnis angestrebt.

Die Börsenmakler Schnigge AG befindet sich weiterhin in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Unter der Annahme, dass die Beteiligungsverkäufe vertragsgemäß abgewickelt werden und die prognostizierte Ertragsentwicklung für 2004 erreicht wird, halten wir die Risiken der zukünftige Entwicklung der Gesellschaft für überschaubar.

Düsseldorf, den

4.1. 2004


K.A. Schnigge


F. Weber

30.5 Eigenkapitalveränderungsrechnungen für die Geschäftsjahre 2003 – 2005

	Gezeichnetes Kapital EUR	Kapital- rücklage EUR	Bilanzgewinn/ Bilanzverlust EUR	Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen EUR	Eigenkapital bzw. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag EUR
Stand am 31.12.2002	10.000.000,00	0,00	-10.396.560,35	0,00	-396.560,35
Vereinfachte Kapitalherabsetzung	-9.000.000,00		9.000.000,00		0,00
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage	1.000.000,00				1.000.000,00
Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage				754.910,00	754.910,00
Jahresergebnis			-1.187.478,74		-1.187.478,74
Stand am 31.12.2003	2.000.000,00	0,00	-2.584.039,09	754.910,00	170.870,91
Kapitalerhöhungen gegen Bareinlage	975.090,00				975.090,00
Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage	754.910,00			-754.910,00	0,00
Jahresergebnis			-1.649.963,53		-1.649.963,53
Stand am 31.12.2004	3.730.000,00	0,00	-4.234.002,62	0,00	-504.002,62
Vereinfachte Kapitalherabsetzung	-3.197.143,00		3.197.143,00		0,00
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage	1.598.571,00				1.598.571,00
Einstellung in die Kapitalrücklage nach § 237 Abs. 5 AktG		1,00	-1,00		0,00
Jahresergebnis			170.424,02		170.424,02
Stand am 31.12.2005	2.131.428,00	1,00	-866.436,60	0,00	1.264.992,40

30.6 Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003 – 2005

	2005 TEUR	2004 TEUR	2003 TEUR
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	170	-1.649	-1.203
+/- Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen	76	841	119
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-59	-1.051	-380
-/+ Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-36	17	0
-/+ Sonstige Anpassungen	-96	-108	110
Zwischensumme	55	-1.950	-1.354
+/- Forderungen an Kreditinstitute	0	-2	-31
+/- Forderungen an Kunden	-46	0	0
+/- Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	-10.461	-260	-93
+/- Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-401	442	14
+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.409	0	0
+/- Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-43	153	-3.495
+ Erhaltene Zinsen und Dividenden	174	202	21
- Gezahlte Zinsen	-78	-94	-30
+ Außerordentliche Einzahlungen	0	0	16
- Außerordentliche Auszahlungen	0	-1	0
+/- Ertragsteuerzahlungen	0	0	-101
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-391	-1.510	-5.053
+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	40	130	4.030
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	7	6	8
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	0	0	-768
	-47	-137	-4
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0	-1	3.266
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	1.599	975	1.755
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	1.599	975	1.755
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	1.208	-536	-32
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	97	633	665
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.305	97	633

30.7 Bescheinigung für Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003-2005

Bescheinigung

An die **DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf:**

Wir haben die von der DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, aus den Jahresabschlüssen für die Geschäftsjahre 2003, 2004 und 2005 sowie der zu Grunde liegenden Buchführung abgeleiteten Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003, 2004 und 2005 geprüft. Die Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen ergänzen die auf Grundlage der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellten Jahresabschlüsse der DKM Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, für die Geschäftsjahre 2003, 2004 und 2005.

Die Aufstellung der Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003, 2004 und 2005 nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Unsere Aufgabe ist es, auf Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil darüber abzugeben, ob die Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003, 2004 und 2005 ordnungsgemäß aus den Jahresabschlüssen für die Geschäftsjahre 2003, 2004 und 2005 sowie der zu Grunde liegenden Buchführung nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften abgeleitet wurden. Nicht Gegenstand dieses Auftrages ist die Prüfung der zu Grunde liegenden Jahresabschlüsse sowie der zu Grunde liegenden Buchführung.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW Prüfungshinweises: Prüfung von zusätzlichen Abschlüsselementen (IDW PH 9.960.2) so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehler bei der Ableitung der Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen aus den Jahresabschlüssen sowie der zu Grunde liegenden Buchführung mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

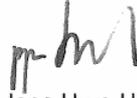
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse wurden die Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003, 2004 und 2005 ordnungsgemäß aus den Jahresabschlüssen für die Geschäftsjahre 2003, 2004 und 2005 sowie der zu Grunde liegenden Buchführung nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften abgeleitet.

Stuttgart, 4. August 2006



Dr. Ebner, Dr. Stolz und Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft


Matthias Kopka
Wirtschaftsprüfer


Jens-Uwe Herbst
Wirtschaftsprüfer

31. Glossar

Dieses Glossar dient der Begriffserläuterung einzelner im Prospekt verwendeter Begriffe, die sich insbesondere auf das Geschäftsfeld der DKM Wertpapierhandelsbank AG beziehen.

Asset Manager:

Als Asset Manager bezeichnet man die Person oder Gesellschaft, die im Auftrag eines oder mehrerer Kunden die Vermögensverwaltung (siehe Vermögensverwaltung) für den Kunden durchführt.

Braintrade:

Braintrade ist ein IT-Serviceprovider für den maklergestützten Handel, der wesentlich für die Unterhaltung und Weiterentwicklung des börslichen Kernsystems XONTRO zuständig ist.

Börse:

Handelsplatz für Wertpapiere, in Deutschland öffentlich-rechtlich im Rahmen der Länderkompetenz der Bundesländer organisiert.

Börsenmakler:

Einzelperson oder Gesellschaft, die an der Börse im eigenen Namen oder für fremde Rechnung Geschäfte vermittelt und Eigenhandel (siehe Eigenhandel) betreibt.

Clearstream:

Clearstream ist eine Tochter der Deutsche Börse Gruppe und hat zur Aufgabe, die Abwicklung und Verwahrung von über 150.000 verschiedenen Wertpapieren durchzuführen. Im Rahmen dieser Tätigkeit sorgt Clearstream für die ordentliche und fristgerechte Belieferung und Bezahlung (siehe Geschäftsabwicklung) von Wertpapiergeschäften in Deutschland.

Derivate / derivative Produkte:

Als Derivate werden jegliche Finanzinstrumente bezeichnet, die als Ableitung auf ein Basiswertpapier begeben und gehandelt werden. Hierbei sind in erster Linie Futures, Optionen und Optionsscheine zu nennen. Diese Produkte ermöglichen den Erwerb und den Verkauf zu einem Bruchteil des beim Investment in das Basiswertpapier benötigten Kapitals.

Due Dilligence:

Der Begriff Due Dilligence („gebührende Sorgfalt“) hat sich im internationalen Finanzgeschäft als Begriff für die Überprüfung einer Gesellschaft fest etabliert. Eine Due Dilligence umfasst in der Regel die Prüfung des wirtschaftlichen Umfeldes einer Gesellschaft sowie deren Geschäftstätigkeit allgemein. Daneben werden die Finanzen der Gesellschaft durchleuchtet und bewertet. Zudem werden neben der steuerlichen Situation einer Gesellschaft auch

rechtliche Belange geprüft sowie allgemeine Führungs,- Organisations- und Personalaspekte untersucht.

EdW:

EdW steht als Abkürzung für die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen. Diese Einrichtung dient zum Schutz von Kleinanlegern vor möglichen Verlusten aus Wertpapiergeschäften im Rahmen ihrer Geschäftsbeziehung zu einem EdW – Mitgliedsunternehmen. Nähere Informationen zur EdW sind auf der Internetseite www.e-d-w.de zu erhalten.

Eigenhändler:

Eigenhändler ist eine Person, die im Auftrag und für Rechnung der Gesellschaft den Eigenhandel (siehe Eigenhandel) ausübt.

Eigenhandel:

Als Eigenhandel wird der Kauf und der Verkauf von Wertpapieren aller Art (Aktien, Renten Fondsanteile) sowie von Futures, Optionen und Optionsscheinen im eigenen Namen und für eigene Rechnung bezeichnet. Ziel ist es, durch den Eigenhandel positive Differenzen aus Anschaffungs- und Veräußerungspreisen zu erzielen. Unter dem Begriff Eigenhandel fasst die DKM Wertpapierhandelsbank AG die aufsichtsrechtliche Bezeichnung Eigengeschäft und Eigenhandel für Dritte unter ein Dach zusammen.

Emissionsgeschäft:

Unter Emissionsgeschäft wird die Durchführung von Neuemissionsplatzierungen verstanden. Verbunden mit dem Emissionsgeschäft ist die Verpflichtung, von der emittierenden Gesellschaft alle Wertpapiere mit der Maßgabe zu übernehmen, sie den Anlegern zum Bezug anzubieten. Für den Fall, dass kein oder zu wenige Anleger die Papiere zeichnen, verbleibt die Position und damit das Kursänderungsrisiko (siehe Kursänderungsrisiko) bei der Gesellschaft, die die Stücke übernommen hat.

Geschäftsabwicklung:

Geschäftsabwicklung bezeichnet die Abwicklung eines Wertpapiergeschäftes. Hierbei muss der Verkäufer die Wertpapiere an den Käufer liefern, im Gegenzug erhält der Verkäufer vom Käufer einen vereinbarten Gegenwert in Geld ausgezahlt. Diese Geschäftsabwicklung muss in einer standardisierten Abwicklungsfrist realisiert werden, die in Deutschland drei Tage (Handelstag plus zwei Tage) beträgt.

Handelsposition:

Als Handelsposition wird die im Rahmen des Eigenhandels gehaltene Wertpapierposition bezeichnet.

Kursfeststellung:

Als Kursfeststellung wird der Moment benannt, in dem der Skontroführer (siehe Skontroführer) den Kurs eines Wertpapiers auf Basis der im Skontro (siehe Skontro) vorliegenden Orders ausführt.

Liquidit tsprovider:

Als Liquidit tsprovider wird ein Marktteilnehmer an einer Börse oder einem außerbörslichen Markt bezeichnet, der verbindliche An- und Verkaufskurse für Wertpapiere stellt. Im Rahmen dieser Tätigkeit stellt der auch als Market Maker bezeichnete Marktteilnehmer seine Liquidität dem Markt zur Verfügung. Die sich aus dieser Tätigkeit ergebenden Positionen sind in der Regel Eigenhandelspositionen.

Nostrohandel

Der Begriff Nostrohandel ist der bankspezifische Begriff für den Eigenhandel und bezeichnet den Kauf und den Verkauf von Wertpapieren aller Art (Aktien, Renten, Fondsanteile) sowie von Futures, Optionen und Optionsscheinen im eigenen Namen und für eigene Rechnung. Ziel ist es, durch den Nostrohandel positive Differenzen aus Anschaffungs- und Veräußerungspreisen zu erzielen.

Portfolio Management / Vermögensverwaltung:

Unter Portfolio Management / Vermögensverwaltung versteht man die Verwaltung fremder Vermögen im Auftrag der jeweiligen Verm genseigent mer durch eingeräumte Verf gungsvollmachten, ohne dass man sich des Eigentums der Kundengelder bemächtigen darf.

Renten:

Unter Renten fasst man im Wertpapierhandel festverzinsliche Wertpapiere zusammen. Für die Geldgabe im Rahmen einer Anleihe erhält der Anleger eine in der Regel jährliche, wiederkehrende Verzinsung, die man früher als „Rente“ bezeichnet hat.

Sales / Salestätigkeit:

Unter Sales / Salestätigkeit fasst man die Betreuung von institutionellen Großkunden sowie die Orderakquisition zusammen.

Selbsteintritt:

Als Selbsteintritt bezeichnet man im Rahmen der Skontroführung (siehe Skontroführung) eingegangene Positionen als Liquidit tsprovider für den Fall, dass im Skontro (siehe Skontro) keine passende Kundenorder vorhanden ist.

Skontro:

Als Skontro wird das Orderbuch bezeichnet, in dem der Skontroführer (siehe Skontroführer) alle Kauf- und Verkaufsaufträge sammelt und der Orderlage entsprechend eine Kursfeststellung vornimmt.

Skontroführer:

Skontroführer ist ein Börsenmakler, der im Auftrag einer Börse als Skontroführer tätig ist.

Skontroführung:

Mit Skontroführung bezeichnet man die Tätigkeit eines B rsenmaklers, der im Auftrag einer Börse unabhängig und neutral nach den Vorgaben der verschiedenen Gesetze und Börsenordnungen Kurse für die ihm von der Börse zugeordneten Wertpapiere feststellt.

Streubesitz:

Als Streubesitz bezeichnet man den Aktienanteil einer Aktiengesellschaft, der nicht in festen Händen eines oder mehrerer Großaktionäre liegt. Je geringer der Streubesitz ist, umso höher ist die Gefahr zufallsbedingter Kursentwicklungen an den Börsen.

Volatilität:

Die Volatilität bezeichnet die Ausschlagsst rke bzw. Schwankungsanfälligkeit eines Wertpapiers während eines festzulegenden Betrachtungszeitraumes. Je höher die Preisschwankung eines Wertpapiers, umso höher die Volatilität und damit die rechnerische Wahrscheinlichkeit, eine Wertpapierposition mit Gewinn veräußern zu können.

Zwangseindeckung:

Kann der Verkäufer eines Wertpapiers die Wertpapiere nicht innerhalb der vereinbarten Frist an den Käufer beliefern, so werden die Wertpapiere unter bestimmten Umständen an einer Wertpapierbörse oder einem sonstigen Markt zwangseingedeckt. Damit bezeichnet man den zwangsweisen Kauf des Wertpapiers bei einem anderen Verkäufer als Ersatz für das nicht durch den ursprünglichen Verkäufer belieferte Geschäft. Kurs nderungsrisiken sowie Gebühren trägt der ursprüngliche Verkäufer, der nicht fristgerecht geliefert hat.

Zentraler Kontrahent (CCP):

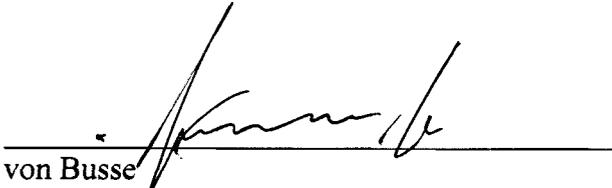
Zur Verbesserung der Lieferdisziplin und Optimierung der deutschen Wertpapierabwicklung wurde der Zentrale Kontrahent (Central Counter Party - CCP) ins Leben gerufen. Dieser sorgt bei vielen in Deutschland gehandelten Aktien für einen standardisierten Prozess der Zwangseindeckung im Fall einer Lieferverzögerung.

Unterschriften

Düsseldorf, den 20. Dezember 2006



~~Bauenkrodt~~
Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG



von Busse
Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG



Weber
Vorstand der DKM Wertpapierhandelsbank AG